

Erscheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,30 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf. Feuilleton's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Kultur, Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 2 Mk. pr. Monat. Eingere. in der Post-Beilage-Preisliste für 1895 unter Nr. 7126.

Inserions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochen-tagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortl. Redakteur: Amt 1, Nr. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Bentz-Strasse 2.

Mittwoch, den 15. Mai 1895.

Expedition: SW. 19, Bentz-Strasse 3.

Verpflegungsstationen.

Das war noch die „gute alte Zeit“. Die Kunstgebräuche verlangten von jedem ehrsamem Kunstgesellen, daß er zwei, drei oder mehr Jahre „gewandert“ sein mußte, ehe er sich in einer Stadt um die Meisterschaft bewerben durfte. Und die Kunstgesellen durchzogen fröhlich Deutschlands Wanderstraßen, wohl ausgerüstet mit allem, was ein junger Landwirtsbursh auf der Wanderschaft bedarf. In den Städten sprachen sie — sofern nicht der Altgeselle für sie den Hundgang besorgte — mit dem hergebrachten Kunstspruch bei den Meistern vor, erhielten Arbeit oder ein Reise-geschenk, und abends war fröhliches Gelage auf der Kunstherberge.

Das hat sich seitdem alles sehr geändert. Aus den ehrsamem Handwerksburschen von ehemals sind „arbeits-scheue Vagabunden“ geworden; die vom fröhlichen Bekehr-ling erfüllte Kunstherberge hat sich in die christliche „Her-berge zur Heimath“ verwandelt, deren Wände mit Bibel-sprüchen und deren Hansknecchte mit Gummischläuchen aus-gerüstet sind; der Meister aber, der mit seiner Zeit fortgeschritten, ist heute „Mitglied des Vereins gegen Hausbettelei“, der die „Bettler“ an die Arbeiterkolonie verweist.

Die „gute alte Zeit“ ist eben vorbei. Das ehrsame Kunst-handwerk wurde zerrieben in der hereinbrechenden Kera der kapitalistischen Produktionsweise. Aus dem jüngsten Gesellen wurde der „ungelehrte“ Fabrikarbeiter, dessen Leben abwechselte zwischen eintöniger, schlecht bezahlter Arbeit und der oft monate, nicht selten jahrelangen Zeit der Arbeitslosigkeit. Dazu die Deffakirten und Ausgestoßenen aller anderen Berufsstände, vom studierten Juristen, Theologen u. herunter bis zum Apotheker, Kaufmann, alt gewordenen Komödianten u. c. Das sind die Elemente, die heute die Landstraßen bevölkern, immer bettelnd, immer hungernd, immer zerissen und voll Ungeziefer, allen Stürmen preisgegeben, immer mit einem Fuß im Gefängnis oder im Korrekthaus, — um schließlich fern von der einstigen Heimath im Spital oder hinter dem Baum zu verrecken.

Und diese Proletariatscharen der Landstraße vermehrten sich, wie sich die wirtschaftlichen Ursachen verstärkten, die sie hervorgerufen hatten. Die Massen wälzten sich laminen-gleich von Dorf zu Dorf, von Stadt zu Stadt, sie wurden zur „Landplage“ für alle ehrsamern, angelesenen Christenleute. Und so mag es nicht verwundern, daß es ehrsame Christen-leute waren, die dieser Vagabundenplage steuern wollten, die es unternahmen, die „arbeits-scheuen Landstreicher“ zu — besser zu machen. Herr Pastor von Vodelschwingh war es, der anfangs der achtziger Jahre die erste deutsche Arbeiterkolonie „Wilhelmsdorf“ bei Bielefeld gründete, welcher dann bis zum heutigen Tage noch 26 ähnliche Institute im deutschen Vaterlande nachgefolgt sind. Sie nehmen für die Zeit mehrerer Monate arbeitsfähige Männer „ohne Unterschied des Standes, der Religion und Würdigkeit“ auf. Ihr Ziel geht vor allem auf dauernde, sittliche

Hebung der Kolonisten.“ Diese bekommen für die in der Kolonie geleistete Arbeit einige Pfennige Tagelohn, von dem sie aber meistens nichts ausgezahlt erhalten, weil die gewährte Kleidung, das Essen und das Nachtlager abgearbeitet werden müssen. So erhielten nach der von einer sächsischen Arbeiterkolonie veröffentlichten Statistik 31 pCt. der nach mehrmonatigem Auf-enthalt abgehenden Kolonisten gar nichts (zum theil hinterließen sie sogar noch „Schulden“), 4 pCt. belamen unter 50 Pfennig, 5 pCt. unter 1 Mark. Arbeit konnte immer nur einem geringen Prozentsatz nachgewiesen werden.

Neben diesen Arbeiterkolonien wurden dann noch „Naturalverpflegungsstationen“ gegründet, auf denen die Wanderer für halbtägige Arbeit Abendbrot, Nachtquartier, Frühstück und Mittagessen empfangen. Wie es auf diesen Verpflegungsstationen hergeht, ist im „Vorwärts“ mehrfach, zuletzt in den Nummern vom 23. und 24. April dieses Jahres anschaulich geschildert worden. Arbeit wird nicht zu wenig verlangt, und sollten auch nur chitanderweise Steine von einer Ecke des Hofes zur anderen und wieder zurückbefördert werden; da-gegen ist das Essen so erbärmlich („ein Keller gekochtes Wasser, in dem einige Kohlrabenstücke schwammen“), daß ein erwachsener Mensch davon nicht zu bestehen vermag. Es sind dies gewissermaßen die Stationen auf dem Wege zur Arbeiterkolonie. Die Kosten dieser Verpflegungs-Stationen wurden meistens von den Gemeinden und Kreisen getragen. Aber das Uebel ließ nicht nach, es wuchs sogar von Tag zu Tag. Die „Land-streicher“ wollten sich durchaus nicht besser machen, und immer neue Schaaeren wälzten sich durch die Verpflegungsstationen und Arbeiterkolonien, eine Menge Kosten verursachend, so daß den Kreisen und Vereinen die Sache schließlich zu viel wurde und die Verpflegungsstationen seit einiger Zeit einzugehen begannen. Im Jahre 1892 bestanden in Preußen noch 897 Verpflegungsstationen; bis zum laufenden Jahre haben sie sich schon um 153 vermindert und sind auf 744 Stationen zurückgeschmolzen.

Nun soll die „christliche Liebe“ verstaatlicht werden. Dem preussischen Abgeordnetenhaus ist der „Entwurf eines Gesetzes über die Verpflegungsstationen“ vorgelegt worden. Wir geben hiernach die wichtigsten Bestimmungen dieses Gesetzes:

An geeigneten, in angemessener Entfernung von einander liegenden Orten sind Verpflegungsstationen (Wanderarbeitsstätten) einzurichten, in denen mittellosen, arbeitsfähigen Männern, welche außerhalb ihres Wohnortes eine Arbeitsgelegenheit auf-suchen, vorübergehend Verpflegung und Nachtlager gegen Arbeits-leistung gewährt werden.

Zur Einrichtung, Unterhaltung und Verwaltung der Verpflegungsstationen sind die Kreise verpflichtet, innerhalb deren die Stationen belegen sind.

Den Kreisen ist alljährlich die Hälfte der ihnen durch die Verpflegungsstationen erwachsenen Kosten von dem Provinzial-verbande zu ersetzen.

Durch Beschluß des Kreisauusschusses können Gemeinden und Ortsbezirke, in denen eine Verpflegungsstation eingerichtet wird, zur Mitwirkung bei deren Verwaltung und zur Vergabe passender Räumlichkeiten, soweit solche vorhanden sind, verpflichtet werden.

Darüber, an welchen Orten innerhalb einer Provinz Verpflegungsstationen einzurichten sind, beschließt der Provinzialrath. Hierbei kann die Einrichtung gemeinsamer Stationen für zwei oder mehrere Kreise angeordnet werden.

Der Kreis, in dem die gemeinsame Verpflegungsstation liegt, hat deren Einrichtung und Verwaltung zu bewirken.

Ueber die Einrichtung, Verwaltung und Benutzung der Verpflegungsstationen, insbesondere über die Wander- und Arbeitsordnung, sowie über die Regelung des Arbeitsnachweises erläßt der Oberpräsident nach Anhörung des Provinzialrathes die näheren Vorschriften.

Vorbehaltlich weiterer Bestimmungen in den zu erlassenden Vorschriften sind von der Aufnahme in eine Verpflegungsstation ausgeschlossen Betrunkene, Landstreicher und des Landstreichens Verdächtige.

Zu letzteren ist zu rechnen, wer um Aufnahme in eine Verpflegungs-Station nachsucht, es aber ohne zureichenden Grund ablehnt, in eine ihm dort angebotene Arbeitsstelle einzutreten, oder nicht im Stande ist, sich über seine Person auszuweisen und den Nachweis zu liefern, daß er, abgesehen von der Arbeits-leistung in einer Verpflegungsstation, innerhalb der letzten vier Monate wenigstens zeitweise in Arbeit gestanden hat.

Ausgeschlossen von der Aufnahme in eine Verpflegungs-Station ist ferner, wer wegen Betruges, begangen zu dem Zwecke der Aufnahme in eine Verpflegungsstation, oder gemäß § 383 des Strafgesetzbuchs wegen Anfertigung oder Gebrauchs falscher Legitimationspapiere oder Verfälschung solcher Papiere, begangen zu demselben Zwecke, oder wer wiederholt auf Grund des § 10 dieses Gesetzes bestraft ist, während sechs Monaten seit Ver-büßung der letzten Strafe.

Mit Haft wird bestraft: 1. Wer zum Zwecke der Aufnahme in eine Verpflegungsstation der über die Aufnahme bescheidenden Stelle falsche Angaben macht oder Umstände, die ihn von der Aufnahme in die Verpflegungsstation ausschließen, verschweigt; 2. wer sich aus Arbeits-scheu weigert, die ihm in einer Verpflegungsstation zugewiesene, seinen Kräften angemessene Arbeit zu verrichten.

Bemerkenswerth ist der preussische Polizeigeist, der den Entwurf durchweht, der es fertig bekommt, gerade die der Unterstützung Bedürftigsten von der Aufnahme aus-zuschließen, so alle diejenigen, die länger als vier Monate keine Arbeit haben. Bemerkenswerth an diesen „Wohlfahrts-einrichtungen“ ist ferner, daß sie direkt in den Dienst der Polizei und des Strafrichters gestellt werden sollen. Sie sollen (nach der „Begründung“ des Gesetzes) „ein untrüg-licher Prüfstein auf Arbeits-scheu und Landstreicherei werden, während gegen Bettel mit um so größerem Nachdruck ein-geschritten werden kann, wenn eine auf gesicherter Grund-lage ruhende Einrichtung besteht, die es Arbeitslosen er-möglicht, auch ohne eigene Mittel und ohne betteln zu müssen, auf der Wanderschaft Arbeit zu erhalten.“

Sehr bemerkenswerth ist aber auch, daß die sozial-politischen Forderungen unserer Zeit auf die Dauer doch nicht ganz übersehen werden können. Die Arbeitslosigkeit,

Feuilleton.

[Nachdruck verboten.]

Berliner Märztage.

12

Eine geschichtliche Erzählung von Michel Deutsch.

Ein gutmüthiges Lächeln zuckte um Hartung's regel-mäßig geformten, von einem starken schwarzen Schnurrbart beschatteten Mund.

„Diese schönen Dinge werden sich in einem Staate, wie ich ihn vor Augen habe, eine kleine Umtausung gefallen lassen müssen“, meinte er. „Ich sehe nicht, Vater Mathias, daß Sie besonders fett geworden wären von Ihrer Bürgerverei. Ich sehe, daß Sie ein braver, ehrenhafter, fleißiger Hand-werksmeister, der ganz gewiß den besten Willen hatte, sich ehrlich durchzuschlagen und dabei stets seine Unterthanen-pflicht gethan hat, in immer ärmlichere und bedrängtere Verhältnisse hineingerathen sind, und ich sehe keinen Aus-weg, wie Sie durch Ihre eigene, vereinzelte Kraft sich wieder aus dieser Lage emporarbeiten wollen.“

Die letzte Wendung des Gespräches hatte auf Vater Mathias offenbar Eindruck gemacht, ohne daß er's indessen zugeben wollte.

„Man muß sein Loos eben tragen“, sagte er in resignirtem Tone — „das sind die schlimmen Zeiten, unter denen alle gleichmäßig leiden.“

„Die schlimmen Zeiten?“ fiel Hans Hartung lebhaft ein. — „und wer ist schuld an diesen schlimmen Zeiten?“ Als ich vom Bahnhof kam und durch die Stadt ging, da begegneten mir duhende prächtige Karossen, mit wohl-genährten, schmucken Pferden bespannt, und darinnen gepuzte Menschen, die munter plauderten und lachten und ihr Loos, wie es schien, mit Vergnügen trugen, ohne

unter den schlimmen Zeiten besonders zu leiden. . . Und dann komme ich hierher und finde diejenigen, die mir die Liebsten auf der Welt sind, in einem düsteren, engen Raume, den Stempel der Sorge auf den Gesichtern, ihres Bruders und einzigen Beschützers, der noch den Hunger fern hielt, beraubt — nein, Vater Bernide, das da's man nicht so gedankenlos tragen, denn das ist Feigheit, Charakterlosigkeit, Selbstmord!“

Vater Mathias schien seiner Sache nicht mehr so ganz sicher. Er mußte sich eingestehen, daß etwas richtiges in Hartung's Ausführungen steckte, wenn ihm das auch alles viel zu schroff und schneidend ausgebrückt schien.

„Ja, was sollen wir denn aber thun, um die Dinge zu ändern?“ fragte er mit schüchternem Zweifel. „Wir können doch weiter nichts, als alle Kraft zusammennehmen und warten, bis bessere Zeiten kommen?“

„Dann könnte es wohl geschehen, daß die Kraft erschöpft ist, ehe noch die besseren Zeiten da sind“, versetzte Hartung. Und indem er sich von seinem Stuhl aufrichtete und seine Rechte auf die Schulter des Alten legte, sagte er hinzu: „Ich wüßte einen anderen Weg, Vater Bernide!“

„Und der wäre?“ fragte Meister Mathias. „Fassen Sie einen starken, männlichen Entschluß: kommen Sie mit mir nach Paris!“

Er schwieg einen Moment, um die Wirkung seiner Worte zu beobachten. Vater Bernide sah ihn ungläubig an — er schien zu glauben, daß Hartung seinen Scherz mit ihm treibe. Auf den Gesichtern der anderen prägte sich eine seltsame Mischung von Zweifel, Furcht und Neugier aus. Nur Ferdinand blickte lähn und unternehmend drein, doch fand er ebenso wenig wie die anderen ein Wort der Entgegnung.

„Ich bin eigens zu dem Zweck nach Berlin gekommen, um Ihnen dieses Anerbieten zu machen“, fuhr Hans mit

Wärme in der Entwicklung seines Planes fort. „Ich habe in meiner schlesischen Heimath eine kleine Erb-schaft gemacht und begründe mit einigen politischen Freunden zusammen in Paris eine deutsche Zeitschrift, die sich die Vertretung der europäischen Arbeiterinteressen zur Aufgabe stellt. Die nöthigen Mittel sind vorhanden, und ich soll die technische Leitung der Vereinsdruckerei über-nehmen. Nur ein letztes Wort der Zusage von mir, und die Sache ist abgemacht.“

Wiederum hielt Hans inne, um eine Antwort auf seinen lähnenden Vorschlag entgegenzunehmen. Als eine solche noch immer nicht erfolgte, fuhr er, zu Vater Mathias ge-wandt, fort:

„Ich würde Ihnen Lotte einfach entführen, wenn ich ein schlechter Kerl wäre. Aber ich weiß, was sie Ihnen ist, lieber Vater, und darum eben will ich Sie mitnehmen — Sie alle, Dora und Schmid, und Ferdinand, und ich bürge Ihnen dafür, daß Sie es niemals bereuen werden, dieses alte Spießbürgerneß Berlin mit der Stadt der Freiheit ver-tauscht zu haben.“

Vater Mathias schüttelte den Kopf. „Niemand“, sagte er eigenthümlich leise, „niemand kann das geschehen. Mein Fuß soll dieses Paris niemals betreten. Ich bin hier alt geworden und grau, hab' hier meine schönsten und meine traurigsten Jahre verlebt, hab' meine gute Frau hier im Grabe liegen — und so will ich hier sterben und an ihrer Seite mich begraben lassen. Und meine Kinder — die mögen meinetwegen hingehen, wenn sie wollen.“

„Ich bin sofort dabei“, versetzte Dora lebhaft, die zuerst den beklemmenden Eindruck losgeworden war, den Hartung's Worte hervorgebracht hatten. „Die Boulevards, und die Schanläden und Versailles — das muß ja herrlich sein, wenn's nur halb so schön ist, wie man's beschrieben findet.“

Politische Uebersicht.

Berlin, 14. Mai.

Der Reichstag hat Schnurstrich nach den Ferien, doch soll er bis Mitte nächster Woche noch eine Reihe von Vorlagen erledigen; deshalb wird für gearbeitet und in einem Tage eine ganze Anzahl von Gesetzentwürfen verabschiedet. Abgesehen von mehreren Petitionen und Wahlprüfungen wurden heute erledigt in erster und zweiter Lesung die Abänderung des Gesetzes über die Gründung und Verwaltung des Reichsinvalidenfonds. Hierauf folgte die zweite Verathung des Gesetzentwurfes, betreffend die Fürsorge für die Wittwen und Waisen der Personen des Soldatenstandes des Reichsheeres und der Marine vom Feldwebel abwärts.

Beim ersten Gesetzentwurf vertrat Genosse Singer in mehreren Reden die Interessen der Invaliden, beim zweiten Entwurf vertrat den Standpunkt unserer Partei Genosse Darm. Einstimmig wurde der Antrag unserer Fraktion angenommen, daß ähnlich wie bei der Unfallversicherung der Anspruch auf Renteversorgung auch dann Platz greife, wenn der Tod die Folge einer durch eigene Verschuldung erlittenen Beschädigung ist.

Ohne Debatte gelangte dann in dritter Verathung die Gesetzesvorlage, betreffend die Ausführung des mit Oesterreich-Ungarn abgeschlossenen Zolltariffs zur Annahme.

Es folgte die zweite Verathung des Entwurfs eines Gesetzes über den Bestand bei Einziehung von Abgaben und Vollstreckung von Vermögensstrafen.

Die Debatte bei dieser Vorlage war kurz und endete mit der Annahme des Gesetzes. Morgen ist Scherwinntag, wohl der letzte in dieser Session. Zur Verathung kommt u. a. der Antrag Richter's auf Sicherung des Wahlgeheimnisses.

Zur Russifizierung des preussischen Vereinsgesetzes. Die „Freisinnige Zeitung“ weiß zu melden, daß Herr von Köller bereit war, dem Staatsministerium die Novelle zum Vereinsgesetz zu unterbreiten. Er hatte die Absicht, die Verathung derselben noch in dieser Landtags-Session vornehmen zu lassen. Das Staatsministerium soll sich aber für Vertagung der Angelegenheit entschieden haben.

Die Bedeutung der Niederlage, welche die deutsche Reichsregierung mit ihrem Umsturzfeldzuge sich zugezogen hat, wird im Ausland zwar wohl nicht besser begriffen als im Inland, aber jedenfalls schärfer zum Ausdruck gebracht. Daß das Ansehen der Regierung schwer gelitten hat, daß der Kaiser selbst in die Niederlage verwickelt worden ist, darüber herrscht in der ernsthaften Presse des Auslandes nur eine Meinung — ebenso wie darüber, daß die innere Krise mit den letzten Worten des Reichstages nicht zu Ende ist, sondern daß zwischen der Reichsregierung und dem Reichstage noch schwere Kämpfe bevorstehen. Erwähnt sei hier der Leitartikel des als „deutschfreundlich“ bekannten Hauptorgans der englischen Konservativen, des „Standard“. Scharf gerügt wird die Thorheit der Regierung, die sich ein so unvollständiges Ziel gesetzt und obendrein sich nicht vorher mit den maßgebenden Parteien verständigt und mit der öffentlichen Meinung nicht Fühlung gesucht habe. Die Planlosigkeit der Regierung, die für eine schlechte Sache schlecht operirt habe, sei durch das „erstaunliche Ungeheiß“ (the amazing ignorance of the situation) der einzelnen Minister zu einer wahren Kalamität erhoben worden. Die Regierung habe die ganze öffentliche Meinung gegen sich empört, und die Autorität, die sie stärken wollte, schwer erschüttert. Nach einer scharfen Kritik des ganzen Vorgehens der Regierung und der reaktionären Parteien schließt der Artikel: „Der deutsche Kaiser hat mehr als einmal sein Volk aufgefodert, ihm zu vertrauen. Aber hat nicht das deutsche Volk auch ein Recht zu verlangen, daß der Kaiser ihm vertraue? Das deutsche Volk hat einen Anspruch darauf, selbständig seine eigenen Angelegenheiten zu ordnen. Mit diesem oder

„Junge, bist Du bei Troste!“ schrie Vater Bernicke den Knaben zornig an — „halt den losen Mund, goitvergeßener Racker!“

„Lassen Sie ihn, Vater — zum Korporal ist er doch nicht mehr zu brauchen,“ beschwichtigte Hartung den aufgebrachtsten Alten. Dann wandte er sich an Ferdinand, in dessen jugendlichen Augen Begeisterung flammte. „Was Du da sagst,“ sprach er, „macht Deinem jungen Herzen alle Ehre und läßt hoffen, daß Du einmal als Mann die Rechte der Unterdrückten und Besiglosen tapfer vertreten wirst. Für jetzt ist freilich von Deinem Berlin nichts zu erwarten, das steht noch bis über die Ohren in der guten alten Zeit. Eure Herren würden Euch gehörig die Peitsche fühlen lassen, wenn Ihr über die Stränge schlagen wölltet.“

„Und wenn wir den Herren die Peitsche aus der Hand reißen und sie zerbrechen?“

„Wer wird das thun?“ fragte Hans Hartung ungläubig.

„Na, zum Beispiel wir, die Berliner!“ versetzte Ferdinand trotzig. „Kommen Sie nur mit mir — ich will Ihnen hundert solcher Jungens zeigen, wie ich bin, die vor keiner Peitsche Angst haben.“

„Das wäre ja 'was ganz neues: eine Kinderrevolution! Nur wader den Kopf hoch, Jungens: wie Ihr Euch bettet, so werdet Ihr mal schlafen.“

Es lag ein leichter Spott in den Worten des Buchdruckers. Er hatte dem guten Berlin, diesem alten Zentrum des Soldatenbrills und der Dudmäuserei, nicht allzuviel Mannesmuthe zugetraut, und es war ihm nicht schwer gefallen, als er damals von dannen ging, sich für einen bleibenden Aufenthalt im Auslande zu entscheiden. Für ihn waren die Deutschen noch immer der schnarrende Mischel, den es mit lauten, kräftigen Wahrheitstönen zu weden galt. Von London, von Brüssel oder von Paris aus gedachte er mit einer Anzahl gleichgesinnter Genossen seine Heroldsrufe in's deutsche Land erschallen zu lassen — keine schönklingenden, inhaltsleeren Phrasen, wie die bürgerlichen Freiheitklämperer sie im Munde führten, sondern scharfe, logische Geißelworte, die jener wirtschaftlich-politischen Entwicklung vorarbeiten sollten, als deren Endziel ihm, wie in einer Vision, die ökonomische und geistige Befreiung des Proletariats erschien.

(Fortsetzung folgt.)

einem anderen Reichstag kann der Monarch in Differenz sein. Aber er kann sich nicht, ohne Gefahr, in Widerspruch mit dem Geist der Nation setzen.“

Das Ergebnis der Kölner Reichstagswahl haben wir in den Depeschen der letzten Nummer melden können. Bei der Ungleichheit des Wahlkreises ist eine direkte Vergleichung der Zahlen nicht möglich. Während am 15. Juni 1893 im Wahlkreise Köln-Stadt ohne die zerplitterten 43 662 Stimmen abgegeben wurden, fanden sich diesmal bloß 22 324 Stimmen in den Wahlurnen, somit kamen auf je 1000 1893 abgegebene Stimmen gestern bloß 511, dagegen kamen auf 1000 für die Sozialdemokratie 1893 abgegebene Stimmen gestern 609, was einen ansehnlichen Stimmengewinn bedeutet. Dagegen war die Abnahme der nationalliberalen Stimmen auch diesmal wieder sehr groß. Es kamen auf 1000 im Jahre 1893 für diese Partei abgegebene Stimmen diesmal bloß noch 330, das Centrum endlich hat auf 1000 1893 abgegebene Stimmen diesmal 555 aufzuweisen. Berücksichtigt man das gerade sämtliche Vororte und ein Theil der Neustadt die für uns bisher günstigsten Wahlbezirke nun nicht mehr zu dem Wahlkreise gehören, so erscheint der relative Zuwachs unserer Stimmen noch viel erheblicher.

Dr. Wötcher erklärt jetzt selbst auf eine Kandidatur im Kreise Walded-Pymont zu verzichten. Dieser Entschluß wird ihm leicht gefallen sein, da an eine Wiederwahl durchaus nicht zu denken war.

Eine neue Staatsrechtstechnik hat das führende Organ der schlesischen Konservativen und Freikonservativen, die „Schlesische Zeitung“, herausdividirt. Es soll durch diese neue Universalmethode „ganz ohne Apparate“ ermöglicht werden, das Wahlrecht fortzulesamotiren.

Die Regierung werde sich mit Nothwendigkeit vor die Frage gestellt sehen, ob sie die einmal übernommenen Verpflichtungen des Reiches und dessen staatliche Existenz dem verfassungsmäßig leider zulässigen staatsverrückten Verhalten des Reichstages zum Opfer bringen, oder ob sie sich über einzelne, aus der von dem Reich selbst beschworenen Verfassung sich ergebende Bedenken hinwegsetzen will, um den wichtigsten, gleichfalls verfassungsmäßigen Verpflichtungen des Reiches zu genügen und das Reich selbst vor der Vernichtung durch eine gewissenlos und unpatriotische Parteipolitik zu retten. Entscheiden sich die Regierung für die letztere Alternative, so ist für sie die Beseitigung des bestehenden Reichstags-Wahlrechts von selbst geboten. Und zwar könnte, da die Erlangung einer zur Abänderung des bestehenden Wahlmodus berechneten Reichstags-Mehrheit auf Grund von Neuwahlen völlig ausichtslos erscheint, diese absolut unabwendbare Abänderung des Wahlrechts voraussichtlich nur auf einem anderen als dem durch die Verfassung vorgesehenen Wege erfolgen.

Und zwar soll es nicht einmal einen Verfassungskonflikt geben. Die Einzelstaaten, so ungefähr schildert das saubere Blatt die Entwicklung der Sache, müßten das Reich und damit auch den Reichstag aufheben und gegen Proteste und Resolutionen des Reichstages antworten, daß derselbe zugleich mit dem Reich aufgehört habe, zu existiren, daß er vertritt in Parteidebatten und Parteigängen, gar nicht bemerkt habe, daß ihm selbst der Lebensfaden abgeschnitten und er nur noch eine häßliche Erinnerung sei an eine betäubende Phase der deutschen Geschichte. Hat aber das Reich nur auf eine Stunde aufgehört zu bestehen, so können sich die früheren Glieder desselben, die doch zu bestehen fortzudauern, in der nächsten Stunde zu einem neuen Bunde vereinigen. Und in diesem neuen Bunde würde für das gleiche, allgemeine und geheime Wahlrecht kein Platz sein.

Ein etwas gefährliches Experiment, wie uns dünkt; namentlich für den König von Preußen. — Aber man sieht doch, wo es nach den Wünschen unserer Reaktionen hinaus geht. Staatsstreich, Verfassungsbruch, Hochverrath — alles recht, wenn man nur dem arbeitenden Volk den Mund stopfen und ihm das Wahlrecht rauben kann, ein der wenigen Rechte, die ihm gelassen sind. Und solches Lumpengefindel wirft uns Umsturz vor! —

Für die diesjährige Maifest-Zeitung wird durch Polizei, Gerichte und Staatsanwaltschaft immer mehr und immer aufs neue Neklame gemacht. Schon in Berlin war unsere Festschrift „Maifeier 1895“ auf diesem Wege zu hoher Berühmtheit gebracht worden. Aber während die Zeitung in Berlin und an anderen Orten, mit Ausnahme von Frankfurt a. M., nach den entsprechenden Gerichtsbeschlüssen von der beschlagnehmenden Behörde pflichtgemäß zurückgegeben wurde, wollen die Braunschweiger Behörden in ihrem Drange nach staatsverhaltenden Thaten noch etwas besonderes leisten. Auch dort war die Zeitung beschlagnahmt, auch dort die Beschlagnahme durch Gerichtsbeschlüsse aufgehoben worden. Aber siehe da: die Polizei gab das Blatt nicht heraus, weil mittlerweile ein Amtsgerichtsbeschlusse eingetroffen war, der die Beschlagnahme auf Grund der §§ 94 und 98 der Strafprozessordnung aufs neue anordnet und die Sicherstellung der „Maifest-Zeitung“ verfügt, da dieselbe als Beweismittel für die schwebende Untersuchung von Bedeutung sei. Natürlich wird die Zeitung wieder freigegeben werden, auch wenn jetzt der Staatsanwalt eine förmliche Anklage erhebt. Aber anzuerkennen ist doch sowohl der Pflichteifer des betreffenden Amtsrichters, Wegmann mit Namen, als wir auch für die unheimliche Neklame, die auf diese Weise für die „Maifest-Zeitung“ gemacht wird, aufrichtig dankbar sind.

Von ihrem süßen Wahn, daß die Sozialdemokratie ohne die Umsturzvorlage sich aufgelöst hätte, läßt die „Voss-Zeitung“, sich so weit fortreiben, daß sie bei der letzten Reichstagswahl bloß eine und eine Viertel Million sozialdemokratischer Stimmen sieht, während es in Wahrheit über 1 und drei Viertel Millionen waren. Wenn sie uns über eine halbe Million Stimmen weghebt, warum nicht gleich alle?

Der Entwurf eines Zuckersteuer-Notgesetzes ist soeben dem Reichstag zugegangen. Nach § 68 des Zuckersteuer-Gesetzes vom 31. Mai 1891 betragen die Zuschüsse für ausgeführten Zucker bis Ende Juli 1895 in der Klasse a 1,25 M., in der Klasse b 2 M., in der Klasse c 1,55 M. für 100 Kg. Diese Zuschüsse sollen vom 1. August ab auf 1 M., 1,75 M. und 1,40 M. ermäßigt werden und mit dem 31. Juli 1897 überhaupt fortfallen.

Die Regierung, die den Agrariern und den sehr einflußreichen Zuckerbaronen so gern gefällig ist, beabsichtigt aber nun, die im Jahre 1891 vorgeschriebene Herabsetzung der Exportprämien vorläufig nicht auszuführen. Es sollen vielmehr — mit Rücksicht auf die unabwehrbare Nothlage, in der sich die Zuckerindustrie, und mit ihr die Landwirtschaft befindet, infolge der in den letzten Jahren häufig heruntergegangenen Zuckerpreise, auf deren Hebung in absehbarer Zeit keine Aussicht vorhanden ist. — nach dem Entwurf für den Fall, daß weitergehende Änderungen des Zuckersteuer-Gesetzes sich vor dem

das Landstrafenfeld vieler Hunderttausender hat sich zu einer solchen Kalamität ausgewachsen, die „freie Liebesthätigkeit“ hat sich als so vollständig unzureichend erwiesen, daß der Staat einfach gezwungen war, eine Regelung zu versuchen. Mag es deswegen in der Begründung noch so weit von der Hand gewiesen werden, daß der Staat die Verpflichtung hätte, den Arbeitslosen Arbeit zu verschaffen, oder ihnen gar ein gesetzliches Recht auf unentgeltliche Unterhaltung einzuräumen, mag auch behauptet werden, daß dies „zu verhängnisvollen Folgen“ führen würde, so ist doch ein Fortschritt des preussischen Staates in der Erkenntniß seiner sozialpolitischen Aufgaben unerkennbar, wenn es dann weiter heißt, daß es nicht außerhalb der staatlichen Aufgaben liegt,

den Arbeitssuchenden in ihrem Bemühen, sich aus eigener Kraft den nöthigen Lebensunterhalt zu erwerben, durch Beförderung hierzu geeigneter Einrichtungen zu Hilfe zu kommen und damit einerseits zu verhüten, daß bisher nützliche Mitglieder der menschlichen Gesellschaft wirtschaftlich und moralisch untergehen, indem sie der Bettelei und Vagabondage anheimfallen und mit den Strafgesetzen in Konflikt gerathen, andererseits Gesunkenen, die wider ihren Willen durch die Verhältnisse in einer solchen Lage festgehalten werden, die Rückkehr zu geordneter Arbeit zu erleichtern.

Einen bemerkenswerthen Fortschritt sehen wir auch in der folgenden Stelle aus der dem Entwurf beigegebenen Begründung, — wenn man allerdings auch über einen im Anschluß an die Verpflegungsstationen eingerichteten Arbeitsnachweis sehr getheilte Meinung sein kann. Es heißt da:

„Besonderer Werth muß auf eine zweckmäßige Regelung des Arbeitsnachweises gelegt werden. Auf diesem Gebiete öffnet sich nach der gesetzlichen Befestigung des Verpflegungsstationswesens eine weite Perspektive. Die Aufgabe wird darin bestehen, im Anschluß an die Verpflegungsstationen zugleich ein über das ganze Land ausgebreitetes Netz von Arbeitsnachweiskeitellen zu schaffen, welche unter sich in Verbindung stehen und hierdurch geeignet sind, Ueberfluß und Mangel an Arbeitskräften wenigstens bis zu einem gewissen Grade auszugleichen, indem die Stationsgäste dahin geleitet werden, wo gerade Nachfrage nach Arbeitskräften hervortritt. Bisher sind wohl in einzelnen Städten von der Kommunalverwaltung, von den Zünften oder ähnlichen Verbänden Arbeitsnachweiskeitellen begründet worden. Diese haben indessen eine vorwiegend lokale Bedeutung und beschränken vielfach ihre Thätigkeit auf die Vermittelung von Arbeitsstellen in einer bestimmten Berufsart. Von ganz anderem Erfolge muß es dagegen sein, wenn eine solche Einrichtung verallgemeinert und ein organischer Zusammenhang zwischen den einzelnen Stellen geschaffen wird. Hierfür bieten die Verpflegungsstationen eine geeignete Stütze, an der es bisher gefehlt hat und die auch von den Verpflegungsstationen ohne gesetzliche Grundlage mit der nöthigen Sicherheit nicht gewährt werden kann. Ebenso wie die Verwaltung der Stationen selbst darf selbstverständlich auch die Regelung des Arbeitsnachweises keine bürokratische sein, auch sie muß sich auf das sorgsamste der thätigsten Entwicklung der Verhältnisse anschließen und in enger Fühlung mit den Kreisen der Bevölkerung stehen, in welchen Arbeitsgelegenheit gesucht und angeboten wird.“

Was aus dem Entwurf werden wird, ist noch ungewiß. Herr Eugen Richter hofft, daß er in der Kommission, in die ihn das Abgeordnetenhaus am vorigen Sonnabend verwiesen hat, begraben werde. Herr Richter ist sonst nicht sehr für Wohlthätigkeitseinrichtungen; aber der staatlichen Regelung der Sache zieht er den bisherigen Zustand immer noch vor. — Die Hoffnung, daß die polizeilichen Zwecken dienenden Paragraphen aus dem Entwurf entfernt werden, ist bei dem reaktionären Charakter des preussischen Abgeordnetenhanfes wohl unbegründet; ebenso sind kaum erhebliche Verschlechterungen zu befürchten. — Das letzte Wort über das Gesetz wird erst zu sprechen sein, wenn die seitens der Oberpräsidenten zu erlassenden Vorschriften über die Wander- und Arbeitsordnung, über die Regelung des Arbeitsnachweises etc. veröffentlicht sind. Und das meiste hängt dann schließlich ab von der Handhabung des Gesetzes und dieser Ausführungsvorschriften durch die unteren Verwaltungsorgane. Bei der militärisch-schneidigen Schulung dieser Organe und ihrer sozialpolitischen völligen Rückständigkeit läßt sich da freilich nicht viel Gutes erwarten.

„Und Du, Lotte?“ fragte Hartung erwartungsvoll seine Verlobte.

„Du kennst unsere Abmachung, Hans“, antwortete Lotte mit ernster Ruhe, während sie ein aufsteigendes Gefühl der Traurigkeit mit Gewalt in sich zu unterdrücken suchte. „Ich kann Deine Frau nicht werden, wenn es nur so geschehen kann, daß ich den Vater verlasse.“

Unmuthig wandte Hans sich ab — er hatte offenbar eine andere Wirkung von seinen Worten erwartet. Mit großen Schritten ging er durch das Zimmer und suchte vergeblich seine Erregung zu bekämpfen. Plötzlich blieb er vor dem Gesellen stehen und sagte:

„Und Sie, Schmid, was meinen Sie denn zu meinem Plan? Würden Sie mit kommen nach Paris?“

„Ja, mich werden Sie doch nicht heirathen wollen?“ meinte harmlos spöttelnd der Sachse.

Hartung mußte über die Bemerkung unwillkürlich lachen. Die düstere Wolke auf seiner Stirn zerstreute sich, und in schmerzlich-gutmüthigem Tone sagte er:

„Ich seh' schon, Ihr habt Euch gegen mich verschworen. Philister seid Ihr doch gegen uns Pariser — um hundert Jahre sieht Ihr hier wenigstens hinter Frankreich zurück!“

„Da möcht' ich doch recht sehr bitten,“ versetzte Ferdinand, der mit größter Aufmerksamkeit dem Gespräch gefolgt war und nun den Augenblick für gekommen hielt, um auch seinen Standpunkt zur Sache klarzulegen. „Uf mein Berlin laß ich nicht kommen, und wat die Pariser können, dat können wir och noch!“

Hans Hartung wandte sich lächelnd nach dem Knaben um. „Ah, richtig,“ sagte er, „da ist ja noch einer — den hätten wir ganz und gar vergessen.“

„Unserens wird natürlich nich jefragt,“ versetzte Ferdinand in komischem Groll — „man wird einfach dajelassen oder mitgenommen, wie 'ne Reisetasche. Det man och 'ne Meinung hat, det globen die alten Herrschaften nich.“

„Na, und was ist denn Deine Meinung, Junge?“ fragte Hartung, dem die selbständige Art des hübschen blonden Burschens gefiel.

„Meine Meinung ist genau dieselbe wie die Ihrige,“ entgegnete Ferdinand ernst, indem er aus dem Dialekt ins Hochdeutsche verfiel — „ich meine wie Sie, daß die Sache des Volkes in Berlin ganz dieselbe ist wie in Paris.“

„Bravo, mein Sohn,“ fiel Hartung ihm ins Wort — „nun, und was weiter?“

„Und daß wir darum nicht nach Paris zu gehen brauchen, um dieser Sache zu dienen. Das können wir hier in Berlin ebenso gut bejorgen.“

1. August d. J. nicht erwidlichen lassen, einzuweisen die Zuschüsse in ihrer jetzigen Höhe anrecht erhalten werden. Statt jedes Wortes eigener Kritik der neuen unverkürzten Forderungen der Zuckerfabrikanten und der gefälligen Regierung wollen wir hier nur folgen lassen, wie ein sehr staatsferhaltender Herr, der bayerische Thronfolger Prinz Ludwig, über diese Pläne denkt. Er trat in einer Rede bei dem Festmahl der Versammlung der bayerischen Landwirthe einseitigen agrarischen Forderungen entgegen und gedachte dabei auch der durch Millionen der Zuschüsse bewirkten künstlichen Züchtung der Zuckerfabriken, es verurtheilend, daß diese nun wieder Zuschüsse aus den Taschen anderer durch die Exportprämien verlangen.

Den Nagel auf den Kopf getroffen. Erst werden durch die unerhörtesten Begünstigungen Zuckerfabriken weit über das Bedürfnis hervorgerufen, und nun die Fabriken nicht mehr ganz den früheren Gewinn abwerfen, soll das Volk, so wollen es die Agrarier und Zuckerfabrikanten, entgegen ausdrücklichen gesetzlichen Vorschriften weiter bleiden. Die Unverschämtheit dieses Korps wird nur übertrieben durch die Heuchelei, mit der dieses Ausbeutungssystem der Bevölkerung als im Interesse der Landwirtschaft und des ganzen Landes liegend dargestellt wird.

Nachwahl zum Landtag. Bei der Landtagswahl im Kreise Erwit wurde der Geheimre Kommerzienrath Lucius (Frei-konservativ) beinahe einstimmig gewählt.

Arbeiterwohnungen. Der Gesetzentwurf betreffend Bereitstellung von Mitteln für Arbeiterwohnungen ist von der Kommission des Abgeordnetenhauses in erster Lesung angenommen worden.

Eine Verschlechterung der Strafprozess-Ordnung wird Gegenstand der nächsten Beratungen der Justizkommission des Reichstages sein. Nach dem bestehenden Gesetze müssen in ersten Instanz landgerichtlichen Strafverhandlungen alle vorgetragene Zeugen und Sachverständigen gehört und alle beigeschafften Beweismittel gewürdigt werden. Diese Bestimmung des § 244 ist für den Angeklagten selbstverständlich von größter Bedeutung. Sie soll nun geändert werden. Künftig soll das Gericht nach freiem Ermessen Zeugen, Sachverständige und Beweismittel zurückweisen können. Es ist also der Fall denkbar, daß ein Gericht nur die Belastungszeugen hört und die Entlastungszeugen einfach ausschließt. Bei gewissenhaften Richtern wird das ja vielleicht nicht vorkommen. Aber schon die gefehliche Möglichkeit eines derartigen Verfahrens sollte nicht gegeben sein. Denn es ist Gefahr, daß sie, besonders bei politischen Prozessen, mißbraucht werde. Es wird durch diese geplante Bestimmung, wenn sie Gesetz werden sollte, der Willkür der Richter Thür und Thor geöffnet.

Ein artiges Stücklein von der irdischen und der himmlischen Gendarmerie. Wie liebevoll die Diener der Kirche verfahren, wo es nichts da a r e s zu holen giebt, und wie emsig die weltlichen Behörden sich bemühen, dem Volke die Religion zu erhalten, wollen die Leser aus dem folgenden eigenartigen Strafbefehl ersehen, der gegen eine Arbeiterfrau in Daffow in Mecklenburg erlassen ist, weil sie bei der Beisetzung ihres verstorbenen Kindes am offenen Grabe ein Gebet gesprochen hat. Das merkwürdige Schriftstück hat folgenden Wortlaut:

Die Arbeiterfrau Dorothea Bruhn, geb. Bibow, zu Neu-Bornwerck hat laut dienstlicher Anzeige des Wachtmeisters Paton III zu Daffow am zweiten Oftertage 1895 nachmittags bei Beerdigung ihres Kindes, bei der der Ortsgemeinde nicht zugegen war, eine Rede, resp. ein Gebet gesprochen. Die Frau wird deshalb auf Grund der Verordnung vom 25. November 1851, betreffend die Grabreden der Nichtgeistlichen, zu einer Geldstrafe von zwei Mark event. Haft von einem Tage verurtheilt. Es kommen hierzu an Gebühren und Auslagen noch 1.50 M. Unterzeichnet ist der Strafbefehl: Daffow, 22. April 1895. Püterschafisches Polizeiamt.

Die arme Frau, deren Mann seit mehreren Jahren arbeitsunfähig ist, wird dazu der „Frankf. Ztg.“ aus Lübeck geschrieben, hatte nach ihren Angaben den Ortsgemeinde zur Theilnahme am Begräbniß gebeten, und dieser hatte auch gesagt, er wolle sehen, ob er kommen könne. Er war aber nicht erschienen, und um nun ihr Kind nicht wie einen Hund verscharren zu lassen, hatte die Frau im Beisein mehrerer Nachbarleute am offenen Grabe folgenden Gesangbuchvers gesprochen:

Hier liegt und schläft Du ganz in Frieden
Dieweil Dein Hirte bei Dir wacht.
Du Jesu bleibst Du ungeschieden
Auch in der letzten Todesnacht.
Er lenkte Deine Tageszeit
So früh schon zu der Ewigkeit.
Amen.

Das war die „Rede“, für die die arme Frau bestraft wurde. Aber es ist ganz gut so. Nur so fortgefahren, dann werden dem Volke die Augen schon aufgehen über die irdische und die himmlische Gendarmerie.

„Ginterwälderische Sitten.“ Die Erwähnung der Börsenspekulationen des verstorbenen Junkerministers v. Planteuffel hat gewisse Revolverpolitiker in große Aufregung versetzt. Einer derselben schreibt in der „Kreuz-Zeitung“:

Wenn der „Börsen-Courier“ seine schamlosen Schmähungen noch mit der Bemerkung zu unterstützen versucht, es sei „in der That Zeit, mit der schonungslosen Rücksicht aufzubringen gegenüber Personen, die aus der Rücksichtslosigkeit ein Gewerbe machen“, dann möge es sich diese Gesellschaft gesagt sein lassen, daß solchem Pöbelhandeltum gegenüber allein die Selbsthilfe noch am Platz ist.

Also die Drohung mit Knüttel oder Revolver. Das kann ja schön werden. Der Herr Kriegsminister aber, der seinerzeit die „Selbsthilfe“ des Generals von Kirchhoff im Reichstage so warm verteidigte, ja verherrlichte, wird sich freuen, so gelehrige Schüler für die Selbsthilfe, das heißt den Umsturz des Gesetzes gefunden zu haben.

Eine Lübecker Staatslotterie wird vorläufig nicht eingeführt. Die vom Senat und der Bürgerschaft eingesetzte Entscheidungskommission wegen der Deckungsfrage des Staatshaushalts-Minus nahm am Sonnabend die Vorschläge des Senats auf Erhöhung der Einkommensteuer an und ließ die Frage wegen Einführung der Staatslotterie unentschieden. Für das laufende Budgetjahr ist die Lotterie somit abgelehnt.

Kommunale Arbeitsnachweis-Bureau in Württemberg. Während in der Freitagsversammlung des württembergischen Landtags über die Nothlage der Handwerker geklagt wurde und verschiedene Redner sich bemühten, das Handwerk wieder zu „heben“, wurde am Sonnabend ein für die Arbeiter wichtiger Beschluß gefaßt. Es wurden aus Staatsmitteln 5000 M. pro Jahr genehmigt, um in größeren Städten die Errichtung von kommunalen Arbeitsnachweis-Bureau zu unterstützen und eine Zentralkasse für Arbeitsvermittlung zu schaffen. Es wurde anerkannt, daß die Naturalverpflegungen ihren Zweck verfehlt und daß die städtischen Arbeitsämter in Stuttgart, Ulm, Heilbronn, Göttingen, Cannstatt und Ravensburg sich gut eingeführt haben.

Die Kommune Wien ist nun in antisemitischen Händen. Bei der Wahl des ersten Vizebürgermeisters wurde

Dr. Puzer im dritten Wahlgang gewählt. Der Bürgermeister und der zweite Vizebürgermeister wollen nun auch zurücktreten. Dr. Puzer wird nun zum Bürgermeister gewählt werden. Der Sieg ist weniger den Verdiensten der Antisemiten als dem völligen Bankrott der Liberalen zu danken. Die einzige Hoffnung der Liberalen besteht darin, daß die Regierung Dr. Puzer's Wahl nicht bestätigen wird.

Zur kirchenpolitischen Gesetzgebung in Ungarn. Das Magnatenhaus hat unter großer Erregung den Abschluß über die Konfessionslosigkeit mit 117 gegen 116 Stimmen als Grundlage der Spezialdebatte angenommen.

Heber die Stimmung in Italien wird uns aus Mailand vom 10. Mai geschrieben: Die Begründung des königlichen Ediktes, welches die Kammer auflöst und die Neuwahlen für den 28. Mai anordnet — die Stichwahlen sollen am 2. Juni stattfinden — und welches die Kammer und den Senat auf den 10. Juni nach Rom beruft, ist ein Schriftstück, wie es wohl niemals ein konstitutionelles Land sich hat bieten lassen. Der „Mino“ in Rom nennt es ein Sammelsurium von faulstüchtigen Lügen, Drohungen und Unverschämtheiten, eine zweite sehr verächtliche Auflage des Lügenberichts an den König Humberto, mit dem die Kammer gegen die Verfassung nach Hause geschickt wurde. Die konservativ-liberale „Gazetta Piemontese“, das sehr einflussreiche Organ Nord-Italiens in Turin, dem Stammsitze der Savoier, ruft aus: „Wie tief sind wir gesunken! Wodurch hat Italien verdient, vor dem Vnsland so schmachbedeckt dazustehen. Kein Wort von der schreienden Verfassungsverletzung, kein Wort von der brennenden Moralfrage, die soeben durch Mittheilungen von Tanlongo neu aufgeführt wurde, kein Wort von der Willkür der Anwendung der Ausnahmungs- und Zwangs-gesetze, von der Verfassungswidrigkeit der durch königliches Dekret diktierten neuen Steuern, der gewaltsamen Entfernung von über einer halben Million Wählern aus den Wählerlisten. Der Urheber aller dieser Willkür überschreit geradezu das Land.“

So spricht ein sehr gemäßigtes Blatt. Aber die entwerfende bürgerliche Gesellschaft Italiens hat den Dittator die Hand verdient. Man muß das Gedränge und den Julauf der ministeriellen Kandidaten in Rom in den letzten Wochen beobachtet haben, um den Vergleich mit der früheren Bourbonen-Wirtschaft tief zu gunsten der letzteren zu empfinden. Witten in dem heißen Juni, wo alle andern Kammern in die Ferien gehen, und wo Rom ein Brutofen ist, wird absichtlich das Parlament berufen, damit es in Agonie lage und sobald als möglich wieder nach Hause geschickt werden könne. — Diese Absicht Crispi's wird von Blättern der verschiedenen Parteien offen hervorgehoben und diesen Anspielungen gegenüber muß man den triumphirenden Dohn lesen, den die Crispinischen Blätter in Rom über das Schriftstück zu erkennen geben. Das „Giornale“ nennt die Begründung eines der wichtigsten historischen Aktenstücke der glücklichen Regierung des einzigen Staatsmannes und der „Goniere“ hebt besonders die edle Bescheidenheit hervor, mit der Crispi in seinem würdigen Stolge in diesem Schriftstücke nicht eine einzige der vielen Wohlthaten hat erwähnen wollen, die er in seiner kurzen Regierung dem Lande geleistet.

„Die Wähleransichten der Regierung sind gut“, hat Crispi im letzten italienischen Ministerrath gesagt. Die Wähleransichten der Regierung in Italien sind immer gut gewesen, seit es eine italienische Regierung giebt, inwiefern sie die Wahlen macht. Und Crispi ist bei der Wahlmacht gewaltsamer und systematischer verfahren als irgend einer seiner Vorgänger. Aber es wird ihm trotzdem ergehen wie diesen — die Majorität wird bald auseinanderfallen und sich gegen ihn wenden. Alle bisherigen Regierungen Italiens sind von Kammern gestützt worden, in denen sie Majoritäten hatten. Und eine größere Majorität als z. B. Biondini, sein Todfeind, bekommt Crispi nicht. Inzwischen ist die Opposition schon kräftig an der Arbeit. Ein Wollenbruch neuer Enthüllungen ist auf Crispi heruntergeplatzt, und schwer kompromittierende Aktenstücke sind veröffentlicht worden. Die „Vossische Zeitung“ will der Sache zwar keine Bedeutung beilegen, allein sie glaubte auch seinerzeit nicht an den Panamino-Standal.

Die belgische Regierung ist vom Nothfalle befreit. Jetzt hat sie wieder einen französischen Abgeordneten, den Sozialisten Dejeante, der in einer Versammlung auf belgischem Gebiet sprechen wollte, Anstalt und Fall anzuweisen. Es ist das, binnen kurzer Zeit, der dritte Fall von Ausweisung sozialistischer französischer Deputirten.

Vivat sequens — es lebe der nächste Umsturz! riefen die Franzosen, als sie von dem Fall der deutschen Umsturzvorlage erfuhren. Die deutsche Umsturzvorlage ist tot! Nieder mit der französischen Umsturzvorlage! Nach der Ermordung Carnot's wurde bekanntlich in der französischen Kammer ein Umsturzgesetz im Handumdrehen bewilligt. Nach dem Sturze Ferier's fand ein Antrag, jenes Gesetz aufzuheben, nicht genügende Unterstützung. Jetzt nun ist der Antrag von neuem gestellt worden, und unter dem moralischen Eindruck des Reichstagsvotums vom vorigen Freitag und Sonnabend wird er wahrscheinlich angenommen. Geschieht dies — was, wie gesagt, zu erwarten — so hätte der deutsche Reichstag auch den Franzosen einen großen Dienst geleistet und gleich zwei Umsturzgesetze mit einem Streich erledigt.

Japan. Nach einer Depesche aus Tokio, der Hauptstadt des japanischen Reichs, ist dort der Friedensvertrag mit China heute feierlich verkündet und zugleich mitgetheilt worden, daß Japan durch Sondervertrag mit China die Halbinsel Piao Tong wieder herausgegeben habe. Ein kaiserlicher Erlass thut außerdem der Welt kund, daß Japan bloß um des Friedens willen den Krieg angefangen habe. Man sieht, die Japaner haben die Europäische „Zivilisation“ sehr gut begriffen — so gut, daß wir sie im Verdacht haben, dieselbe etwas verspotten zu wollen. Der Krieg um des Friedens willen“ wird ohne Zweifel auch in allen japanischen Kirchen das Thema der Predigten abgegeben haben — gerade wie es, unter ähnlichen Umständen, bei uns der Fall wäre. Ach, diese „Zivilisation“ ist so leicht gelernt.

Wichtiger als jenes Komödientenspiel ist die Nachricht, daß Rußland einen Hafen der Ostküste von Korea beansprucht. Das könnte zu ernsthaften Verwicklungen führen — oder richtiger, das scheint zu bedeuten, daß ernsthafte Verwicklungen bereits entstanden sind.

Zum Aufstand auf Cuba. Heute liegt wieder eine spanisch-amtliche Depesche aus Cuba vor, welche besagt, Major Condmes habe die Aufständischen bei Baracoa geschlagen und ihnen bedeutende Verluste zugefügt. Ein anderer Haufe Aufständischer soll bei Palma-Soriano von Oberst Sandoval geschlagen worden sein, wobei der aufständische Oberst Pablo gefallen sei. Wie die bisherigen Erfahrungen lehren, sind diese „amtlichen“ Nachrichten aus Spanien mit größter Vorsicht aufzunehmen.

Kriegerische Ereignisse bereiten sich in Südafrika vor. Die „Times“ meldet aus Pretoria: Im Bezirke Postpanberg sieht ein Krieg gegen die Eingeborenen bevor. Der Oberhäuptling Magato hat die Kommission der Transvaal-Regierung aus seinem Lande fortgeschickt, auch der Stamm der Makate sammelt sich an verschiedenen festen Punkten. Die Eingeborenen sind meist mit ganz modernen Gewehren und Patronen versehen. Der Generalkommandant Joubert wird Abtheilungen von 8000 Weißen und 12000 eingeborenen Verbündeten unter die Waffen rufen. Die Regierung berath gegenwärtig über die Lage; man glaubt, daß der Krieg sofort beginnen werde und ein halbes Jahr dauern dürfte.

Preßstimmen über die Ablehnung der Umsturzvorlage.

Aus den zahlreichen Urtheilen der Parteipresse heben wir die folgenden hervor.

Die „Volkstimme“ (Frankfurt a. M.) schließt ihren Artikel mit folgenden Sätzen:

Die Freude über unseren Sieg wird aber nicht auf das deutsche Land beschränkt bleiben, welches die Schlacht geschlagen. Mitjubeln wird das arbeitende Volk in allen Ländern, welches auf die Erlösung harret, und weiß, daß der Sieg in dem einen Lande auch den Sieg in dem anderen bedeutet. Das Bewußtsein, daß unser Sieg überall die Herzen höher schlagen läßt, wird unsere Freude noch erhöhen. Mit ihnen im Bunde rufen wir heute:

„Bald steigt der Morgen hell herauf!“

Der hannoversche „Volkswille“ schreibt:

„Wohl wird man jetzt, nachdem der Versuch, uns gemeinrechtlich zu schmoren, nicht gelungen ist, sich daran machen, uns vereinsrechtlich zu braten. Doch, wir fürchten uns nicht. So wie der Kampf gegen den „gewaltsamen Umsturz“ mit einem Triumph der Sozialdemokratie geendet hat, so wird auch jeder andere Versuch, uns zu unterdrücken, nur dazu beitragen, uns vorwärts zu bringen. Die heutige Gesellschaft ist am Ende ihres Lebens; in dem Glauben, uns zu schaden, gräbt sie ihr eigenes Grab. Nur weiter so, wir sind's zufrieden!“

Der Stettiner „Volkshote“ bemerkt:

„Die Konservativen hoffen auf ein neues Ausnahme-gesetz. Mag es ruhig kommen, die Sozialdemokratie wird man dadurch nicht aus der Welt schaffen. Unser d. r. Sieg, trotz alledem!“

Die „Norddeutsche Volkstimme“ (Westmünde) endet ihre Betrachtungen folgendermaßen:

„Was nun kommen wird? Wir sehen dem mit derselben Ruhe entgegen, die wir bisher der Umsturzvorlage gegenüber bewahrt haben. Was die Reaktion aus unternehmen mag, der weltgeschichtlichen, die Erde umspannenden Bewegung des Sozialismus wird sie nicht Herr werden. Alle Versuche dieser Art dienen, wie der blamable Ausgang der Umsturz-kampagne beweist, nur uns zum Vortheile. Niemals hat es eine glänzendere Gelegenheit gegeben, die bürgerlichen Parteien so in ihrer ganzen heillosen Verwirrung zu zeigen, wie in der jüngsten Zeit bei den Umsturzdebatten. Darum rufen wir von ganzem Herzen:

„Es lebe die Umsturz-bekämpfung!“

Das „Volkblatt für Haxburg“ schreibt:

„Kommt's (ein neues Ausnahme-gesetz), dann werden wir uns das Ding schon eingehend betrachten und — unsern Weg zum Ziele doch finden, gleichviel ob es Gesetz wird oder nicht. Kommt es nicht, so brauchen wir uns auch darüber nicht allzu sehr aufzuregen — die Regierung wird im Bunde mit den „Ordnungs“-Parteien schon dafür sorgen, daß wir auch ohne unsern Feinden genug Stoff geben können, sich über unser „Schweineglad“ zu ärgern.“

Die „Schleswig-Holsteinische Volks-Zeitung“ giebt ihrer Freude in folgender Form Ausdruck:

„Das Umsturz-gesetz ist tot. Was nun? Das „was nun“ soll uns für den ersten Augenblick gleichgültig sein. Vorläufig wollen wir erst einmal den Triumph unseres Sieges genießen. Denn was von reaktionärer Seite so oft gesagt, wird eintreffen, das Scheitern der Umsturzvorlage wird Wasser auf der Mühle der Sozialdemokratie sein. Und die schönen Reden der Schönstedt und Köler! Wir können uns gar kein besseres Agitationsmaterial wünschen.“

Die Umsturzvorlage ist tot. Mögen nun Regierung und bürgerliche Parteien auf weitere Blamagen, weitere tödliche Niederlagen hinnen, uns soll's recht sein!

Die „Breslauer Volkswacht“ sagt:

„Wir stehen nicht am Ende, sondern erst im Anfange des großen Kampfes, den wir un unserer selbst wie um der ganzen Menschheit willen zu führen haben und deshalb soll dieser Sieg, den wir jetzt errungen, uns nicht zur trägen, hatenlosen Ruhe verführen, sondern er soll uns vielmehr anspornen zu rüstigem Weitergehen, er soll uns Kraft und Begeisterung verleihen, allen Gefahren, allen Mächten der Freiheit- und kulturfeindlichen Reaktion zu widerstehen, von Sieg zu Sieg zu eilen, bis der grimmige, ruhelose Feind vernichtet, zerschmettert am Boden liegt!“

Das „Hamburger Echo“ kommt zu folgendem Schlusse:

„Auf die unwillkürlich allen politischen Kreisen sich aufdrängende Frage: „Was nun?“ wird man ohne Zweifel zunächst eine Antwort geben. Wir kennen dieselbe schon; sie lautet: rücksichtslose Bekämpfung der Sozialdemokratie auch ohne Umsturz-gesetz“ auf Grund zweifelsprechender Auslegung und Handhabung der bestehenden Gesetze. Darauf mögen unsere Genossen in Preußen sich einrichten. Soweit die Macht und der Einfluß der preussischen Regierung reicht, wird sie auf Polizei und Justiz einwirken, daß dieselben eine Praxis im Sinne und im Geiste der vernichteten Umsturzvorlage entsalten. Die Sozialdemokratie wird sich auch damit abzufinden wissen.“

Die Bremer „Bürger-Ztg.“ bemerkt in ihren Betrachtungen über die Ablehnung der Umsturzvorlage:

„Doch dieser Sieg, der nicht unterschätzt wird, er werde von unserer Seite auch nicht überschätzt. Die Umsturzvorlage, die zerrümmert vor unsern Füßen liegt, ist nicht die Reaktion selbst. Hat auch die vom Kapitalismus gestützte und geschobene Reaktion einen Keulenschlag, wuchtig und drohend auf ihr giftiges Haupt erhalten, so ist ihr doch das Haupt noch nicht zerschmettert. Rein, noch lebt sie, und wenn sie auch ihr elendes freiwildiges Spiel für diesmal verloren hat, noch sind wir nicht geschäft, daß nicht ein neuer Wurf in dem alten Spiel gegen uns versucht wird. Unvorbereitet wird uns ein solcher Wurf nicht finden. Wir behalten Schild und Lanze vorgefodert, diese Haltung haben wir gelernt, sie ist erprobt und gut. Unsere Reiben sind eng geschlossen, wir drängen dem geschlagenen Feinde geschlossen nach, er mag sich stellen und abermals zum Angriff gegen uns wenden, wann und wo er immer will, wir sind schlachtbereit und gegen jede Ueberrumpelung wachsam gesichert.“

Die „Leipziger Volkszeitung“ schreibt:

„Zählen wir unsere Streiter, organisieren, agitieren, wirken wir für die große Sache, lassen wir uns nicht zur Ueberschätzung der Situation und nicht zu falschen Schlüssen verleiten!“

Kaltes Blut ist Trumpf. Hochgespannt sind die Spannungs-zustände der sozialen und politischen Atmosphäre, und die Feinde der Freiheit werden nichts unterlassen, was die Masse herausfordern könnte. Die Sozialdemokratie wird sich nicht provozieren lassen, wird sie doch auf legalem Wege „die und fett“. Vorwärts geht es trotz alledem, und eine Stappe auf der Bahn zum Ziele ist auch der 11. Mai 1895.“

Die „Sächsische Arbeiter-Zeitung“ schließt ihre Betrachtungen folgendermaßen:

„Doch dessen sind wir sicher — und wenn auch im Hintergrunde noch als letztes Verzweigungsmittel der Staatsreich lauert — nichts wird im Stande sein, unsern Fortschritt zu hemmen und unsern endlichen Sieg zu verhindern. Fest steht das deutsche Proletariat zur Fahne der Sozialdemokratie und je härter die Verfolgungen, um so fester wird es zusammen-geschmiedet und um so größer wird die Zahl Derer werden, die zu unserer Fahne schwören, bis endlich das gesamte Volk sein Heil nur noch im Sozialismus erblickt und die ganze Reaktions-gesellschaft unter allgemeinem Hohngelächter zur Grube fahren wird. Dann wird das deutsche Volk aufstehen und ein neues, schöneres Leben beginnen und unter allgemeiner Heiterkeit wird man des Nachwärters gedenken, der mit seinem Spiege eine Kulturbewegung aufhalten wollte.“

Das „Sächsische Volksblatt“ (Zwickau) bemerkt unter anderem:

„Wird die Regierung darauf verzichten, später einmal wieder ein neues Gesetz einzubringen, das der Anebelung der Sozialdemokratie dienen soll? Am guten Willen braucht nicht gezweifelt zu werden.“

„Ja, das Begräbnis der Umsturzvorlage bedeutet einen großen Triumph der Sozialdemokratie. Ihr gelingt alles, den Gegnern mißlingt alles. Mögen indes weitere Ausführungen einem folgenden Artikel aufgespart bleiben. Diesen ist die Leiche des Umsturzgesetzes schon noch wert.“

Die „Münchener Post“ schreibt:

„Sin abgeklüßelt! Dem Anfang vom Ende ist am Samstag überraschend rasch das Ende selbst gefolgt: Das Maulkorbgesetz ist in einer für die Reichsregierung geradezu niederschmetternd blamablen Art abgelehnt worden. Die Schönstedt, Bronsart von Schellendorf und Köller haben den juristischen Wechselbalg mit so eleganter Ungeheuerlichkeit in den Abgrund „gelockert“, daß die Mißgeburt aus Reaktion, Servilismus und surchsischer Profitwuth die schwarze Seele ausgehaucht hat. Wahrlich ein tragikomisch Geschick: das Kind der Kollerei von seinen eigenen Eltern erbrockelt!“

Tragikomisch ist überhaupt der Verlauf dieses ganzen Jagdzuges gegen den Umsturz. In rührender Einigkeit waren die feudalen und bürgerlichen Sonntagsjäger ausgezogen, den Löwen Sozialdemokratie zu erlegen. Kaum hatten sie ins Jagdgebiet hineingespurrt, so wurden sie schon handelsmüde über die Vertheilung der Beute. Und nach echter, rechter Sonntagsjäger Art zogen sie mit leeren Taschen nach Hause, ohne einen Schwanz gefehen zu haben.“

Die am meisten zur Heiterkeit reizende Neußerung über die Umsturzgeschichte findet sich in der „Konservativen Korrespondenz“. Diese Nährmutter der kleinen konservativen Presse, sucht zu beweisen, daß die Ablehnung der Umsturzvorlage, für die sich mit Todesverachtung Reichsfinanzler, preussische Minister, Staatssekretäre und die offiziöse Presse des allerneuesten Kurzes mit Todesverachtung eingelebt haben, eine Niederlage — Caprivi's und nicht der Hohenlohe und Köller ist. Wir entnehmen der „Konservativen Korrespondenz“ das folgende:

„Nun spricht man in der „unentwegten“ Presse von einer noch nicht dagewesenen Niederlage der Reichsregierung“. Wir können in der Ablehnung dieser Vorlage eine solche Niederlage nicht erblicken. Bekanntlich stellt der Umsturzgesetzentwurf eine jener bedenklichen Erbschaften dar, die aus dem Nachlasse des Grafen v. Caprivi auf dessen Nachfolger übergegangen sind.“

„Eine Bekämpfung der Umsturzpropaganda auf dem Boden des gemeinen Rechts hat weder im Volke noch im Parlamente Anklang gefunden. Die Politiker und Parteien, die bis vor kurzem noch derartige Maßregeln für möglich hielten, werden sich nun wohl überzeugt haben, daß sie irrten. Nun ist die Bahn frei für eine anderweitige offene und feste Bekämpfung der Sozialdemokratie. Die internationale sozialrevolutionäre Bewegung wird aber nur dann wirksam bekämpft werden können, wenn ihr eine zielbewusste nationale Politik rückhaltlos und konsequent entgegengetrieben wird. Um die Umsturzpropaganda überwinden zu können, müssen also zunächst diejenigen im vaterländischen Boden wurzelnden, durch und durch nationalen Elemente gekräftigt werden, durch deren Widerstand allein der Ansturm auf die heutige Gesellschaftsordnung, auf Religion und Monarchie zum Scheitern gebracht werden kann. Die Kräftigung des gewerblichen Mittelstandes in Stadt und Land muß also die Hauptaufgabe der Reichsregierung sein.“

„Der in den letzten Jahren im Volke genährte Wahn, die sozialdemokratische Partei habe einen berechtigten Kern, muß endgültig zerstreut, die Ziele der internationalen Revolutionäre müssen ungeweiht vor aller Welt als verbrecherische gekennzeichnet werden.“

Die antimilitärische „Staatsbürger-Zeitung“ bemerkt:

„Wir sind nach wie vor der Meinung, daß der einzige Weg zur Errichtung des Staates und zur erfolgreichen Bekämpfung der Umsturzidee in einer völligen Umkehr in unserem sozialpolitischen Leben und in der schleunigsten Inangriffnahme von Reformen liegt, durch welche die Schäden aus unserem öffentlichen Leben entfernt und seine Gefährdung herbeigeführt werden wird. Jede Verzögerung dieser brennenden Aufgabe vergrößert die Gefahr ins Ungemessene, und ganz falsch ist es, anzunehmen, daß Umsturz- und Ausnahmengesetze, die nur Zwang und Druck mit sich führen, irgend etwas helfen könnten, wenn die Pässigkeit in der Förderung der Reformbestrebungen so, wie bisher, fort-dauert. Leute, die hierin das Heil erblicken, zeigen nur, daß sie noch immer nicht das richtige Verständnis für unsere Zeit und unsere Lage gewonnen haben. Thäten auf dem sozialreformatorischen Gebiete allein können uns helfen!“

„In solchen Thesen gehört nicht allein die Umkehr von den falschen Wegen des Manchestertums und der wirtschaftlichen Ausbeutung, sondern auch auf rechtlichem Gebiete muß vieles reformiert werden. Unsere Rechtsprechung muß nicht so sehr dem Buchstaben folgen, sondern mehr in die freieren Bahnen des Geistes eintreten und den jeweiligen Bedürfnissen angepaßt werden; dann bedarf gar keiner Zwangsgesetze, dann können wir recht gut mit dem gemeinen Recht auskommen. Unsere Rechtsprechung muß nicht so sehr in Silbenstecherei ausarten, sondern von größeren Gesichtspunkten ausgehen; sie muß sich mit einem Worte mehr mit dem lebendigen Rechtsgefühl in Einklang bringen. Dazu gehört auch, daß unser Strafgesetz aus formalen Gründen nicht da versagen darf, wo jeder seine Anwendung erwartet. Geht dies öfter, dann allerdings kann leicht die Meinung aufkommen, als könnten wir ohne Sondergesetze garnicht mehr durchkommen.“

Aus dem langen Leitartikel der „Post“, des Stumm'schen Organs, heben wir bloß die folgende Stelle hervor:

„Vor allem aber ist es notwendig, daß in der Verwaltung von oben bis unten und in die äußersten Epochen die Ueberzeugung, daß die Sozialdemokratie der Todfeind der Monarchie, des Reichs, wie der ganzen Staatsordnung ist, in klarer und bestimmter Weise betätigt wird, sonst hat die Verwirrung der Geister, als ob die Sozialdemokratie eine Partei wäre, wie eine andere, kein Ende. Wie soll sich z. B. die große Masse der Arbeiter vorstellen, daß von der Regierung die Sozialdemokratie als ein Feind betrachtet wird, gegen den sie alle patriotischen staatsbehaltenden Elemente auf die Schanzen rufen.“

Von Preßstimmen der national-liberalen Partei wären noch folgende zu registrieren.

Das Organ des Herrn v. Bennigsen, der „Hannoversche Kurier“ bemerkt:

„Da nach Lage der Dinge irgend ein einsprichliches Ergebnis aus den weiteren Verhandlungen des Reichstages nicht hervorgehen konnte, ist dieser schnelle Abschluß jedenfalls das Beste, was jetzt noch geschehen konnte. Bedauerlich bleibt es aber, daß der erste Akt eines Vorgehens gegen den revolutionären Umsturz mit einem Mißerfolg abschließt. Wo die Schuld liegt, ist an dieser Stelle wiederholt auseinandergesetzt worden. Ob bei einer klareren und geschickteren Haltung der Regierung wenigstens etwas zu erreichen gewesen wäre, läßt sich bei der Unberechenbarkeit des in einer Mehrheit notwendigen Zentrums nicht sagen. Eine so eklatante Niederlage, bei der die Regierung schließlich fast alle Parteien gegen sich hatte, hätte aber sicher vermieden werden können.“

Das Organ der rheinisch-westfälischen Grubenbarone, die „Rheinisch-Westfälische Ztg.“, schreibt:

„Wir wiederholen, daß uns der Sturz der Umsturz-Vorlage deshalb ein freudiges Ereignis ist, weil er die Bahn frei macht

für das Bessere. Diejenigen, welche entschlossen sind, die Regierung im Kampf gegen den Umsturz zu unterstützen, werden nunmehr versuchen müssen, durch ein Ausnahmengesetz Machtmittel zu beschaffen.“

Das Berliner Zentrumblatt, die „Germania“, schreibt heute:

„Was aber das schlimmste ist, auch keine einzige der anderen Parteien, ja man kann sagen, kein einziges Mitglied des Reichstages ist mit der Regierung zufrieden, allgemein ist die Ueberzeugung, daß von Anfang der Umsturzvorlage an bis zur letzten Stunde zahlreiche Fehler gemacht worden sind und die Regierung gar oft das Schauspiel der Zerklüftung und Ziellosigkeit geboten hat. Es dürfen aber keine Fehler mehr gemacht werden, dafür ist es zu weit gekommen, sind die drohenden Gefahren und die ihnen gegenüber zu erfüllenden Aufgaben zu groß. Wir bedürfen einer einheitlichen festen Regierung von entschiedener positiv-christlicher Gesinnung und mit Eifer und weiser Einsicht für die brennenden wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben — sonst geht Deutschland seinem inneren Verfall entgegen!“

Die freisinnige „Breslauer Morgen-Zeitung“ brüdt ihre Meinung in folgenden Sätzen aus:

„Die immer mehr anschwellende Volksbewegung in Deutschland ist es gewesen, welche der Regierung bei dieser Vorlage so unheimlich wurde, daß es ihr gerathen, fast dringlich erschien, diese Vorlage ganz und gar über Bord fallen zu lassen. Insofern hat die öffentliche Meinung hier einmal einen Triumph erforscht, welcher um so größer ist, wenn man sich vergegenwärtigt, wie noch kurz vor Ostern angefaßt der mit großer Mehrheit gefaßten Kommissionsbeschlüsse die Vorlage ganz unabwehrbar erschien.“

Es wäre zu wünschen, daß in gleicher Stärke das Bürgerthum sich allerorts anstraffe, um mit ebensolcher Entschiedenheit Stellung zu nehmen gegen die gegenwärtig zu gunsten von Klasseninteressen alle wirtschaftlichen Freiheiten bedrohenden Richtungen der Gesetzgebung. Hier wird jetzt das Kabinett Hohenlohe um so schärfer einsehen, um seine Niederlage beim Umsturzgesetz vergessen zu machen. Aber es würde auch die politische Situation gänzlich verkommen heißen, wenn man nunmehr nach Beseitigung der Umsturzvorlage für eine absehbare Zukunft jede Gefahr einer Schmälerung der politischen Rechte und Freiheiten beseitigt erachten wollte. Der nächste Vorstoß des Ministeriums in der gegenwärtigen oder in einer etwas abgeänderten Zusammenfassung wird erfolgen in der Richtung der Forderung von Ausnahmestimmungen nach dem Muster des früheren Sozialistengesetzes. Der Zeitpunkt des Vorstoßes wird abhängen von dem Darbieten einer Gelegenheit, welche man glaubt dafür in der Volkstimmung ausnützen zu können. Das eigentliche Ziel aber, das man man allenthalben nicht fest genug im Auge fassen, ist die Beseitigung des gegenwärtigen Reichswahlrechts.“

Die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ schreibt noch:

„Das Gefühl hoher Genugthuung über den schmachvollen Fall des Umsturzgesetzes wird noch gesteigert durch Erinnerung an die Kämpfe, die es verlangt und gelistet hat. Die bürgerlichen Parteien haben zu jammern darüber, daß die Vorlage eingebracht worden ist; denn sie bleibt eine Schmach auf der bürgerlichen Gesellschaft, deren sie nie loswerden wird. Aber die Sozialdemokratie hat alle Ursache, sich über die Einbringung nicht minder zu freuen wie über die Verwerfung; denn diese Umsturzvorlage enthält, wie selten eine Thatsache, enthält dem Blinden die Ohnmacht der kapitalistischen Welt gegenüber der kulturellen Bewegung, die in der Sozialdemokratie verkörpert ist.“

Der „Siedle“, das Organ des Pariser Sozialistenfreffers Yves Guyot, bemerkt:

„Es erscheint unmöglich, daß der Kaiser nicht auf einer Gesetzesvorlage beharre, die eine wirksame Unterdrückung der sozialistischen und anarchistischen Propaganda zum mindesten in der Armer, sowohl in den Kasernen, als außerhalb derselben ermöglicht.“

Parteinachrichten.

Agrarkommission. Der Sitzung des mitteldeutschen Ausschusses, die am 12. Mai in Gotha abgehalten wurde, präsidierte Reichstags-Abgeordneter v. d. Hagen und den übrigen vier Kommissionsmitgliedern Hug-Wilhelms-hausen, Kayserlein, Gieseler (jetzt Leipzig), Quard, Frank-hausen, A. und Schulze-Koschbaude, waren 11 Parteigenossen, darunter auch ein Landwirth, aus Thüringen, Hannover, Halberstadt und anderen mitteldeutschen Distrikten erschienen, die speziell eingeladen worden waren, um der Kommission mit ihren praktischen Erfahrungen betreffs der ländlichen Verhältnisse an die Hand zu gehen. Ein vom Sekretär der Gesamtkommission, Dr. Quard, entworfenes Programm wurde Punkt für Punkt auf das eingehendste beraten. Aus der Beratung ergab sich, daß die Partei vor einer enorm schwierigen Aufgabe steht, da sie nicht wie die Antifemiten und Agrarier ins Blaue hinein Forderungen aufstellen kann, von denen die Urheber überzeugt sind, daß sie doch nicht durchführbar sind und lediglich demagogischen Zwecken dienen, und da außerdem alle unsere Forderungen, auch solche, die bereits unter der heutigen Gesellschaftsordnung durchführbar sind, mit unserer Grundprinzipien übereinstimmen müssen. Nach unentworfener angestrengter Arbeit war der vorgelegte Entwurf in allen seinen Einzelheiten besprochen. In seiner theilweise veränderten Gestalt wird er nun der Gesamtkommission vorgelegt werden, zugleich mit dem Entwurf des süddeutschen Ausschusses, den dieser bereits in seiner Zusammenkunft in Mainz feststellte, und mit dem Entwurf des norddeutschen Ausschusses, der am 19. Mai in Berlin zusammen-tritt, um einen eigenen Entwurf zu beraten. Die Gesamtkommission wird sich also voraussichtlich demnächst mit drei bereits gründlich berathenen Entwürfen, in denen alle Theile Deutschlands berücksichtigt sind, zu befassen haben und ihre Aufgabe ist es, nach Prüfung des gesammelten Materials einen einheitlichen Programm-Entwurf herzustellen, der dann dem Parteitag zur Beschlußfassung unterbreitet werden soll.

Reichstagskandidatur. Zum Kandidaten für den Reichstags-wahlkreis Liegnitz-Goldberg-Bagnau ist der Redakteur der Breslauer „Volksrecht“, Julius Bruhns, aufgestellt.

Militärboykott. Ueber circa 28 Wirtschaften ist in Bielefeld der militärische Boykott verhängt, weil diese unserer Partei zur Verfügung stehen. Wie hoch die Zahl der durch das Militär boykottirten Lokale im ganzen Deutschen Reich ist, entzieht sich jeder Berechnung. Aber so viel steht fest, daß die Arbeiter in Verbindung mit der Verwendung des Boykotts reine Waffentruhen sind gegenüber dem Staat, zu dessen Organen die Militärbehörden gehören. Trotzdem versucht man immer und immer wieder, der Arbeiterkraft durch Verhaftung des Boykotts ein Mittel im Kampfe um die Selbsterhaltung zu entwenden, daß der Staat selbst verwendet, und zwar, nach der Ansicht weiterer Kreise der Bevölkerung, ganz ohne Noth verwendet.

Aus Amerika wird gemeldet: In Chicago ist es auf einer Generalversammlung der Publikationsgesellschaft der „Arbeiter-Zeitung“ zu Differenzen zwischen jener und den Redakteuren gekommen, infolgedessen drei derselben — Eduard Deutsch, Michel Schwab und Robert Steiner — ihre Stelle niedergelegt haben. — Der Redakteur der „Fackel“, Sonntagsausgabe jenes Blattes, G. S. Wechsold, ist vor kurzem gestorben. Derselbe, ein Achtundvierziger, der früher ein freidenkerisches Blatt herausgegeben und später

für radikale Blätter geschrieben hatte, war Redakteur unserer in Detroit erschienenen — leider eingegangenen — „Parteiorganes“.

Todtenliste der Partei. In Oberursel (Regierungsbezirk Wiesbaden) ist der Schuhmacher Bernhard Reizer gestorben. In Wermelskirchen ist einer der ältesten Veteranen der Partei, Friedrich Wilhelm Bergmann, im Alter von 75 Jahren, verschieden. Er hat vom Anfang der Vossal'schen Bewegung an bis zu seinem Lebensende treu zum Banner unserer Partei gestanden.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— In Mittweida hatte der Bürgermeister Apelt — bekannt durch das Verbot des Sängerverbundes des Sächsischen Sängerbundes — eine für den 1. Dezember vorigen Jahres zur Bepflichtung der Tabaksteuer-Vorlage geplant gewesene Versammlung der Tabakinteressenten mit der Begründung verboten, der als Referent in Aussicht genommene Zigarrenfabrikant und Reichstags-Abgeordneter Franz Hofmann aus Chemnitz sei „vorbestraft“; ebenso verbot er eine für den 8. März d. J. angemeldete gleichartige Versammlung, weil der Referent Reichstags-Abgeordneter Geyer gegen die Reichsregierung misliebige Reden führen oder zu Gesetzesübertretungen geneigt machen könnte. Gegen beide Verbote war vom Einberufer der Versammlungen, dem Zigarrenarbeiter Max Fichtner, bei der Leipziger Kreishauptmannschaft Beschwerde erhoben worden. Am 18. April nun, mehr als vier Monate nach dem Verbot der ersten, fünf bis sechs Wochen nach dem Verbot der zweiten Versammlung, erhielt Fichtner eine Zuschrift des Bürgermeisters Apelt, worin in Beziehung auf die zweite Versammlung, wo Geyer referieren sollte, gesagt ist, die Kreishauptmannschaft habe auf die Beschwerde befunden, daß die persönlichen Eigenschaften und das bisherige Auftreten des für fragliche Versammlung in Aussicht genommenen Referenten keinen hinreichend sicheren Schluss auf den Zweck der Versammlung gestatteten und daß die für diese Versammlung aufgestellte Tagesordnung zu Bedenken keinen Anlass gegeben habe. Was die Kreishauptmannschaft zu dem Verbot der ersten Versammlung, wo der Reichstags-Abgeordnete Franz Hofmann sprechen sollte, gesagt hat, darüber enthält die Zuschrift des Bürgermeisters kein Wort, trotzdem, wie gesagt, seit dem Verbote mehr als vier Monate verlossen sind. Wie das zugeht, daß der Beschwerdeführer über diese Versammlung noch keinen Entscheid bekommen hat, bleibt um so mehr ein Räthsel, als der sächsische Minister des Innern seinerzeit im Landtage mit vieler Würde erklärte: „Daß kein Beamter, vom ersten bis zum letzten, infallibel ist, das ist uns wohl allen bekannt. Wir sind Menschen, und solange wir noch nicht weiter kommen in der Kultur, in unserer geistigen Ausbildung, werden wir auch nie dazu gelangen, für unsere Verfügungen, auch im öffentlichen Leben, auch im amtlichen Leben, jeder für sich die amtliche Infallibilität in Anspruch zu nehmen. Das thue ich für keinen meiner Beamten und das ist selbstverständlich und dazu haben wir eben die Remedur, daß in Fällen, wo ein Irrthum in der unteren Instanz vorkommt, die Möglichkeit geboten ist, in der weiteren Instanz zu helfen.“ Wie steht es nun mit der Anwendung dieser Maxime auf den Bürgermeister Apelt von Mittweida?

— Im Dorfe Rappur in Waden wurde eine Volksversammlung von dem überwachenden Beamten aufgelöst, weil der Referent Dr. Rüdiger in seiner Rede über die Umsturzvorlage gesagt hatte, einzelne Paragraphen dieser Vorlage gränzten an Verdrächtigkeit.

— Waden ist sonst eine recht schöne Gegend, aber offenbar durchaus nicht in politischer Beziehung, was wohl daher kommt, daß es das „liberale Musterländchen“ ist. War da in Konstanz, wie unsere Leser wissen, der Sozialdemokrat Krohn von der Polizei zu 5 M. „Strafe“ verdonnert worden, weil er Sonntags vormittags während des Hauptgottesdienstes Zeitungen ausge-tragen und dadurch eine Handlung vorgenommen habe, die geeignet sei, an solchen Tagen öffentlich Aergerniß zu erregen. Krohn beantragte richterliche Entscheidung, in dem Glauben, daß in diesem Falle kein Gericht der heiligen Germandad be-pflichtet werde. Aber er hatte vergessen, daß in demselben Konstanz einst Fuß trotz der besten Gründe unter dem Beifall aller „Gutgesinnten“ der damaligen Zeit verbrannt worden ist. Das Schöffengericht verwarf nämlich Krohn's Berufung. Nun will er sehen, ob er beim Landgericht mehr Glück hat.

— Am allgerneinsten geht's in Beziehung auf die Versammlungsverbote in Mecklenburg zu. Dort bedarf's zu politischen Versammlungen der Genehmigung des Ministeriums, und dieses giebt sie unseren Parteigenossen einfach nicht; entrückt sind dem Betribe des Ministeriums nur solche politische Versammlungen, die während der Reichstags-Wahlen abgehalten werden, wo bekanntlich das Reichs-Wahlgesetz hierin die bundes-staatlichen „Machtbefugnisse“ einschränkt. Es begreift sich, daß unter diesen patriarchalischen Umständen Mecklenburg zu den „ruhigsten“ Distrikten Deutschlands gehöre. Aber diese Ruhe ist nur äußerlich. Im Innern des mecklenburgischen Volkstums sind dieselben Kräfte lebendig, die überall in der Kulturwelt nach Freiheit ringen; und nur naive Leute können daher glauben, daß die ministeriellen Verbote sozialdemokratischer Versammlungen, wie deren eins wieder in Beziehung auf Neubrandenburg vorliegt, wo Redakteur Groth aus Rostock einen Vortrag halten wollte, die Dauer des mecklenburgischen Junterregiments auch nur um eine Stunde verlängern würden.

— Das Wiener Landesgericht verurtheilte in geheimer Sitzung den Parteigenossen Winarsky wegen Beleidigung der beiden verstorbenen Erzherzöge Maximilian und Albrecht zu vier Monaten Kerker, verhärtet durch je einen Fasttag im Monat. Er soll das „Verbrechen“ in einer Schilderung der Ereignisse des Jahres 1848 begangen haben. Als ersahrend betrachtete es das Gericht, daß gleich zwei Erzherzöge „beleidigt“ wurden. Gegen das schnurrige Urtheil ist die Nichtigkeitsbeschwerde angemeldet.

Deveschen.

Wolff's Telegraphen-Bureau.

Berlin, 14. Mai. Die „Berliner Korrespondenz“ schreibt: Der Kaiser hat bestimmt, daß für diejenigen Schüler der Ober-seinerwerter'schen, welche im Verfolg der im September v. J. eingeleiteten Untersuchung „wegen Ungehorsams gegen einen Befehl in Diensthaken, durch welchen ein erheblicher Nachtheil verursacht wurde“, mit sechs Wochen und einem Tag Gefängnis oder einer geringeren Strafe belegt worden sind, lediglich aus dieser Verurteilung ein Hindernisgrund soll die Erneuerung der Kapitulanten nicht hergeleitet werden für. Ferner soll bei sonstiger Begegnung den betreffenden der Eintritt in die Feuerwerks- bzw. Zeug-Fabrik nicht verweigert werden.

Ulm, 14. Mai. Bei der Reichstags-Stichwahl im 14. Wahl-kreise (Weiltingen-Heidenheim-Ulm) wurde Bahse (Demokrat) mit 9628 Stimmen gewählt. Schumann (Sp.) erhielt 7628 Stimmen.

Wien, 14. Mai. Abgeordnetenhause. Am Schlusse der Sitzung richteten Kronawetter und Fernerstorfer eine Interpellation an den Minister des Innern wegen des Verhaltens der Behörden in Senbusch bei den gewaltigen Ausschreitungen der Bevölkerung gegenüber den Abolukationskandidaten jüdischer Religion. Ferner interpellirte den Minister des Innern und den Justizminister wegen der aufreißenden Predigten Deckert's und fragte, was die Regierung, falls die bezüglichen Zeitungsnachrichten wahr seien, zu verfügen gedente, um eine Sühne zu schaffen und eine Wiederholung ähnlicher Vorkommnisse zu verhindern.

Soul, 13. Mai. (Meldung des „Reuter'schen Bureau's“.) Der frühere koreanische Gesandte in Japan, Li-yo-shun, wurde wegen Mordes und Verraths zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurtheilt. Ueber vier andere Beamte wurde die Todesstrafe ausgesprochen.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

92. Sitzung vom 14. Mai 1895, 1 Uhr.

Am Bundesrathstische: Graf Posadowsky, Bronsart von Schellendorff.

Eingegangen sind zwei Nachtragsetats zum Reichshaushaltsetat bezw. zum Etat der Schutzgebiete, sowie eine Novelle zum Zuckersteuer-Gesetz.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Lesung der Novelle zum Reichsinvalidenfonds-Gesetz, welche eingeleitet wird von dem

Staatssekretär Grafen Posadowsky: Diese Vorlage bedarf eigentlich keiner eingehenden Begründung. Sie entspricht den wiederholten, von Mitgliedern des Hauses, namentlich von Seiten des Abg. Schöning ausgeprochenen Wünschen. Sie bezweckt, aus den Mitteln des Reichsinvalidenfonds in Grenzen der Zinsen des für die Sicherstellung seiner gesetzlichen Verwendungszwecke entbehrlichen Aktivbestandes, vom 1. April 1895 ab Beiträge zur Verfügung zu stellen behufs gnadenweiser Bewilligung von Pensionszuschüssen für diejenigen Offiziere und Beamten u. s. w. des deutschen Heeres und der Marine, welche infolge einer im Kriege von 1870/71 erlittenen Verwundung oder sonstigen Dienstbeschädigung verhindert waren, an den weiteren Unternehmungen des Feldzuges theilzunehmen und dadurch ein zweites bei der Pensionierung zu der wirklichen Dauer der Dienstzeit zugurechnendes Kriegsjahr zu verdienen. Ferner will die Vorlage den Dispositionsfonds des Kaisers stärken, um den nicht anerkannten Invaliden des Krieges im weiteren Maße Unterstützung bis bisher zu theil werden zu lassen. Der dritte Verwendungszweck des Gesetzes enthält ein Novum, insofern hier zum ersten Male auch solchen Kriegstheilnehmern aus öffentlichen Mitteln eine Beihilfe gewährt werden soll, die eine Schädigung infolge der Theilnahme am Feldzuge weder nachweisen noch behaupten können. Sie werden es aber gewiß begründen, wenn wir die Kriegstheilnehmer, die durch unverschuldete Verhältnisse in Armuth gerathen sind, nicht den Gemeinden überweisen, sondern den Leuten, die für das Vaterland gekämpft haben, Beihilfe zu einer bescheidenen Existenz aus den Mitteln des gesammten Vaterlandes gewähren. Man hätte entsprechend der gegenwärtigen Verzinsung des im Reichs-Invalidenfonds noch verfügbaren Kapitals sofort einen höheren Betrag einsehen können. Die Bestände des Reichs-Invalidenfonds verzinsen sich noch mit 4,03 pCt. Es ist aber bekannt, daß der Zinsfuß im Sinken begriffen ist. Wir müssen deshalb vorsichtig sein. Dazu kommt, daß die Ansprüche der nicht anerkannten Invaliden, die aus dem Invalidenfonds des Kaisers unterstützt werden, von Jahr zu Jahr wachsen. Außerdem wächst die große Zahl der Kriegstheilnehmer, die wirklich absolut erwerbsunfähig sind. Die Bearbeitung der Unterstützungsgesuche wollen wir den einzelnen Bundesstaaten überweisen, welche die bürgerlichen Verhältnisse der einzelnen und ihre Bedürftigkeit gerecht beurtheilen können. Mit einem Wort: wir wollen die Dezentralisierung. Ich hoffe, daß Sie Ihren patriotischen Sinn und Ihre Dankbarkeit für die Männer, welche für das Vaterland gekämpft und geblutet haben, beihätigen durch Annahme dieser Vorlage. (Beifall.)

Abg. Graf Crisola (natl.) begrüßt die Vorlage mit Freuden und spricht die Hoffnung aus, daß eine Kommissionsberatung nicht stattfinden, sondern heute schon die zweite Beratung vorgenommen werden wird. Die Vorlage gleicht verschiedene Ungerechtigkeiten aus, welche bisher vorgelegen haben. Redner erklärt, daß er die Worte, welche ehrenvollen Antheil am Kriege genommen haben, nicht etwa dahin verstanden wissen wolle, daß nur die mit Ehrenzeichen Ausgezeichneten unterstützt werden sollen, wenn diese auch bei gleicher Bedürftigkeit vor den anderen Bewerbern vorgezogen werden. Ueberhaupt müßte die Frage der Invalidenpensionierung einer Neuregelung unterzogen werden, und zur Verstärkung der Mittel sollte man an die Wehr zu denken. Besonders müßte für die Wittwen der gefallenen Soldaten besser gefordert werden.

Abg. Singer (Soz.): Es ist nicht nötig, noch feierlich zu versichern, daß es die Aufgabe der Volkvertretung ist, die Kriegsinvaliden und deren Hinterbliebenen möglichst sicher zu stellen. Auch wir bedauern mit dem Vorredner, daß wir nicht ein Invalidengesetz haben, welches auf die vielen Anforderungen, welche in bezug auf Unterstützung gestellt werden, eine klare und entscheidende Antwort giebt. Auch halten wir es nicht für gerechtfertigt, diejenigen Invaliden, die in ein dienliches und amtliches Verhältnis eintreten, anders und schlechter zu stellen als die andern. Ebenso hat der Vorredner in bezug auf die Vergütung für die Nichtbenutzung eines Zivilversorgungsscheines das richtige getroffen. Allerdings kann ich nicht zugeben, daß die bloße Thatfache der Berechtigung und Befähigung zum Dienst, für die niemand etwas kann, zu einem Vorzug berechtigt. Dem Grundgedanken des Gesehtwurfs selbst stehen wir durchaus freundlich gegenüber. Nur bedauere ich, daß uns die Annahme des Gesetzes dadurch außerordentlich erschwert wird, daß es sich als durchaus unzulänglich und unzureichend erweist. In dieser Beziehung werde ich in der zweiten Lesung folgende Abänderungsanträge stellen: Zunächst wird im Artikel I Absatz 3 das Wort „ehrenvoll“ zu streichen sein. Ist es so zu verstehen, wie der Vorredner es verstanden wissen will, so ist es überflüssig, bleibt es aber bestehen, so kann es zu Zweifeln Veranlassung geben. Im Artikel III § 1 wird vorgeschlagen, jährlich 120 M. pränumerando zu zahlen. Es gehört eine große Kühnheit dazu, als Beihilfe unter den jetzigen theuren Lebensbedingungen 120 M. vorzuschlagen, von denen jeder sich sagen muß, daß 10 M. pro Monat absolut keinen Werth haben. Ich beantrage deshalb, daß diese Beihilfe mindestens auf 360 M. erhöht wird, so viel muß ein dauernd gänzlich erwerbsunfähiger Mensch mindestens bekommen. Bedenklich ist die Bestimmung, daß „Personen, welche nach ihrer Lebensführung der beachtlichen Fürsorge für unwürdig anzusehen sind,“ von der Unterstützung ausgeschlossen werden sollen. Damit erhalten die Behörden das Recht, von dem politischen Verhalten eines Mannes die Unterstützung abhängig zu machen. Diese Bestimmung gehört nicht in dieses Gesetz. Ich will zur Ehre der Behörden annehmen, daß sie politische und wirtschaftliche Gegner von den Wohlthaten des Gesetzes nicht ausschließen wollen, aber sie erhalten durch dieses Gesetz eine Handhabe. Mit der bloßen Erklärung, daß politische Rücksichten nicht maßgebend sein sollen, würde ich mich nicht zufrieden geben können; denn wenn auch der jetzige Kriegsminister ernsthaft diesen Willen hat, so sind wir seines Nachfolgers nicht sicher.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Die Erhöhung der Unterstützung über 120 M. hinaus wird wohl von allen gewünscht; aber wir müssen Rücksicht nehmen auf die Höhe des Militärgesetzes; die geringste Pension beträgt 72 M. Auch die Pensionen der Staatsbeamten sind sehr niedrig und ebenso die Wittwen- und Waisengelder. Die zur Verfügung stehende Summe würde dann nur einer geringeren Anzahl von Personen zu gute kommen. Für 120 M. kann man in Berlin nicht leben, aber auf dem platten Lande in der Familie der Kinder und Verwandten kann man davon leben, ohne der öffentlichen Wohlthätigkeit zu verfallen, wie die Alters- und Invalidenrenten beweisen.

Generalleutnant v. Spitz: Der Ausdruck „ehrenvoll“ soll auf alle Theilnehmer des Krieges Anwendung finden mit Ausnahme derjenigen, welche bestraft sind wegen ehrenrühriger Handlungen, sei es, daß sie marodirt und geplündert, sei es, daß sie sich feige bewiesen u. s. w. Alle anderen sollen als ehrenvoll bezeichnet werden. Die würdige Lebensführung wird verlangt, weil schließlich nur wenige etwas bekommen können. Daß die politische Richtung der betreffenden maßgebend sein könnte, ist ausgeschlossen. Man hätte sagen können, „Personen, die bestraft sind“, aber es giebt sehr viele Personen mit unwürdiger Lebensführung, die nicht bestraft sind.

Abg. Bachem (Z.) hält die Interpretation des Vorredners für authentisch. Die politische Rücksicht könne nicht mitsprechen, denn eine politische Beihaltung gehöre nicht zur „Lebensführung“ im gewöhnlichen Sinne. Redner warnt davor, Ansprüche zu stellen, die nicht erfüllt werden können, die daher das Zustandekommen des Gesetzes ganz in Frage stellen könnten.

Abg. Penzmann (sf. Vp.) spricht sich ebenfalls für die Vorlage aus. Die Freistimmigen würden auch gern statt 120 M. — 360 M. bewilligen, aber da solche Mehrforderungen von der Regierung immer benutzt werden, um mit neuen Steuern zu kommen, wie z. B. mit der Tabaksteuer, da müssen wir die politische Rücksicht walten lassen und uns beschränken. Die Wohlthätigkeit des Herrn Singer hat für mich dieselbe Bedeutung wie die Wohlthätigkeit des Herrn Schädler, welcher den Soldaten ein warmes Abendessen geben wollte. So leicht wie Herr Bachem können wir aber über die bedenkliche Bestimmung wegen der Lebensführung nicht hinweggehen. Dieser Begriff ist zu dehnbar; Lebenswandel wäre schon etwas anders. Die Bezirkskommandos werden die politische Rücksicht nicht in den Vordergrund stellen; aber bedenklich wird es, wenn der Landrath, der politische Beamte dabei mitwirken hat. Der Landrath hält sozialdemokratische oder demokratische Gesinnung für einen schlechten Lebenswandel. Man sollte lieber sagen: „überlicher oder unsittlicher Lebenswandel“, das würde eine gewisse Direktive geben.

Generalleutnant v. Spitz glaubt, daß die Aenderung des benämigten Ausdrucks in „anstößigen Lebenswandel“ kaum Widerspruch bei der Regierung finden würde; Redner warnt aber vor einer Erhöhung der Sätze. Ein Offizier, der noch nicht 10 Jahre gedient hat und abgeht, bekommt nichts. Ein Offizier, der 10 Jahre gedient hat, erhält 487 M. Pension. Wie würde das passen zu den Vorschlägen des Abg. Singer. Die Rückwirkung auf die andern Pensionsverhältnisse kann nicht ausbleiben. Denn wenn ein Nicht-Invalid eine so hohe Summe erhält, dann müssen die Invaliden doch noch viel mehr erhalten.

Abg. v. Leipziger (D.): Wir treten für die Vorlage in allen ihren Punkten ein und haben in bezug auf die benämigten Punkte keine Bedenken, zumal nach den vom Bundesrath gegebenen Erklärungen. Wir würden auch gern mehr bewilligen; aber woher das Geld nehmen? Die Herren Sozialdemokraten und Freistimmigen verlangen immer bloß mehr zu bewilligen, aber keine Steuern. Die 120 M. Baargeld sind auf dem Lande schon sehr viel werth. Freilich Herrn Singer sind solche Verhältnisse nicht bekannt. (Sehr richtig! rechts.) Auch wir halten eine Kommissionsberatung nicht für nötig.

Abg. Bachem (sf. Vg.) erklärt sich für die Vorlage und hält es für zweckmäßig, den Anregungen Folge zu geben und die Worte „unwürdige Lebensführung“ zu ersetzen durch eine klarere Wendung.

Abg. v. Schöning (D.) spricht seine Befriedigung über die Vorlage aus, die auch eine Anregung erfüllt, welche er seit Jahren im Hause vorgebracht habe.

Abg. Vech (sf. Vp.) verweist auf die zahlreichen Petitionen, welche von Kriegstheilnehmern eingegangen sind und bittet die Regierung, wenn der Reichstag dieselbe nicht mehr erledigen könne, auf diese Petitionen Rücksicht zu nehmen.

Abg. Förster (Reform-P.) spricht sich ebenfalls für die Vorlage aus; er hofft, daß mit der Bestimmung über die Lebensführung kein Mißbrauch getrieben werden wird.

Darauf schließt die erste Beratung; das Haus tritt sofort in die zweite Beratung ein. Beim Artikel I regt

Abg. Richter an, die Gnadenbewilligungen für nicht anerkannte Invaliden ganz auf den Reichsinvalidenfonds zu übernehmen und nicht theilweise auf den Dispositionsfonds des Kaisers anzuweisen. Die Vertheilung der Unterstützung sollte durch die Gemeinden erfolgen, die am besten die Verhältnisse beurtheilen können.

Abg. v. Kardorff (Sp.) erklärt sich mit diesen Ausführungen des Abg. Richter einverstanden.

Abg. Singer (Soz.): Trotz der Interpretation des Regierungsvertreters muß ich meinen Antrag aufrecht erhalten, es müßte denn sein, daß die von ihm hervorgehobenen Ausnahmen ausdrücklich in dem Gesetz aufgeführt werden.

Abg. Förster meint, daß das Wort „ehrenvoll“ nur bedeuten solle, daß der betreffende sich nichts Unehrenhaftes habe zu schulden kommen lassen; deshalb brauche der Antrag nicht angenommen zu werden.

Abg. Bachem (Z.) spricht sich in diesem Sinne aus und der Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff bittet, das Wort stehen zu lassen; alle diejenigen, welche marodirt und geplündert haben, haben sich nicht ehrenvoll gehalten; alle anderen aber sind als ehrenvoll zu betrachten.

Abg. v. Marquardsen (natl.) spricht seine Befriedigung über die Interpretation aus, worauf

Abg. Singer seinen Antrag zurückzieht. Artikel I wird darauf unverändert genehmigt.

Im Artikel III beantragt Abg. Singer anstatt 120 M. zu setzen 360 M.

Abg. Singer: Der Abg. v. Kardorff hat in der Stellung dieses Antrages Popularitätsucht entdeckt. Abgesehen von der Geschmacklosigkeit, die darin liegt, jemandem, der einen solchen Antrag stellt, Popularitätsucht vorzuwerfen, muß ich auf das entscheidendste dagegen Verwahrung einlegen. Wenn es mit der Popularität der sozialdemokratischen Partei so schlimm bestellt wäre, daß, um die Popularität zu erhöhen, solche Anträge gestellt werden müßten, dann würde sie wahrscheinlich nicht in so großer Zahl hier vertreten sein. Wir halten es nicht für zweckmäßig und des deutschen Reiches für unwürdig, einen Mann, bei dem als Voraussetzung dauernde Erwerbsunfähigkeit angesehen wird, mit 10 M. monatlich abzuspeisen. Wenn den Herren von der Rechten 10 M. auf dem Lande außerordentlich viel ist, dann wundere ich mich, daß sie für sich Branntwein- und Zuckerprämien und Getreideerhöhungen haben wollen. Mit 10 M. monatlich kann auch auf dem Lande niemand leben. (Zurufe rechts: Beihilfe!) 1 M. pro Tag ist das allermindeste, was man verlangen kann. Die linke Seite sagt mit besonderer Vorliebe: Die Sozialdemokraten machen es sich sehr bequem, sie bewilligen die Ausgaben, aber sorgen nicht für die Mittel. (Beifällige Zustimmung rechts.) Wir werden die Einnahmen nicht verweigern, wenn Sie eine direkte progressive Reichseinkommensteuer mit uns einführen wollen. Solange Sie aber nur Reichseinnahmen schaffen aus den Taschen der Allerärmsten, können Sie nicht verlangen, daß wir solchen Einnahmen zustimmen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Kardorff (Sp.). Die Invalidenpensionen sollen nicht vollen Lebensunterhalt gewähren, sondern nur eine Unterstützung dazu.

Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten wird der Antrag Singer abgelehnt.

Abg. Singer (Soz.) will die Bestimmung streichen, daß Personen von den Unterstützungen ausgeschlossen sein sollen, welche nach ihrer „Lebensführung“ der Fürsorge unwürdig sind, während Abg. Penzmann beantragt zu sagen: „wegen anstößigen Lebenswandels.“

Beide Anträge werden abgelehnt.

Bei gleicher Anwartschaft soll der Vorzug den Personen gegeben werden, die sich vor dem Feinde ausgezeichnet haben.

Abg. v. Marquardsen weist darauf hin, daß das eiserne Kreuz nicht immer demjenigen verliehen worden sei, der es verdient hätte.

Generalleutnant v. Spitz: Es handelt sich hier doch nur darum, daß bei einer Auswahl unter mehreren den besonders verdienten Personen der Vorrang gegeben werden soll.

Abg. v. Kardorff: Es besteht der Glaube, daß den Rittern des eisernen Kreuzes von 1870 ebenso eine besondere Zuwendung gemacht werden müsse, wie den Rittern des eisernen Kreuzes von 1813. Redner giebt diese Frage der Regierung zur Ermägung anheim.

Abg. Förster meint, daß man in erster Linie das höhere Lebensalter berücksichtigen müsse, dann die frühere Feldzugsperiode und erst in dritter Linie die Auszeichnung vor dem Feinde.

Die Vorlage wird unverändert angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Gesehtwurfs betreffend die Fürsorge für die Wittwen und Waisen der Personen des Soldatenstandes vom Feldwebel abwärts.

Ein Antrag der Sozialdemokraten will auch die unehelichen Kinder in die Vorlage einziehen.

Abg. Harm (Soz.) bezeichnet es in der Begründung des Antrages als inhuman, wenn man durch einen solchen Unterschied die unehelichen Kinder für ein Vergehen der Mutter strafen wolle. Wenn man hier keinen Unterschied zwischen den ehelichen und unehelichen Kindern mache, sei den Leuten viel besser gebiet.

Der Antrag wird abgelehnt; dagegen wird ein anderer Antrag des Abg. Harm angenommen, wonach die Worte „ohne eigenes Verschulden“ gestrichen werden sollen, so daß Wittwen und Waisengeld bei jedem Todesfall gegeben werden soll, auch wo ein eigenes Verschulden vorliegt.

Ein Antrag der Abgeordneten Harm und Stadthagen will das Wittwengeld von 160 auf 450 M., das Waisengeld für Halbwaisen von 82 auf 150 M. und für ganz Waise von 64 auf 225 M. jährlich erhöhen.

Abg. Stadthagen (Soz.): Die Sätze, die in der Vorlage vorgeschlagen werden, sind absolut ungenügend, um leben zu können, besonders die für die Kinder, für welche ein Kind nicht unterhalten werden kann. Allerdings fürchte ich nach den Bemerkungen von der rechten Seite, daß man an Orten, wo nothleidende Agrarier wohnen, mit 120 M. auskommen müsse, daß unser Antrag nicht allzuviel Zustimmung finden wird. Die von uns vorgeschlagenen Sätze sind bereits in bestehenden Gesetzen als absolut nothwendig angenommen worden. Das Militärpensionengesetz legt für die Kinder von Offizieren 150, bezw. 225 M. fest, und unsere Anschauung geht dahin, daß andere Kinder auch nicht mit weniger auskommen können. Das Wittwengeld der Offizierswitwe richtet sich nach der Höhe des Gehalts, das der verlorbene Mann gehabt hat, diese Analogie läßt sich also für das Wittwengeld hier nicht anwenden, es wäre auch ungerechtfertigt, hier den Durchschnittssatz der Offizierswitwenpension von 720 M. festzusetzen. Wir haben 450 M. vorgeschlagen, weil die Alters- und Invaliditäts-Gesehtgebung diesen Satz für absolut erforderlich zum Leben angenommen hat. Schaffen Sie hier ein Gesetz, das etwas leistet, das nicht ein solches Almosen giebt, daß die Empfänger wegen der Geringfügigkeit der Summe entrüstet sein müssen. Geben Sie, was von den Gemeinden doch getragen werden müßte. Auch nach unseren Vorschlägen kann man die Kinder noch nicht allzu herrlich erziehen und kann die Wittwe keine großen Sprünge machen.

Generalleutnant v. Spitz: Die Wittwen und Waisen von Lieutenants bekommen Pension von 160 bezw. 99 M. Wir haben für die Unteroffiziere die Pension nach einer sehr viel höheren Summe berechnet als sie Gehalt bekommen. Der Antrag würde ganz aus dem Rahmen des Pensionengesetzes herausfallen.

Abg. Stadthagen weist nochmals darauf hin, daß die von ihm vorgeschlagene Wittwenpension von 450 M. nicht nach der Analogie der Offizierswitwenpension, sondern nach anderen Erwägungen bemessen sei, nämlich nach dem Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetz. Sein Vorschlag für die Kinder sei dem Militärpensionengesetz und Reichsbeamten-Gesetz entnommen. Es wäre gut, wenn einmal diese ganzen Bestimmungen in ein einziges Gesetz zusammengebracht würden. Entweder solle man hier gar kein Gesetz schaffen und nicht verheizen, oder, wenn man etwas verheizen wolle, solle man soviel geben, daß die Empfänger nicht darben bräuchten.

Abg. Bachem (Z.) empfiehlt die Ablehnung des Antrages, weil dann die Vorlage, die wir seit so langer Zeit verlangt haben, nicht vom Bundesrath angenommen würde.

Abg. Förster empfiehlt ebenfalls die Ablehnung des Antrages und giebt den Sozialdemokraten anheim, durch Resolution in der dritten Lesung die Regierung zur Erhöhung der Pension aufzufordern, wenn mehr Mittel vorhanden sind.

Der Antrag wird abgelehnt. Der Rest der Vorlage wird unverändert angenommen.

Ohne Debatte genehmigt das Haus in dritter Beratung den Gesehtwurf betreffend die Ausführung des mit Oesterreich-Ungarn abgeschlossenen Zollartells und in zweiter Beratung ohne unerbittlicher Debatte den Gesehtwurf über den Bestand bei Einziehung von Abgaben und Vollstreckung von Vermögensstrafen.

Die Wahlen der Abgg. Grafen Limburg-Stürum, Rimpaun, Gammacher, Bohn und von Rathahn werden für gültig erklärt. In dritter Beratung erledigt das Haus dann noch die Gesehtwürfe betreffend die Kontrolle des Reichshaushaltsetats und die Uebersicht der Reichsausgaben und Einnahmen für 1893/94 und geht dann zur dritten Beratung von Petitionen über.

Petitionen wegen Rückerstattung von Zoll für Getreide und wegen Verlegung des Bureaus der deutschen Eisenbahn- und Zollverwaltung in Basel auf deutschem Gebiet werden durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Petitionen betreffend Ansprüche gegen die Regierung von Brasilien und betreffend Rückerstattung von Zoll für Ironbricks werden dem Reichszankler zur Berücksichtigung überwiesen.

Durch Uebergang zur Tagesordnung werden erledigt: eine Petition wegen Herstellung einer Straßenbahn zwischen den Bahnhöfen Bishweiler und Oberhofen, und eine Petition betreffend die Pensionbesüße der in der Folge von Betriebsunfällen dienstunfähig gewordenen Eisenbahnbeamten.

Eine Petition gegen die Innungsprivilegien wird durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt, eine Petition wegen Einführung des Befähigungsnachweises für das Baugewerbe wird dem Reichszankler zur Kenntnissnahme überwiesen.

Eine Petition des Heidelberger Vereins zur Hebung der öffentlichen Sittlichkeit betreffend die unsittlichen Inzerate will

Abg. Singer von der Tagesordnung absehen, da sie zu lebhaften Debatten führen würden.

Abg. Vachem (B.) glaubt, daß gerade die schwache Befragung der Tribünen die Verhandlung über die Petition angemessen erscheinen lasse.

Abg. Singer (Soz.) glaubt, daß, wenn ein sittlicher Schaden aus dieser Verhandlung entstehen sollte, auch die wenigsten auf der Tribüne anwesenden Damen davon benachteiligt werden würden.

Die Petition wird abgelehnt.
Eine Petition wegen Errichtung von Auskurorten auf Kosten des Reiches wird durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Schluß gegen 5 Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr.
(Antrag Richter wegen Aenderung des Wahlgesetzes; Heimstätten-Gesetz.)

Lokales.

Die Herren Handelsminister v. Berlepsch, Unterstaatssekretär Lohmann und der Gewerbe-Inspektor von Berlin haben vorgestern ein „Musterinstitut“, nämlich das Fabrikgebäude des Hrn. Lutzpapiersabrikanten Krause in der Bentzstr. 7 besichtigt. Wir wissen nicht, ob der Besuch nur eine Form der Höflichkeit war, oder ob er getragen war von der Absicht, familiäre Mißstände in der Fabrik des Herrn Kommerzienraths kennen zu lernen. In letzterem Fall mag die Ausbeute garnicht so unbedeutend gewesen sein. Mancherlei Klagen von dort beschäftigten Arbeitern führen aus, daß großer Mangel an Klosets vorhanden ist; einzelne Klosets werden von 60 bis 70 Personen benutzt. Wiederholt ist es ferner vorgekommen, daß in unmittelbarer Nähe der Klosets beschäftigte Personen ohnmächtig wurden. Die Kloseteinrichtungen sind sehr mangelhaft, zwanzig und mehr Personen müssen sich in einem hölzernen Eimer oder Blechkasten waschen.

Die Kartonage-Station befindet sich sechs Treppen hoch unterm Dach. Dieselbe dient als eine Art Straßkolonie und es werden nach ihr solche Arbeiter und Arbeiterinnen verfrachtet, die zu opponieren wagen. Dort kann ein großer Mann eben geradestehen; vor Dunst und Schmutz ist es kaum auszuhalten. Seinerzeit wurde erst auf Anordnung der Polizei Oberlicht geschaffen. Verfloffenen Winter beschäftigte sich eine öffentliche Versammlung mit diesen Mißständen; der Herr Kommerzienrath ließ schleunigst am gleichen Tage, an dem die Versammlung stattfand, auf dieser Station ein zweites Kloset errichten.

Die Arbeitsordnung schreibt das Aushängen der Kleider an bestimmten Orten vor; es fehlt aber an getrennten Ankleideräumen.

Sehr hohe Strafgeelder werden erhoben; für Zuspätkommen bis zu 50 Pf. Die Gelder werden von allen über 300 dort beschäftigten Arbeitern der Pensionkasse zu, der nur 80 Personen angehören. Ein Mitbestimmungsrecht daran haben nur die Meister. Einem Arbeiter wurde 3 M. Pension bewilligt, doch wurde ihm sofort der Lohn um eine Mark gekürzt.

Auch während der Mittagspause, die 40 Minuten dauert, darf niemand das Geschäft ohne Erlaubnis verlassen. Die Löhne sind außerordentlich niedrig; für einen Beschneider wurden nur 15 M. Wochenlohn gezahlt (in anderen Fabriken giebt es mindestens 21 M.). Vonder Polizei ist das Arbeiten am Sonnabend bis 6 Uhr gestattet. Der Organisation darf niemand angehören; dem Seher Böhme wurde vom Druckereifaktor sogar das Lesen des „Vorwärts“ verboten.

Wir nehmen an, daß der Herr Minister die Fabrik des Herrn Kommerzienraths nicht in dem Bewußtsein verlassen hat, etwas Musterhaftes im Sinne einer den heutigen Kulturzuständen entsprechenden Arbeiterbehandlung gesehen zu haben.

Die ostelbischen Schnapsjunker als Lichtbringer — dies widerspruchsvolle Bild soll sich in der Zukunft verwirklichen. Die Sache verhält sich so: Eine neue Spirituslampe ist von dem hiesigen Fabrikanten Helfst erfunden worden. Die Lampe wird von der Neuen Gasglühlicht-Aktien-Gesellschaft in der Leipzigerstraße in den Handel gebracht und basiert auf demselben Prinzip wie die Gasglühlichtlampen, nur daß der Glühstrumpf nicht durch Leuchtgas, sondern durch Spiritusdämpfe zur Weisglühlichte gebracht wird. Die Lichtstärke wird auf 60 Normalkerzen angegeben, das ist ungefähr das sechsfache der Lichtstärke einer gewöhnlichen Petroleumlampe, mit der sie im Kostenpunkt übereinstimmen soll. Der neue Apparat kann an jeder Lampe mit 14" Brenner angebracht werden; in das Bassin wird dann Spiritus statt des Petroleumsgesossen, das Anzünden geschieht oben vom Zylinder aus. Diese Lampe ist am Montag vom Erfinder dem Kaiser gezeigt worden. Der Kaiser war von den angestellten Versuchen, welche die neue Lampe u. a. auch als völlig gefahrlos erscheinen ließen, außerordentlich befriedigt. Nach dem von einigen bürgerlichen Organen gebrachten Bericht wies der Monarch dabei auf die Bedeutung hin, welche der Kartoffelbau für die Landwirtschaft habe, und welche eine glückliche Fruchtung es wäre, wenn meine Arbeiter aus Kartoffeln Licht machen würden.

Es wäre in der That einer der gelungensten Wisse, welche sich die Kulturgeschichte geleistet hätte, wenn die Ostelbier, welche sich unendliche Mühe geben, auch die zivilisierten Gegenden unseres Vaterlandes mit dem Fluch ihrer finsternen Unkultur zu befallen, jetzt als geschäftsmäßige Lichtproduzenten auf den Plan treten könnten. Uebrigens werden sie das Geschäft schon ausnützen, wie es die Petroleumwucherer von heute auch nicht besser können.

Der Schmerz der Frommen. Aus dem Bericht an die Synode Berlin I, die wir gestern bereits charakterisiert haben, sei noch einiges hervorgehoben. Da ist zunächst vor den versammelten Herren Pastoren konstatiert worden, daß dank dem „stetigen Anschwellen der sozialdemokratischen Strömung“ fast bei sämtlichen Kirchhandlungen in Berlin I, selbst bei den Konfirmationen, die Gesamtziffer gegen das Vorjahr „um etwas“ zurückgegangen ist: „trotz der neuen Kirchenbauten, trotz der Vermehrung der geistlichen Kräfte, trotz der strengsten Bemühungen der freien christlichen Vereins thätigkeit“.

Zum Segen für die Zukunft des deutschen Volkes ist die sozialdemokratische Weltanschauung der Arbeiterschaft völlig in Fleisch und Blut übergegangen. Auch aus dem tiefsten Unglück leuchtet das freudige Bekenntnis zu den volksbefreienden Lehren der Sozialdemokratie hervor, oft verklärt durch die erhabene Poesie, mit welcher der Tod ein Leben voll Kampfes und schwerer Entbehrungen abschließt. Man lese folgendes Bruchstück aus dem der Synode erstatteten Bericht:

„Wie tief deren (der Sozialdemokratie) antinationalen und widerchristlichen Gedanken selbst in manche von der Kirche nicht unberührt gebliebene Kreise eingedrungen sei, zeige sich oft in erschreckender Weise. Eine in der Krankheit von einer Diakonissin lange gepflegte Frau habe schließlich als letzten Wunsch geäußert: „Einen Kranz mit rother Schleife auf mein Grab!“

Wie sagt der Dichter doch im „Requiescat“:
Demuch, ob sein Herz auch schrie,
Blies er tapfer, blieb ergeben.
Dieses auch ist Poesie,
Denn es ist ein Menschenleben!

Ein Ehrenkranz der Proletarierin, die allen frommen Zufüßterungen zum Trost bis in den Tod ihrem Ideal getreu blieb!

Eine Berufs- und Gewerbe-Zählung wird nach einer Bekanntmachung des Magistrats in diesem Jahre für die Stadt Berlin vorgenommen werden. Die Vorbereitungen im städtischen statistischen Amt sind bereits in vollem Gange; 60 außerordentliche Bureaubeamte sind dabei in Thätigkeit. Die Berufszählungs-Kommission, unter dem Vorsitz des Stadtraths Weigert, besteht aus 4 Stadtraths- und 8 Stadtverordneten. Um einen Begriff von dem Umfang der Zählung bzw. von der zu bewältigenden

Arbeit zu geben, sei mitgeteilt, daß nach der Angabe eines Berichterstatters des städtischen statistischen Amt seitens der Regierung 200 Zentner Formulare in 132 Kisten übermittelt wurden. Den 12 Polizeihauptmannschaften, in welche die Stadt eingetheilt ist, sind 96 Polizeireviere unterstellt. Mit der kommissarischen Leitung ist Regierungsrath Siebert vom Polizeipräsidium betraut. Jedem Revier wird ein von der Bürgerchaft zu stellender Kommissar zugeteilt. Als Tag der Zählung ist der 14. Juni (ein Freitag) festgesetzt. Einige Tage vorher werden durch die Reviere zwei Grundstücks-Formulare an die Hausbesitzer zur Verteilung gelangen, in welche diese bezw. ihre Verwalter nach der beigegebenen Anweisung jeden Haushalt einzutragen haben. Eins dieser beiden Exemplare wird durch die Reviere an das Polizeipräsidium abgeführt, während das andere dem städtischen statistischen Amt zugeht. Auf Grund dieser Grundstücks-Verzeichnisse werden dann für das eigentliche Zählgeschäft folgende Listen zur abermaligen Ausfüllung angefertigt und verteilt: eine Haushaltungsliste, eine Landwirtschaftsliste, eine Liste für Gewerbeanlagen, eine Zähleranweisung, eine Kontrollliste in zwei Exemplaren und ein Gemeindebogen. Die Berufs- und Gewerbe-Zählungen sollen die Unterlage für eine richtige Beurteilung der Lage in den gewerblichen Verhältnissen der Stadt bieten. Die Zahl der ermittelten Fabriken (nach Dampf-, Gas- und Elektrizitätsbetrieb unterschieden) wird annähernd erkennen lassen, ob und in welchem Umfange bzw. nach welcher Richtung sich eine Steigerung oder ein Rückgang in dem industriellen und gewerblichen Leben der Stadt seit der letzten Zählung bemerkbar gemacht hat. Das Material dürfte eventuell auch zum Erlaß neuer Vorschriften für die Unfallverhütung Anlaß geben. In sozialer Hinsicht wird es noch von hervorragendem Interesse sein, zu erfahren, wie viel Arbeitslose sich zur Zeit der Zählung in Berlin aufhalten. Die Schätzungen nach der Hinsicht werden bekanntlich außerordentlich von einander ab. Das Endergebnis dieser Berufs- und Gewerbe-Zählung soll später durch den Druck veröffentlicht werden. — Voraussichtlich am 1. Dezember d. J. wird sich dann wieder die übliche Volkszählung anschließen, welche alle 5 Jahre stattfindet.

Ein modernes Kulturbild. In den Berliner Gefängnissen herrscht wieder arge Ueberfüllung. In Plöhensee und der Rummelbürger Filiale, die eigentlich zusammen nur für 1800 Gefangene bestimmt sind, waren gestern 2823 untergebracht, das für 1000 Gefangene eingerichtete Roabiter Untersuchungs-Gefängnis beherbergte 1280 Gefangene, darunter 200, die dort gleich ihre Strafe abbüßen, selbst die Stadtvoigtei will sich nicht so schnell, wie in früheren Jahren bei Beginn des Frühlings, leeren. Die Anstalt hatte gestern noch immer 1901 unfreiwillige Insassen, darunter auch 7 Säuglinge, die schon in so jungem Alter Gefängnisluft atmen müssen. Welch ein Bild des Jammers und welch eine Anklage gegen die beste der Welten!

Die Grundrißpläne des neuen Abgeordnetenhanfes oder, wie die offizielle Bezeichnung lautet, „des Geschäftsgebäudes für das Haus der Abgeordneten“, das mit der Front nach der Prinz Albrechtstraße zu liegen wird, sind soeben in Mörser's Hofbuchdruckerei, Berlin S., erschienen. Das Gebäude enthält Sodelgohof, Erdgesch., erstes Stockwerk, zweites Stockwerk und Tribünengesch. In der Mittelfront des Sodel- und Erdgesch. befinden sich die Eingänge- und Treppenhalle, dahinter die Kleiderablage (Sodelgohof) und die Wandelhalle (Erdgesch.), hinter der der Sitzungssaal gelegen ist, der durch zwei Stockwerke sich erhebt. Im Tribünengesch. befinden sich zur Rechten die Plätze für die Presse, zur Linken die Post- und Diplomatenlogen, während die drei Tribünen für das Publikum an der Rückwand über dem Tische des Präsidiums angebracht sind. Sechs Arbeitsräume für die Presse im zweiten Stockwerk und acht im Tribünengesch. lassen erkennen, daß man bemüht gewesen ist, den Journalisten ihre mühevollen Thätigkeit nach Möglichkeit zu erleichtern. Die Arbeiterschaft wird mit Nachdruck dahin streben, daß im neuen Hause dereinst auch ihre Vertreter rathen und thaten und daß der preussische Landtag ausführe, als Spottgebilde auf eine wirkliche Volksvertretung nichts anderes als die schätzbaren Interessen einer schätzbaren Junker- und Geldackliche zu fördern. Und sicher wird nach den Grundrißplänen der Arbeiterschaft gebaut werden.

Ueber den bisherigen Gang der Müllverbrennungs-Versuche liegt jetzt der Stadtverordneten-Versammlung ein längerer Bericht des Stadtraths Bohm und des Regierungsraths Baumeisters Grohn vor. Die Versammlung hatte zur Aufstellung derartiger Versuche seinerzeit die Summe von 100.000 Mk. ausgesetzt; die Vorbereitung und Kontrolle der angestellten Versuche war einer Subkommission übertragen worden. Die beiden nach englischem Muster eingerichteten Verbrennungsofen befinden sich auf dem Grundstücke der städtischen Wasserwerke vor dem Stralauer Thore. Die Versuche werden seit Ende November ununterbrochen, d. h. auch während der Nacht fortgesetzt. Anfangs wurde das Müll nach englischer Art, d. h. so wie es aus den Häusern kommt, ohne Brennstoffzusatz und ungehebt verbrannt, es gelang aber nicht, das Feuer in den Oefen andauernd in gutem Zustande zu halten. Auch die Versuche, durch Zusatz von Brennstoffen das Müll brennbar zu machen, haben noch zu keinem befriedigenden Ergebnis geführt. Die Versuche sollen noch fortgesetzt werden, namentlich mit Rücksicht auf die auffallenden Schwankungen des Mülls in der Zusammenfassung, sowie im Verhalten im Feuer und in der Bildung der Rückstände. Es soll auch noch festgestellt werden, in welcher Weise das Müll im Sommer, wo es keine Asche aus den Stubenöfen enthält, in seiner Beschaffenheit und Brennbarkeit von dem winterlichen Müll abweicht. Außerdem will der Vertreter des einen englischen Systems, Herr Warner noch einige neue Vorrichtungen für die Bedienung der Oefen anstellen. Wenn auch eine Abhebung der Asche aus hygienischen Rücksichten kaum zu empfehlen sein dürfte, weil der seine Siebdurchfall nach Ausweis der Analyse noch eine nicht unerhebliche Menge organischer Stoffe enthält, so sollen doch noch einige andere Versuche mit der Verbrennung gefesteten Mülls gemacht werden. Die in dieser Beziehung gemachten Vorversuche haben ergeben, daß der grobe Siebdurchfall im allgemeinen gut brennt. Von der für die Versuche ausgeworfenen Summe von 100.000 Mk. ist bis jetzt über eine Summe von 67.000 Mk. verfügt, von denen rund 48.000 Mk. auf die Baukosten entfallen. Es bleiben demnach noch rund 33.000 Mk. übrig zur Vornahme weiterer Versuche, die zunächst noch bis zum Herbst fortgesetzt werden sollen.

Die Ungeheuerheit der verhafteten Anarchisten Töds und Krebs scheint doch furchtbar ernst genommen zu werden. Wie uns nämlich mitgeteilt wird, haben bereits mehrfach Verböhre vor dem Untersuchungsrichter stattgefunden, bei welchen neben der verabschiedeten „Braut“ des Töds, der Kellnerin Paula Flägel, die sich übrigens bereits wieder ihrem früheren Berufe zugewandt haben soll, unserem Gewährungsmann zufolge noch ein anderer Liebhaber der Paula, seines Zeichens ein Zangmaitre, eine Rolle spielt. Dieser Liebhaber soll nämlich diejenige Person sein, durch welche die Polizei von den schrecklichen Absichten Töds und Krebs' Kenntnis erhalten hat, nachdem seine Braut ihm unter dem Siegel der Verschwiegenheit vertrauliche Mittheilungen über die graufigen Entdeckungen, die sie angeblich machte, hat zukommen lassen. Wie gründlich die Untersuchung geführt wird, erhellt schon aus dem Umstande, daß ein am Freitag voriger Woche stattgehabtes Verhör allein 5 Stunden währte. Was bei der ganzen Sache herauskommen wird, muß allerdings abgewartet werden. Wie indessen verlautet, soll Paula Flägel ihre Bezichtigungen nicht aufricht erhalten können und dafür nun andere Bezichtigungen gegen Töds erheben, die aus ihrem verfloffenen Verhältnisse zu demselben resultieren. Wie bereits gemeldet, ist Krebs im höchsten Grade schwindfüchtig; er befindet sich infolge seines

Gesundheitszustandes auf der Krankenstation des Untersuchungsgefängnisses. Es heißt, daß er auf die Bestellung eines Rechtsbeistandes wie auch auf Eingahlung von Geldern für seine Person in einer Mittheilung an seine Frau Verzicht geleistet hat.

Ueber ein Jenzurückbleiben mit einem Stuch ins Komische wird uns aus dem Theaterbureau des Herrn Direktor Samst geschrieben:

Herrn Direktor Samst ist wieder einmal ein Stück verbohrt worden. Das wäre nicht sonderlich neu und bemerkenswerth, denn Jenzurückbleiben gehören nachgerade zu den Alltagsleuten; neu und bemerkenswerth sind aber diesmal die Gründe, welche in erster Linie für das Verbot geltend gemacht werden. Es handelt sich um das vor fünfundsiebzig Jahren von Jean Christ verfasste Drama „Cleopatra“, das im Sinne des Lessing'schen „Nathan“ konfessionelle Gegensätze zum Ausgleich bringt. Das königliche Polizeipräsidium legte sein Veto gegen die geplante Aufführung ein, und auch das Oberverwaltungsgericht, gez. Nachbach, hielt die Darstellung des Werks sowohl am National-Theater wie am Alexanderplatz-Theater für gefährlich, und zwar, wie es am Schlusse der eingehenden Begründung wörtlich heißt: „um so mehr als sich die beiden in betracht kommenden Theaterbühnen in den Händen des jüdischen Theaterdirektors Samst befinden und dem Theaterpersonal zahlreiche Mitglieder jüdischen Glaubens angehören“. — Ein Kommentar zu diesem Bescheid wäre überflüssig, wenn nicht gerade Direktor Samst als Sohn evangelischer Eltern christlich getauft und erzogen wäre und seit fünf Jahren nur einen — sage und schreibe: einen! — jüdischen Darsteller beschäftigte, dem sich allerdings seit einigen Wochen ein zweiter Schauspieler jüdischen Glaubens zugesellt hat. Der Glaube dieser zwei Mitglieder war glücklicherweise, da der Direktor sie für brauchbare Künstler hält, kein Hindernis für ihr Engagement. Abgesehen davon, daß also die Begründung des Herrn Regierungspräsidenten völlig unzutreffend ist, gewinnt der gegebene Bescheid prinzipielle Bedeutung, wenn man bedenkt die Frage aufwirft, was wohl vorfindenden Falles Herr Nachbach den jüdischen Direktoren Blumenthal, Brahm, Lautenburg u. s. w. antworten würde, oder dem ehemaligen Direktor Hofstath Barnay geantwortet hätte, und was ein hohes Oberverwaltungsgericht dazu sagt, daß — von den übrigen Berliner Bühnen garnicht zu reden! — selbst an den königlichen Theater Mitgliedern „jüdischer“ Konfession beschäftigt sind?? U. w. g.

Von dem Bureaukratismus in der Charitee mußten wir bekanntlich am Sonntag einen bezeichnenden Fall melden. Wie es scheint, ist die Direktion der Charitee befreit, dem beschämenden Zustande, daß einem Gatten der Weg zu seinem sterbenden Weibe gewaltsam versperrt wird, ein Ende zu machen. Eine Notiz, die wir im „Börsen-Kourier“ finden, besagt nämlich folgendes:

Wie uns mitgeteilt wird, plant die Verwaltung der Charitee einige Neuerungen, die durch einen bedauerlichen Vorfall angeregt sind. Ein Arbeiter wollte kürzlich seine auf der gynäkologischen Abtheilung untergebrachte Frau, die nach ihm verlangt hatte, sprechen, wurde aber, da sein Besuchstag war, nicht vorgelassen. Tags darauf stand die Frau, ohne ihren Mann gesehen zu haben. Man will nun, um die Wiederholung derartiger Fälle in Zukunft zu vermeiden, eine Telefonverbindung zwischen dem Aufnahmebureau und sämtlichen Abtheilungen der Charitee herstellen, um die Möglichkeit zu schaffen, sich auf telephonischem Wege nach dem Befinden eines jeden Patienten erkundigen zu können. Des weiteren arbeitet Herr Geheimrath Spinola auf die Einrichtung einer täglichen Besuchsstunde in der Charitee hin, die seit vielen Jahren im Wiener allgemeinen Krankenhaus eingeführt ist, wo sie sich vorzüglich bewährt hat.

Bezeichnend bleibt es immerhin, daß zu jeder notwendigen Neuerung in der Charitee die Anregung erst von unten herauf, von der Arbeiterschaft kommen muß.

Die Ausstellung der Verfahren des Ausdrucks im Lichthof des Kunstgewerbe-Museums hat bei den Fachleuten und im Publikum so viele Theilnahme gefunden, daß sie bis Ende Juni geöffnet bleiben wird. Ein gedruckter Führer durch die Ausstellung, der in knapper Form die hauptsächlichsten technischen Erläuterungen giebt, ist soeben zum Preise von 20 Pf. erschienen.

Nichts gelernt und nichts vergessen. Wie zum theil auch unsere Lesern bekannt sein dürfte, ist das Bild eines der Hauptdarsteller aus den „Webern“ von der Kunstausstellung zurückgewiesen worden. Mit bezug darauf schreibt man dem „Voll“: Eben lese ich in Barnhagens' Tagebüchern: „4. Januar 1845: Die „Weber“ wurden zur Gemälde-Ausstellung, wie bekannt, nicht zugelassen.“ Also tout comme chez nous. Das war aber zu Friedrich Wilhelm's IV. Zeit und drei Jahre vor 1848! Fünfzig Jahre später und trotz aller Ereignisse immer noch auf demselben Fleck!! Was dem Bürgerthum seinerzeit nicht möglich war, wird der pflichtbewußten Energie der sozialdemokratischen Arbeiterschaft schon gelingen. Man wird vom Fleck kommen, selbst in Berlin und selbst in der Beurteilung von Kunstfragen. Abermals 50 Jahre weiter und die Welt wird mit Absoluten auf die rohe Behandlung zurückblicken, die der Kunst im Militär- und Klassenstaat zu theil geworden.

Wilhelm Werner anarchistischen Angebens soll von London, seinem Exil aus, dieser Tage Berlin besucht haben. So melden diverse staatsverhaltende Blätter nach einer Korrespondenz, der man nachsagt, daß sie aus polizeilichen Quellen schöpfe. Der Zweck seines dreitägigen Berliner Besuchs war nach dieser Korrespondenz die Gründung eines neuen anarchistischen Blattes, das in London gedruckt und von dort im Umschlag nach Deutschland gesandt werden sollte. Werner hat aber den weiteren von der Korrespondenz gebrachten Mittheilungen zufolge so wenig Gegenliebe bei seinen Parteigenossen gefunden, daß er unverrichteter Sache wieder nach London abgedampft ist. Ob die in anbetraht von Werner's Temperament sehr unwahrscheinlich klingende Mittheilung über seinen hiesigen Aufenthalt richtig ist, vermöhen wir nicht zu erfahren. Dies interessiert uns auch weniger, als die Quelle, der die Nachricht entstammt. Am Mittwoch Abend voriger Woche die Rär der staatsverhätterischen „Post“ von dem schauerlichen Dynamitattentat und jetzt die detaillirten Mittheilungen der bezeichneten Korrespondenz über den hiesigen Aufenthalt Werner's und die damit verbundenen gewesen Besprechung über die Einführung von Brandmaterial, mit dem man bei einem Attentat auf die paar spärlichen Volksrechte schon dem Phölicher grufen machen wird. Und eben erst ist der Umsturzlabaver verscharrt worden! Wichtigkeit, Coratio, Wirtschaft!

Der „Nizdorfer“ in Madrid. Die spanischen Tänzer und Tänzerinnen, die vor einiger Zeit im hiesigen Passage-Panoptikum auftraten, scheinen ihren Aufenthalt in Berlin zu interessanten Studien benutzt zu haben. Wie man aus Madrid schreibt, entfeßt der Tänzer Antonie de la Rosa (genannt „Nizdori“) jetzt jeden Abend im „Coco Rins“ wahre Beifallsstürme, wenn er die Berliner Tänze, besonders den „berühmten Nizdorfer“ parodirt. Der „Nizdorfer“ im schönen Spanien — Nizdorf darf stolz sein auf diese Kulturvererrungenschaft.

Die biblische Gebildete. Aus dem Lesesaal der Universitätsbibliothek wurden nach einem amtlichen Bericht im Rechnungsjahr 1894/95 trotz der strengen Ueberwachung 30 Werke mit 88 Bänden, namentlich im Dezember und Januar, gestohlen. Es ist bis jetzt nicht gelungen, die Thäter zu ermitteln.

Die Absperrung der Bahnhöfe hat am Sonntag Abend einen bedauerlichen Unfall herbeigeführt. Der Eisenbahnschaffner Wagn hatte mit den Seinen einen Ausflug gemacht, von dem

die Familie am Sonntag Abend gegen 10 Uhr vom Bahnhofe...
Eine große Anzahl Buchmacher ist am Sonntag im...
In das Wasser gesprungen ist am Sonntag Nachmittag...
Der Landgerichtsrath, früherer Staatsanwalt D. aus...
Eine Vergiftungsaffäre macht in Nixdorf großes Aufsehen...
Mit einer schweren Verletzung am linken Beine wurde...
Polizeibericht. Am 13. d. M., vormittags, wurde im...
Witterungsübersicht vom 14. Mai 1895.

Stationen. Barometere...
Hamburg 767
Berlin 768
Breslau 767
München 769
Wien 768
Naparra 768
Petersburg 773
Cork 768
Aberdin 768
Paris 769

Wetter. wolkig, bedeckt, heiter, wolkenlos, heiter, halb bedeckt, Regen, Nebel, bedeckt, halb bedeckt.

Wetter-Prognose für Mittwoch, 15. Mai 1895. Etwas kühleres Wetter mit mäßigen nordwestlichen Winden, zunehmender Bewölkung und Regen.

Kunst und Wissenschaft. Richard Wagner's „Tannhäuser“ ist am Montag zuerst wieder öffentlich in Paris aufgeführt worden...

Richard Wagner's „Tannhäuser“ ist am Montag zuerst wieder öffentlich in Paris aufgeführt worden...

Richard Wagner's „Tannhäuser“ ist am Montag zuerst wieder öffentlich in Paris aufgeführt worden...

Richard Wagner's „Tannhäuser“ ist am Montag zuerst wieder öffentlich in Paris aufgeführt worden...

Richard Wagner's „Tannhäuser“ ist am Montag zuerst wieder öffentlich in Paris aufgeführt worden...

Richard Wagner's „Tannhäuser“ ist am Montag zuerst wieder öffentlich in Paris aufgeführt worden...

Richard Wagner's „Tannhäuser“ ist am Montag zuerst wieder öffentlich in Paris aufgeführt worden...

Richard Wagner's „Tannhäuser“ ist am Montag zuerst wieder öffentlich in Paris aufgeführt worden...

Richard Wagner's „Tannhäuser“ ist am Montag zuerst wieder öffentlich in Paris aufgeführt worden...

Richard Wagner's „Tannhäuser“ ist am Montag zuerst wieder öffentlich in Paris aufgeführt worden...

Richard Wagner's „Tannhäuser“ ist am Montag zuerst wieder öffentlich in Paris aufgeführt worden...

Richard Wagner's „Tannhäuser“ ist am Montag zuerst wieder öffentlich in Paris aufgeführt worden...

Richard Wagner's „Tannhäuser“ ist am Montag zuerst wieder öffentlich in Paris aufgeführt worden...

Richard Wagner's „Tannhäuser“ ist am Montag zuerst wieder öffentlich in Paris aufgeführt worden...

Richard Wagner's „Tannhäuser“ ist am Montag zuerst wieder öffentlich in Paris aufgeführt worden...

Richard Wagner's „Tannhäuser“ ist am Montag zuerst wieder öffentlich in Paris aufgeführt worden...

Richard Wagner's „Tannhäuser“ ist am Montag zuerst wieder öffentlich in Paris aufgeführt worden...

Richard Wagner's „Tannhäuser“ ist am Montag zuerst wieder öffentlich in Paris aufgeführt worden...

Richard Wagner's „Tannhäuser“ ist am Montag zuerst wieder öffentlich in Paris aufgeführt worden...

Richard Wagner's „Tannhäuser“ ist am Montag zuerst wieder öffentlich in Paris aufgeführt worden...

Richard Wagner's „Tannhäuser“ ist am Montag zuerst wieder öffentlich in Paris aufgeführt worden...

Richard Wagner's „Tannhäuser“ ist am Montag zuerst wieder öffentlich in Paris aufgeführt worden...

Richard Wagner's „Tannhäuser“ ist am Montag zuerst wieder öffentlich in Paris aufgeführt worden...

Richard Wagner's „Tannhäuser“ ist am Montag zuerst wieder öffentlich in Paris aufgeführt worden...

Richard Wagner's „Tannhäuser“ ist am Montag zuerst wieder öffentlich in Paris aufgeführt worden...

Richard Wagner's „Tannhäuser“ ist am Montag zuerst wieder öffentlich in Paris aufgeführt worden...

Richard Wagner's „Tannhäuser“ ist am Montag zuerst wieder öffentlich in Paris aufgeführt worden...

Richard Wagner's „Tannhäuser“ ist am Montag zuerst wieder öffentlich in Paris aufgeführt worden...

Richard Wagner's „Tannhäuser“ ist am Montag zuerst wieder öffentlich in Paris aufgeführt worden...

Richard Wagner's „Tannhäuser“ ist am Montag zuerst wieder öffentlich in Paris aufgeführt worden...

Richard Wagner's „Tannhäuser“ ist am Montag zuerst wieder öffentlich in Paris aufgeführt worden...

Richard Wagner's „Tannhäuser“ ist am Montag zuerst wieder öffentlich in Paris aufgeführt worden...

Richard Wagner's „Tannhäuser“ ist am Montag zuerst wieder öffentlich in Paris aufgeführt worden...

Richard Wagner's „Tannhäuser“ ist am Montag zuerst wieder öffentlich in Paris aufgeführt worden...

Richard Wagner's „Tannhäuser“ ist am Montag zuerst wieder öffentlich in Paris aufgeführt worden...

Richard Wagner's „Tannhäuser“ ist am Montag zuerst wieder öffentlich in Paris aufgeführt worden...

Richard Wagner's „Tannhäuser“ ist am Montag zuerst wieder öffentlich in Paris aufgeführt worden...

Richard Wagner's „Tannhäuser“ ist am Montag zuerst wieder öffentlich in Paris aufgeführt worden...

Richard Wagner's „Tannhäuser“ ist am Montag zuerst wieder öffentlich in Paris aufgeführt worden...

Richard Wagner's „Tannhäuser“ ist am Montag zuerst wieder öffentlich in Paris aufgeführt worden...

Richard Wagner's „Tannhäuser“ ist am Montag zuerst wieder öffentlich in Paris aufgeführt worden...

Richard Wagner's „Tannhäuser“ ist am Montag zuerst wieder öffentlich in Paris aufgeführt worden...

Richard Wagner's „Tannhäuser“ ist am Montag zuerst wieder öffentlich in Paris aufgeführt worden...

Richard Wagner's „Tannhäuser“ ist am Montag zuerst wieder öffentlich in Paris aufgeführt worden...

Richard Wagner's „Tannhäuser“ ist am Montag zuerst wieder öffentlich in Paris aufgeführt worden...

Richard Wagner's „Tannhäuser“ ist am Montag zuerst wieder öffentlich in Paris aufgeführt worden...

Richard Wagner's „Tannhäuser“ ist am Montag zuerst wieder öffentlich in Paris aufgeführt worden...

Richard Wagner's „Tannhäuser“ ist am Montag zuerst wieder öffentlich in Paris aufgeführt worden...

Richard Wagner's „Tannhäuser“ ist am Montag zuerst wieder öffentlich in Paris aufgeführt worden...

Richard Wagner's „Tannhäuser“ ist am Montag zuerst wieder öffentlich in Paris aufgeführt worden...

nicht wachse. Die armen Leute müssen nun zusehen, wie sie ohne Mittel weiter kommen.

Zur Hebung der wirtschaftlichen Lage der Hausweber soll, wie die Köller'sche Korrespondenz mittheilt, binnen kurzem im Kreise Landeshut und auf dem Eichsfelde ein Wanderunterricht eingerichtet werden.

Durch diese Einrichtung wird unserer Ansicht nach der erstrebte Zweck nicht erreicht werden, denn die Hauswebererei gehört zu den untergeordneten Berufen und alle Mittel anzuwenden, dieser Thatsache Einhalt zu thun, heißt nur den Todeskampf jener veralteten Produktionsmethode und damit das Elend der Arbeiter verlängern, die ihr dienen.

Zum mindesten sollte auch von der preussischen Regierung, wie es seinerzeit von der sächsischen geschehen, dahin gewirkt werden, daß sich die Jugend nicht mehr der auch in saunter Beziehung äußerst nachtheiligen Hauswebererei, sondern anderen Erwerbshilfen widmet, was allerdings wegen der Ueberfülltheit aller Berufe seine Schwierigkeiten hat, solange die Regierung sich weigert, auf die gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit einzugehen.

Hoffentlich sieht sie noch in diesem Jahrhundert ein, daß die gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit wirklich das beste Mittel ist, um erträglichere wirtschaftliche Verhältnisse zu schaffen.

Krankensversicherung. Der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tapezierer und verwandten Berufsgenossen Deutschlands (G. V.) in Hamburg, und der Kranken- und Sterbe-Unterstützungskasse des Vereins hannoverscher Keilner zu Hannover (G. V.) ist vom Reichskanzler von neuem die Bewecheinigung erteilt worden, daß sie, vorbehaltlich der Höhe des Kronkennzeichens, den Anforderungen des § 76 des Krankenversicherungsgesetzes genügen.

Vom „Patriotismus“ des Unternehmertums. Aus Geseke und d. wird geschrieben. Circa 600 Arbeiter sollen beim Fischereihafen neu eingestellt werden.

Wie das Unternehmertum „denkt“. Die Verwaltung der L. I. priv. Pottendorfer Baumwollspinnerei und Zwirnerei, deren Arbeiter freilich, hat folgendes Formular drucken lassen:

Der sich bei uns um Arbeit meldende und provisorisch aufgenommene Arbeiter... hat nach seinen Ausweisen zuletzt bei Ihnen gearbeitet, und erlauben wir uns daher hiermit die vertrauliche Anfrage, ob der Obengenannte in sozialpolitischen und sonstigen Beziehungen unbedenklich ist.

Wir bitten, diese Anfrage nebst dem beiliegenden Kupon als Antwort zu benützen und nur das nichtentsprechende Wort zu streichen. Wir sagen Ihnen für Ihre gefällige Auskunft besten Dank und zeichnen Ihnen für Ihre gefällige Auskunft besten Dank und zeichnen Ihnen für Ihre gefällige Auskunft besten Dank.

Antwort: Bedenklich — unbedenklich.

Unternehmer-Misstrauenslosigkeit. Aus dem sächsischen Städten Mägeln berichtet die „Burgener Zeitung“: Die beim Bau der hiesigen Porzellanfabrik beschäftigten Maurer forderten eine Zulage von 2 Pf. pro Stunde, bis jetzt wurden 28 Pf. pro Stunde bezahlt.

Gewerkchaftliches. Ueber die Textilarbeiterbewegung in Meerane wird uns geschrieben: Ein Theil der Besitzer mechanischer Webereien hat die gestellten Lohnforderungen in der Höhe von 15—25 pCt. bewilligt.

Der Weberstreik bei Schulz u. Ko. in St. Adelheid in Neuh ist beendet. Der Firmeninhaber hat die Forderungen der Arbeiter bewilligt bis auf einen Artikel, über den sich beide Theile gütlich einigten.

In Gera waren gegen den Vorstand des Fachvereins der Maurer, sowie gegen den Vorst. des „Goldenen Adlers“ vom Stadtrath Strafverfügungen ergangen, weil sie eine Mitgliedereversammlung nicht angemeldet hatten.

Der Verband der Schneider nahm im Jahre 1894 an Beiträgen 41 718,70, an Eintrittsgeldern 3 436,15, an Extrastreuer 4 445,15 und sonstigen Posten 8 241,56 M. ein und gab aus für Agitation 14 650,21, für Streikunterstützung 10 869,45, für Reisekosten 18 418,71, Fachzeitung 18 049,85, an die Generalkommission 754,45, Kosten für den Verbandstag und Jubiläumskongress 2045,25, für Gehälter und Entschädigungen 2045 M. u. s. w.

Die Gewerkschaftskommission für Oesterreich veröffentlicht einen Bericht über die Thätigkeit im 1. Quartal 1895. Danach hatte die Kommission in der allgemeinen Kasse vom 1. Jan. bis 31. März bei einem Kassenbestand von 345,90 Gulden eine Gesamtsumme von 1002,18 Gulden und eine Ausgabe von 484,27 Gulden, so daß ein Kassenbestand von 367,91 Gulden verblieb.

Die Kommission wurde im letzten Quartal zur Auskunftsverteilung in 778 Fällen in Anspruch genommen. In der Streikkasse wurden in dem genannten Zeitraum bei einem Kassenbestand von 84,65 Gulden insgesamt 334,34 Gulden eingekommen und 168,40 Gulden ausgegeben, somit blieb am 31. März ein Kassenbestand von 166,25 Gulden.

Ueber die Streiks wird folgender Bericht gegeben: Vom 1. Januar bis 31. März fanden Streiks statt: 1. Wegen verweigerter Lohnhöhung 17, davon wurden gewonnen 9, verloren 2, unentschieden 6, Zahl der Arbeiter, die an den Streiks theilhaftig waren, 547; 2. wegen Lohnabzug 15, gewonnen 7, verloren 4, unentschieden 4, theilhaftige Arbeiter 645; 3. wegen Maßregelungen 3, gewonnen 1, unentschieden 2, theilhaftige Arbeiter 430; 4. wegen Licht und Werkzeugs 2, gewonnen 2, theilhaftige Arbeiter 105; 5. wegen geforderter Entlassung eines Werkführers 2, gewonnen 1, verloren 1, theilhaftige Arbeiter 55; 6. wegen Verkürzung der Arbeitszeit 2, die noch unentschieden sind, theilhaftige Arbeiter 72; 7. wegen Einführung der Akkordarbeit 1, der verloren ging, theilhaftige Arbeiter 35; 8. Streik der Wiener Mantelknopfer, Drechslermeister gegen Exporteure, noch unentschieden, theilhaftige Arbeiter 31. Zusammen 45 Streiks, davon gewonnen 21, verloren 8, unentschieden 16, theilhaftige Arbeiter 1942.

In 7 Fällen wurden die von den Arbeitern gestellten Forderungen ohne Streik von den Unternehmern bewilligt. Die Streiks vertheilten sich auf folgende Branchen: Metallarbeiter 12, Holzarbeiter 7, Textilarbeiter 8, Bauarbeiter 2, Glas- und keramische Branche 1, Futtmacher 2, Knopfdreher 10, Steinmehler 1, Schneider 3, Sattler und Riemen 1, Handschuhmacher 1, Rauchfanglehrer, Wäscher 1, Lithographen 2, Ziegelarbeiter 1.

Malopfer in Oesterreich. Von den 37 Malern der Porzellanfabrik von Richter, Genl u. Sohn in Chodan wurden von der Bezirkshauptmannschaft in Falkenau fünf zu einer Arreststrafe von je 48 Stunden, die übrigen zu einer Arreststrafe von je 24 Stunden verurtheilt, weil sie am 1. Mai gefeiert hatten.

Die höhere Strafe haben die 5 Maler deswegen erhalten, weil sie sich „besonders hervorgethan“ haben sollten. Dadurch sie sich so besonders hervorgethan hätten, wurde ihnen nicht gesagt. — In Reichenberg und Umgebung waren gegen 2000 Arbeiter ausgesperrt worden, weil sie am 1. Mai gefeiert hatten.

Wohl wurde der größte Theil davon nach Verlauf von 8 Tagen wieder aufgenommen, eine bedeutende Zahl bleibt jedoch gemahregelt und wird voraussichtlich, den Beschlüssen der Industriellen gemäß, mindestens 6 Wochen arbeitslos sein. — In Grottkau sind ebenfalls wegen der Maifeier 28 Ziegelarbeiter arbeitslos, darunter 18 Familienväter. Sie sollten wegen Feierns am 1. Mai drei Tage nicht arbeiten dürfen, außerdem entließ das betreffende Werk, das einem Grafen gehört, einen Vertrauensmann der Arbeiter. Sie erklärten hierauf den Streik und fordern nun, ermuntert durch den Erfolg der Wiener Ziegler: 20 pCt. Lohnhöhung, Wiedereinstellung der entlassenen Kameraden, Freigabe des 1. Mat. Ferner verlangen sie, daß weder der Vertrauensmann noch die Mitglieder des Streikkomitees vor Ablauf eines Jahres entlassen werden dürfen, ausgenommen, sie machten sich etwa ehrloser Handlungen schuldig.

Wegen der Einführung des Achtstundentags im böhmischen Kohlenbergbau haben sich, außer den Verwaltungen des Brüxer Braunkohlenreviers, worüber bereits berichtet wurde, auch die des Ostrauer Reviers erklärt, diese mit der Begründung, daß die Einführung des Achtstundentags eine Verminderung der Kohlenförderung und eine Vertheuerung der Produktion nach sich ziehen, demnach die Konkurrenzfähigkeit der Ostrauer Werke gegenüber den benachbarten preussischen Gruben in Frage stellen würde. Nun kann sich aber eher Preußen über die böhmische Konkurrenz, als Böhmen über die preussische beklagen, denn, so niedrig die preussischen Bergarbeiterlöhne sind, so sind die böhmischen doch noch niedriger. Die böhmischen Bergleute wissen denn auch das Windige dieses Arguments, wie der andere, sehr gut zu durchschauen. Sie bestehen überall auf ihrer Forderung und werden wahrscheinlich, wenn diese bis zum 15. Mai nicht bewilligt ist, zum Streik schreiten. Bemerkenswert sei noch, daß die Verwaltungen der „Arabischen“, d. h. der staatlichen Bergwerke selbstverständlich in dieselbe Horn luten, woraus die privaten Bergwerksbesitzer den Arbeitern die schändliche Melodie des Entlassens so betriebfam blasen, glücklicherweise nicht mehr mit Erfolg.

Der Maurerstreik in Basel ist thatsächlich beendet. Der Friede wurde durch Vermittelung des Regierungsraths Neese, Vorsteher des Bau-Departements, unter folgenden Bedingungen geschlossen: „Tüchtige Maurer, namentlich solche, die in Basel niedergelassen und Familienväter sind, sollen in Zukunft einen Tagelohn von 5 Franken, weniger tüchtige Leute eine ihren Leistungen entsprechende Lohnaufbesserung erhalten. Dagegen bleibt es den Meistern freigestellt, untüchtige Arbeiter gegen Zahlung geringerer Löhne zu beschäftigen, wobei die Meister indeß gern bestrebt sein werden, durch Gewährung besserer Löhne stets tüchtige Leute nach Basel zu ziehen und daselbst festzuhalten.“

Die Schuhmacher in St. Gallen beschließen, den Unternehmern folgende Forderungen zu unterbreiten: 1. Stellung von Werkhäusern und Lieferung der Zugehör durch den Unternehmer, 2. Zehnfundentag, 3. Abschaffung der Akkordarbeit und Einführung des Zeitlohns.

Schweizerischer Gewerkschaftsbund. Das Bundeskomitee in Zürich beruft einen außerordentlichen Kongress auf Pfingsten nach Luzern in das Hotel Union ein. Als hauptsächlichste Gegenstände sind auf die Tagesordnung gesetzt die Revision der Statuten und die „Arbeiterstimme.“

Der erste Metzger-Fachverein in der Schweiz ist dieser Tage in Basel gegründet worden. Es traten ihm sofort 70 Metzgergehilfen als Mitglieder bei.

Oesterreichische Streiks. In Wien sind in der Möbel-fabrik des Hosieleranten Sander Jaray, ferner bei den Tischlermeister Karl Bamberger und Ludwig Schmitt, endlich in der Drechlerei von Dörfan Differenzen ausgebrochen, weshalb um strenge Fernhaltung des Junges von Tischlern und Drechslern ersucht wird. Ein Streik im Internationalen Reinigungs-Institut war erfolgreich; der Unternehmer bewilligte den Arbeitern eine Lohnhöhung. — In Tarnopol in Galizien haben die Bäckergehilfen die Arbeit niedergelegt. Sie fordern 8 Gulden Wochenlohn und einstündige Arbeitszeit. Auch die Lehrlinge haben sich dem Aufstand angeschlossen.

In Pest haben die Arbeiter der Mächlup'schen Majajnenfabrik die Arbeit niedergelegt, um auf diese Weise eine sonst nicht mögliche Besserung der Verhältnisse zu erreichen. Der Unternehmer übertrug nun die angefangenen Arbeiten zwei anderen Fabrikanten, Wolfner und Wautner, zur Vollendung. Die Arbeiter dieser Fabriken wiesen das Begehren ihrer Chefs jedoch ab und stellten, als diese auf ihrem Willen bestanden, sofort die Arbeit ein. Mit ihnen beträgt die Zahl der Ausständigen ungefähr 800. Die Streikenden bitten um strenge Vermeidung des Junges und auch um finanzielle Unterstützung. Die Adresse des Lokalkomitees ist Karl Paulus, Michael Feit's Gasthaus, Budapest IX, Soroksári-utca 66.

Aus Lemberg in Galizien wird gemeldet: Zwischen den hiesigen und den von der Bahnverwaltung engagierten 500 masurischen Bahnarbeitern kam es bei der Station Klebanowka zu einem förmlichen Kampf, der mehrere Stunden dauerte und erst durch ein starkes Gendarmereiaufgebot unterdrückt werden konnte. Auf beiden Seiten gab es viele Verwundete. — Die galizischen Arbeiter sind wegen ihrer großen Bedürfnislosigkeit bekannt, um nicht zu sagen berüchtigt. Sie arbeiten also sehr billig, als das nur möglich ist, um selbst ihre so überaus armen Lebenshaltung durchzuführen. Aber das genügt dem profit-süchtigen Unternehmertum nicht. Die betreffenden Masuren sind vermuthlich noch billiger, noch wißfähriger, leisten vielleicht auch etwas mehr, folglich engagirt man diese und nimmt dadurch den einheimischen Arbeitern das Stückchen fargen Brots, von dem sie leben müssen. Darin ist wohl der Grund zu suchen, der zu dem bedauerlichen Kampf zwischen Galizien und Masuren führte, und der sich noch dadurch erklärt, daß die Idee der Organisation

Soziale Ueberblick.

In das Kapitel der Warnungen vor der Auswanderung gehört folgende Notiz, die wir der in Gera erscheinenden „Neussischen Tribune“ entnehmen: „Genosse Karl Grimm von hier theilt aus seinen Erlebnissen während seiner Rückreise nach Port Allegre mit, daß sich in seiner Reisegefellschaft zwei Berliner befunden haben, die von der brasilianischen Auswanderungsgesellschaft in Berlin Bond in Rio Grand do Sul auf dem Camp Resto zum Ankauf gekauft hatten, auf welches sie den Betrag von 400 M. angezahlt haben. Das G. B. seien sie nun los geworden, da auf diesem Boden rein gar

unter den Erdarbeiten so viel wie gar nicht Wurzel geschlagen hat, was durch die Eigenartigkeit dieses Berufes allerdings auch sehr schwer ist.

Die französischen Arbeitsbüros halten ihren diesjährigen Kongress vom 9. bis 12. Juni in Nimes ab. Auf der Tagesordnung stehen folgende Punkte: 1. Finanzbericht des Verbandes der Arbeitsbüros über das abgelaufene Jahr; 2. Revision der Verbandsstatuten; 3. Gesuchentwurf betreffend die Anerkennung der Arbeitsbüros als öffentliche Nützlichkeitsanstalten; 4. Propaganda für die Entfaltung der bestehenden und die Gründung neuer Arbeitsbüros; 5. die sozialistische Propaganda durch Broschüren; 6. der Achtsundzweigtage; 7. die Vereinfachung der Stellenvermittlungsbüros; 8. Aushebung der Gefängnis- und Klosterarbeit; 9. Ausdehnung der Brud'homögerichte (Gewerbeschiedsgerichte) auf alle im Handel wie in der Industrie beschäftigten Lohnarbeiter beider Geschlechter; 10. Anwendung des Gesetzes vom 2. November 1892 betreffend die Arbeit der Frauen und Kinder; 11. Festlegung der Bedingungen, unter welchen Gemeinde- und Departementsarbeiten in Submission vergeben werden dürfen.

Die Pariser Omnibusgesellschaft läßt durch den „Temp“, der ihr wie allen anderen kapitalistischen Unternehmungen ergeben ist, die Mär verbreiten, sie habe sich nach Beendigung des Streiks gegenüber dem Leitungskomitee der Gewerkschaft der Omnibusbediensteten von ganz beträchtlichem Wohlwollen gezeigt. Das ist aber nichts weniger als zutreffend. Denn von den 11 Mitgliedern des Komitees hat sie nur 5 wieder in Dienst genommen. Der Pariser Gemeinderath hat wahrlich in seiner vorgestrigen Sitzung über die schon gemeldeten Maßnahmen von Omnibusbediensteten verhandelt, da unsere Freunde wegen des treulosen Verhaltens der Omnibusgesellschaft eine Interpellation einbringen wollten. Nachrichten darüber liegen aber noch nicht vor.

Aus Rußschul in Bulgarien wird uns über den bereits gemeldeten Streik der graphischen Arbeiter noch geschrieben: Wer hätte jemals daran gedacht, daß weit hinten in der Türkei mit ihren widerstreitenden Völkern sich Christen, Juden und Türken die Hände zum Bruderhande reichen würden, um gemeinsam den Kampf gegen ihre wirtschaftlichen Ausbeuter aufzunehmen! Wer vor zehn Jahren einen solchen Gedanken auch nur angedeutet hätte, er wäre einfach ausgelacht worden. Der hiesige allgemeine Buchdruckerstreik liefert den Beweis dafür, daß es auch im Orient anfängt, auf ökonomischem Gebiete Lichter zu werden. Der Streik hat seine Ursache darin, daß in einer Buchdruckerei ein Arbeiter vom Chef ungerechtfertigterweise entlassen wurde. Darauf legten sämtliche Arbeiter der betreffenden Buchdruckerei die Arbeit nieder. Sämtliche Buchdruckereibesitzer Rußschuls beschloßen nun in einer Versammlung, mit Ausnahme der Lehrlinge u. ihr sämtliches Personal so lange nicht mehr arbeiten zu lassen, bis sich die Arbeiter der erstgenannten Druckerei wieder unter den früheren Verhältnissen zur Arbeit einfinden würden. Demgegenüber vereinigten sich alle Seher, Lithographen und Maschinenisten Rußschuls zum allgemeinen Streik, verlangten achttündige Arbeitszeit und für die Zeit ihrer durch die angedrohte Auspeicherung erzwungenen Protokolligkeit ihren Lohn; ferner verlangten sie 15tägige Kündigung und im Krankheitsfalle vollen Lohn für 15 Tage. Die Unternehmer haben bis jetzt noch nicht nachgegeben, trotzdem von den früher hier erschienenen 4 Zeitungen seit dem Beginn des Streiks keine einzige mehr herausgegeben werden konnte. Wie schon bekannt, beträgt die Zahl der Streikenden 56; die meisten sind verheiratet und ein Teil hat 5, 6 und 7 Kinder zu ernähren. Der Nationalität nach sind die Streikenden Deutsche, Oesterreicher, Türken, Serben, Bulgaren und Juden. Alle sind bereit, den Kampf gegen die Unternehmer bis auf das äußerste zu führen. Deutsche Genossen und Kollegen, nehmt Euch Eurer streikenden Brüder in Rußschul an; sammelt für sie und ihr leidet der Partei einen großen Dienst. Helft aber recht bald, denn die Noth fängt an drückend zu werden. Unterstützungsgelder sind zu senden an den Präsidenten des graphischen Fachvereins Marin Bojanoff in Rußschul in Bulgarien.

Die Differenzen der Straßauer Glasarbeiter mit ihren Fabrikanten sind zu Gunsten der Arbeiter beigelegt. Die Fabrikanten haben von ihren Forderungen abgesehen und ist somit die Sperre über die Glasfabrik aufgehoben. Der Verband der Glasarbeiter.

Gerichts-Zeitung.

Von der Stellung der Lehrer in Preußen. Wegen Beleidigung des Pastors Igner in Friedland bei Meßrich in der Provinz Posen hatten sich heute der Kantor Friedrich Wiedemann aus Friedland, der Lehrer Oskar Scholz aus Roggen bei Wenschen und der Redakteur der „Preussischen Lehrer-Zeitung“, früherer Lehrer Karl Saale aus Spandau, vor der I. Strafkammer am Landgericht II zu verantworten. Die „Preussische Lehrer-Zeitung“ brachte im Monat November einen aus Friedland datierten Artikel, durch welchen eine Predigt des Pastors Igner geäußert wurde. Es wurde mitgeteilt, daß Pastor Igner am 28. Oktober auf der Kanzel über das Evangelium vom Jungfrauen gepredigt und dabei von dem Wächteramt der Geistlichkeit gesprochen habe, dabei sei er in sehr scharfer Weise gegen die Simultanschule zu Felde gezogen und habe nicht mißzuverstehende Angriffe gegen die Lehrer gerichtet, so daß die Bauern schon während der Predigt die Köpfe zusammen steckten und hinterher sich zutuschelten: „Na, die beiden haben es heute ordentlich gekriegt!“ Der Pastor habe ausgeführt: „Die Gottlosen wollen die geistliche Aufsicht aus der Schule verdrängen; sie müßten selbst benachteiligt werden. Sie wollen die Aufsicht nicht, aber was sollte wohl werden, wenn der Wächter fehlt, welcher der Geistliche ist, dann müßten die Schafe ja verloren gehen. Es ist nicht möglich, daß ein katholischer und ein evangelischer Lehrer an einer Schule lehren kann, denn er darf sein Bekenntnis nicht offen bekennen, ohne zu fürchten, bei den Kindersgläubigen anzukommen. Hört nur, wie sie lärmten und wie sie schreien! Sie bekommen nicht genug, immer wollen sie mehr haben und Ihr lieben Brüder in der Gemeinde, Ihr müßt es bezahlen!“ Es war zu diesen Zitaten aus der Predigt schließlich bemerkt worden: „Die Folgen einer derartig verheerenden Auslegung des Evangeliums liegen auf der Hand, die Leute werden irre an den Lehren ihrer Kinder!“ Durch diesen Artikel fühlte sich Pastor Igner beleidigt und stellte Strafantrag. Da die „Preussische Lehrer-Zeitung“ in Spandau erscheint, so war das Landgericht Berlin II, zuständig. Der Angeklagte Wiedemann gab an, er habe die zitierten Predigtstellen so und nicht anders verstanden und auch die ganze Gemeinde sei überzeugt gewesen, daß sich die Angriffe auf die Lehrer bezogen. Er habe sich sofort während der Predigt Auszeichnungen gemacht, die sein Amtskollege, der zweite Lehrer, als zutreffend bezeichnete, worauf sie beide sofort nach Schluß der Kirche zum Herrn Pastor gegangen seien, um diesen zu fragen, ob sie durch ihr bisheriges Verhalten zu den ihnen zu Theil gewordenen Angriffen Veranlassung gegeben hätten. Der Herr Pastor habe ihnen erklärt, er habe sie nicht gemeint, er habe von den Lehrern nur im allgemeinen gesprochen und das sei nur aus Politik geschienen. Wenn aber in der Gemeinde ein Mißverständnis entstehen sollte, so werde er das aufräumen. Diese Vorgänge habe er (Wiedemann) bei einer kleinen Lehrerzusammenkunft in Wenschen erzählt, hier habe es Scholz gehört, der ihn gebeten habe, die Sache veröffentlicht zu dürfen und der ihm auch seine Anzeichnungen abgeben wollte. Später habe er die Veröffentlichung zu inhibiren gesucht, das sei aber nicht gelungen. Der Angekl. Scholz hat den Artikel mit seinem vollen Namen an die „Pr. L.-Ztg.“ eingeschickt, die volle Verantwortung dafür über-

nommen, lediglich im festesten Vertrauen, daß die ihm gemachten Mittheilungen richtig seien. Dieses Vertrauen hat auch den angeklagten Redakteur bei der Aufnahme des Artikels geleitet. Pfarrer Igner gab zwar zu, von den Simultanschulen gesprochen zu haben, was er sich nicht nehmen lassen würde, doch habe er weder von den Lehrern gesprochen, noch auf diese angepielt. Von der Begehrlichkeit vieler Menschen und Stände habe er allerdings gesprochen, aber weder auf die Simultanschulen zu reden kam, bereits im ersten Theile seiner Predigt, als er den Satz behandelte „Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist,“ während er das Thema „und Gott, was Gottes ist,“ erst im zweiten Theile behandelte, bei welcher Gelegenheit er die Nothwendigkeit der geistlichen Schulaufsicht betonte. Die zitierten Sätze seien aus dem Zusammenhange gerissen, entstellt und wieder bunt zusammengewürfelt worden. Der Beweis, daß die Auffassung von der Predigt, welche die Angeklagten hatten, richtig sei und auch andere Mitglieder der Gemeinde dieselbe Auffassung gewinnen mußten, konnte nicht erbracht werden und da der Gerichtshof keinem der Angeklagten den Schutz des § 193 (Wahrnehmung berechtigter Interessen) zubilligte, so mußten sämtliche Angeklagten verurtheilt werden. Der Gerichtshof zog in Betracht, daß der Pastor, wenn er die ihm in den Mund gelegten Aeußerungen wirklich gethan, damit bewiesen hätte, daß er für das von ihm bestrittene Amt eines Lokal-Schulinspektors völlig ungeeignet sei. Die Beleidigung sei daher eine sehr schwere. Das Urtheil lautete für Kantor Wiedemann auf 100 M. Geldstrafe, für Lehrer Scholz auf zwei Wochen Gefängnis und für Redakteur Saale auf 150 M. Geldstrafe. Dem Beleidigten wurde die Publikationsbefugnis für die „Pr. Lehrer-Ztg.“ zugebilligt.

Von den furchtbaren Qualen und der Erniedrigung, der unsere Brüder im Wassenrod ausgeht waren, gab eine Anklage Kunde, über die durch Zufall vor einem Zivilgericht verhandelt wurde. Eine Anklage wegen wiederholter Mißhandlung führte nämlich den jetzigen Schumann Heinrich Zell vor die neunte Strafkammer des Landgerichts I. Es handelte sich um Vorgänge aus der Militärzeit des Angeklagten. Dieser diente in den Jahren 1884—1893 bei dem Schlesischen Tragerregiment 15 in Hagenau im Elsaß und hatte schließlich die Charge eines Stellvertreters Gottes, eines Sergeanten, inne. Als solcher hatte er 6 Tage hindurch anlässlichweise das Rekruten-Exerciren der Dekommissionirten übernommen. Er hat dabei die Leute unheimlich mißhandelt. Nach der Auslage von sechs ehemaligen Dekommissionirten — zumeist Schneidern — hat er einem gewissen Otto Stephan so heftige Faustschläge unter die Kinnlade versetzt, daß diese grün und blau anlief. Ten Rekruten Schlaf und Rausch, welche schlecht marschirten, hat er Stöße und Schläge ins Gesicht und das Kinn gegeben. Schlaf hat bekundet, daß sich der Herr Sergeant über seinen langen Hals und seine Schweinsaugen immer sehr geärgert und ihm deshalb Schläge ins Gesicht und auch in die Kinnlade versetzt habe. Dem Rekruten Brotsch hat er kräftig an die Backen geschlagen. Einen großen „M“ hat er in einer Januar-Nacht des Jahres 1893 ausgeführt. In stark angetrunkenem Zustande kam er auf die Mannschafsstube, zog den Säbel und kommandirte: „Aufstehen! Lichtmachen! Jetzt wird Parade marsch geübt!“ Die meisten Leute fanden sich auf, zwei aber blieben liegen und nun schaltete der Angeklagte mit dem Säbel unter die Bettdecke des Schneiders Belger, so daß er mehrere Löcher in die Bettdecke rief und dem W. einen blutigen Nix am Körper beibrachte. Bei Belger richtete er aber nichts aus. Er wandte sich nun an den Rekruten Sybert mit dem Befehl: „Du, steh auf!“ Siebert erlaubte sich die Bemerkung, daß preussische Soldaten mit „Sie“ angeredet werden, worauf ihn der Angeklagte beim Genick packte und aus dem Bett hinaus warf. Bei diesem Scherze war dem Unmenschen der Säbel zur Erde gefallen und als sich Siebert danach bückte, um ihn aufzuheben, erhielt er derbe Maultschellen. Die aus dem Bett gerufenen Mannschaften mußten nach seinem Kommando „Hin in die Klappe“ und „Hans aus der Klappe!“ etwa zehnmal hintereinander abwechselnd in das Bett hinein und auf der anderen Seite aus dem Bett wieder heraus springen. Dem geohrfeigten Siebert rief er noch höhnlisch zu: „Nun können Sie sich über mich beschweren!“ Siebert hat auch eine Meldung gemacht und die Folge davon war für den Angeklagten eine Disziplinarstrafe von sage und schreibe drei Tagen Mittelarrest. Erst als Zell aus dem Militärverhältnis ausgeschieden und ins Zivilverhältnis übergetreten war, sind die Vorfälle zur Strafanzeige gebracht worden und so ist es denn gekommen, daß die Verhandlung dem Militärgericht entrückt wurde. Der Vater des Rekruten Rausch war nämlich der Meinung, daß der mangelhafte Gesundheitszustand, den sein Sohn nach der Militärzeit zeigte, auf die Behandlung des Angeklagten zurück zu führen sei und er erstattete die Strafanzeige. Das angeforderte Ermittlungsverfahren hat die Ansicht des Vaters allerdings nicht bestätigt, aber doch zur Erhebung dieser Anklage geführt. — Der Angeklagte bestritt, vorsätzliche Mißhandlung verübt zu haben. Er behauptete, daß die Rekruten beim Exerciren sich so ungeschickt benommen hätten, daß er wohl oder übel ihre Körperhaltung mehrfach habe korrigiren müssen. Im übrigen sei die Darstellung der Zeugen sehr übertrieben. Bei dem nächsten Wertspringen in der Mannschafsstube sei er sehr angegedrungen gewesen. — Der Staatsanwalt verwies darauf, daß diese Verhandlung unter dem Zeichen des Militär-Strafgesetzbuches stehe und man sich fragen müsse, welche Strafe dem Angeklagten treffen würde, wenn er von dem Militärgericht abgeurtheilt werden würde. Daß es sich hier nicht bloß um „Korrekturen“ sondern um strafbare Mißhandlungen von Untergebenen handele, siehe fest und deshalb beantrage er 3 Monate Gefängnis. Der Gerichtshof erkannte den Angeklagten des Vergehens gegen § 129 des Militär-Strafgesetzbuches für schuldig und verurtheilte ihn wegen aller der geschiederten Qualereien zu der milden Strafe von 1 Monat Festungshaft. Der Gerichtshof ließ es als Milderungsgrund gelten, daß der Angeklagte bei dem Erges in der Mannschafsstube offenbar stark angetrunken war.

Wir sind gespannt, ob der Mensch, der sowohl im nächsten als im betrunkenen Zustande zu den schenlichsten Brutalitäten fähig war, noch weiter für würdig befunden wird, daß Ant eines Schumanns in einer von zivilisirten Menschen bewohnten Weltstadt zu verleben.

Weniger Glück als der wegen seiner Rohheiten zu nur einem Monat Festungshaft verurtheilte Sergeant Zell hatte der Maurer Rudolf, der im stark betrunkenen Zustande eines Sonntags Morgens die Emmauskirche besuchte und dem predigenden Pastor mehrere Male ein „Bravo“ zugerufen hatte. Der Gerichtshof, der sich gestern mit diesem Fall zu befassen hatte, fand sich nicht veranlaßt, die Trunkenheit des Angeklagten als Milderungsgrund zu betrachten, sondern verurtheilte ihn wegen seiner Albernheit zu der außerordentlich harten Gefängnisstrafe von sechs Monaten.

Verurteilung hat die Staatsanwaltschaft gegen das neuliche Urtheil des Schöffengerichts eingelegt, welches den Genossen Julius Lark von der Anklage wegen Vergehens gegen die Gewerbe-Ordnung freigesprochen hatte. Es handelte sich bekanntlich um den Verkauf des Nordhäuser bei dem Feste der Freien Volkshäuser.

Versammlungen.

Vergnügungsgesellschaft „Milla“. Mittwoch, den 16. Mai, abends 9 Uhr im Restaurant Thier, Altonaer Platz 1; Sitzung mit Damen. Besprechung über die Krenierpartie.
Landmannschaft des Schleswig-Holsteiner zu Berlin. Mittwoch, den 16. Mai, abends 8 Uhr: Zusammenkunft der Schleswig-Holsteiner mit Damen im Restaurant „Romanisches Garten“, Romanadenstr. 10-11, Landstraße, auch Damen als Gäste willkommen.

Arbeiter-Bildungsschule. Mittwoch, abends 7-8 Uhr: Lesung. 8-10 Uhr: Korrespondenz. Wochensitzung. 11-12 Uhr: Lesung. 12-1 Uhr: Korrespondenz. 1-2 Uhr: Lesung. 2-3 Uhr: Korrespondenz. 3-4 Uhr: Lesung. 4-5 Uhr: Korrespondenz. 5-6 Uhr: Lesung. 6-7 Uhr: Korrespondenz. 7-8 Uhr: Lesung. 8-9 Uhr: Korrespondenz. 9-10 Uhr: Lesung. 10-11 Uhr: Korrespondenz. 11-12 Uhr: Lesung. 12-1 Uhr: Korrespondenz. 1-2 Uhr: Lesung. 2-3 Uhr: Korrespondenz. 3-4 Uhr: Lesung. 4-5 Uhr: Korrespondenz. 5-6 Uhr: Lesung. 6-7 Uhr: Korrespondenz. 7-8 Uhr: Lesung. 8-9 Uhr: Korrespondenz. 9-10 Uhr: Lesung. 10-11 Uhr: Korrespondenz. 11-12 Uhr: Lesung. 12-1 Uhr: Korrespondenz. 1-2 Uhr: Lesung. 2-3 Uhr: Korrespondenz. 3-4 Uhr: Lesung. 4-5 Uhr: Korrespondenz. 5-6 Uhr: Lesung. 6-7 Uhr: Korrespondenz. 7-8 Uhr: Lesung. 8-9 Uhr: Korrespondenz. 9-10 Uhr: Lesung. 10-11 Uhr: Korrespondenz. 11-12 Uhr: Lesung. 12-1 Uhr: Korrespondenz. 1-2 Uhr: Lesung. 2-3 Uhr: Korrespondenz. 3-4 Uhr: Lesung. 4-5 Uhr: Korrespondenz. 5-6 Uhr: Lesung. 6-7 Uhr: Korrespondenz. 7-8 Uhr: Lesung. 8-9 Uhr: Korrespondenz. 9-10 Uhr: Lesung. 10-11 Uhr: Korrespondenz. 11-12 Uhr: Lesung. 12-1 Uhr: Korrespondenz. 1-2 Uhr: Lesung. 2-3 Uhr: Korrespondenz. 3-4 Uhr: Lesung. 4-5 Uhr: Korrespondenz. 5-6 Uhr: Lesung. 6-7 Uhr: Korrespondenz. 7-8 Uhr: Lesung. 8-9 Uhr: Korrespondenz. 9-10 Uhr: Lesung. 10-11 Uhr: Korrespondenz. 11-12 Uhr: Lesung. 12-1 Uhr: Korrespondenz. 1-2 Uhr: Lesung. 2-3 Uhr: Korrespondenz. 3-4 Uhr: Lesung. 4-5 Uhr: Korrespondenz. 5-6 Uhr: Lesung. 6-7 Uhr: Korrespondenz. 7-8 Uhr: Lesung. 8-9 Uhr: Korrespondenz. 9-10 Uhr: Lesung. 10-11 Uhr: Korrespondenz. 11-12 Uhr: Lesung. 12-1 Uhr: Korrespondenz. 1-2 Uhr: Lesung. 2-3 Uhr: Korrespondenz. 3-4 Uhr: Lesung. 4-5 Uhr: Korrespondenz. 5-6 Uhr: Lesung. 6-7 Uhr: Korrespondenz. 7-8 Uhr: Lesung. 8-9 Uhr: Korrespondenz. 9-10 Uhr: Lesung. 10-11 Uhr: Korrespondenz. 11-12 Uhr: Lesung. 12-1 Uhr: Korrespondenz. 1-2 Uhr: Lesung. 2-3 Uhr: Korrespondenz. 3-4 Uhr: Lesung. 4-5 Uhr: Korrespondenz. 5-6 Uhr: Lesung. 6-7 Uhr: Korrespondenz. 7-8 Uhr: Lesung. 8-9 Uhr: Korrespondenz. 9-10 Uhr: Lesung. 10-11 Uhr: Korrespondenz. 11-12 Uhr: Lesung. 12-1 Uhr: Korrespondenz. 1-2 Uhr: Lesung. 2-3 Uhr: Korrespondenz. 3-4 Uhr: Lesung. 4-5 Uhr: Korrespondenz. 5-6 Uhr: Lesung. 6-7 Uhr: Korrespondenz. 7-8 Uhr: Lesung. 8-9 Uhr: Korrespondenz. 9-10 Uhr: Lesung. 10-11 Uhr: Korrespondenz. 11-12 Uhr: Lesung. 12-1 Uhr: Korrespondenz. 1-2 Uhr: Lesung. 2-3 Uhr: Korrespondenz. 3-4 Uhr: Lesung. 4-5 Uhr: Korrespondenz. 5-6 Uhr: Lesung. 6-7 Uhr: Korrespondenz. 7-8 Uhr: Lesung. 8-9 Uhr: Korrespondenz. 9-10 Uhr: Lesung. 10-11 Uhr: Korrespondenz. 11-12 Uhr: Lesung. 12-1 Uhr: Korrespondenz. 1-2 Uhr: Lesung. 2-3 Uhr: Korrespondenz. 3-4 Uhr: Lesung. 4-5 Uhr: Korrespondenz. 5-6 Uhr: Lesung. 6-7 Uhr: Korrespondenz. 7-8 Uhr: Lesung. 8-9 Uhr: Korrespondenz. 9-10 Uhr: Lesung. 10-11 Uhr: Korrespondenz. 11-12 Uhr: Lesung. 12-1 Uhr: Korrespondenz. 1-2 Uhr: Lesung. 2-3 Uhr: Korrespondenz. 3-4 Uhr: Lesung. 4-5 Uhr: Korrespondenz. 5-6 Uhr: Lesung. 6-7 Uhr: Korrespondenz. 7-8 Uhr: Lesung. 8-9 Uhr: Korrespondenz. 9-10 Uhr: Lesung. 10-11 Uhr: Korrespondenz. 11-12 Uhr: Lesung. 12-1 Uhr: Korrespondenz. 1-2 Uhr: Lesung. 2-3 Uhr: Korrespondenz. 3-4 Uhr: Lesung. 4-5 Uhr: Korrespondenz. 5-6 Uhr: Lesung. 6-7 Uhr: Korrespondenz. 7-8 Uhr: Lesung. 8-9 Uhr: Korrespondenz. 9-10 Uhr: Lesung. 10-11 Uhr: Korrespondenz. 11-12 Uhr: Lesung. 12-1 Uhr: Korrespondenz. 1-2 Uhr: Lesung. 2-3 Uhr: Korrespondenz. 3-4 Uhr: Lesung. 4-5 Uhr: Korrespondenz. 5-6 Uhr: Lesung. 6-7 Uhr: Korrespondenz. 7-8 Uhr: Lesung. 8-9 Uhr: Korrespondenz. 9-10 Uhr: Lesung. 10-11 Uhr: Korrespondenz. 11-12 Uhr: Lesung. 12-1 Uhr: Korrespondenz. 1-2 Uhr: Lesung. 2-3 Uhr: Korrespondenz. 3-4 Uhr: Lesung. 4-5 Uhr: Korrespondenz. 5-6 Uhr: Lesung. 6-7 Uhr: Korrespondenz. 7-8 Uhr: Lesung. 8-9 Uhr: Korrespondenz. 9-10 Uhr: Lesung. 10-11 Uhr: Korrespondenz. 11-12 Uhr: Lesung. 12-1 Uhr: Korrespondenz. 1-2 Uhr: Lesung. 2-3 Uhr: Korrespondenz. 3-4 Uhr: Lesung. 4-5 Uhr: Korrespondenz. 5-6 Uhr: Lesung. 6-7 Uhr: Korrespondenz. 7-8 Uhr: Lesung. 8-9 Uhr: Korrespondenz. 9-10 Uhr: Lesung. 10-11 Uhr: Korrespondenz. 11-12 Uhr: Lesung. 12-1 Uhr: Korrespondenz. 1-2 Uhr: Lesung. 2-3 Uhr: Korrespondenz. 3-4 Uhr: Lesung. 4-5 Uhr: Korrespondenz. 5-6 Uhr: Lesung. 6-7 Uhr: Korrespondenz. 7-8 Uhr: Lesung. 8-9 Uhr: Korrespondenz. 9-10 Uhr: Lesung. 10-11 Uhr: Korrespondenz. 11-12 Uhr: Lesung. 12-1 Uhr: Korrespondenz. 1-2 Uhr: Lesung. 2-3 Uhr: Korrespondenz. 3-4 Uhr: Lesung. 4-5 Uhr: Korrespondenz. 5-6 Uhr: Lesung. 6-7 Uhr: Korrespondenz. 7-8 Uhr: Lesung. 8-9 Uhr: Korrespondenz. 9-10 Uhr: Lesung. 10-11 Uhr: Korrespondenz. 11-12 Uhr: Lesung. 12-1 Uhr: Korrespondenz. 1-2 Uhr: Lesung. 2-3 Uhr: Korrespondenz. 3-4 Uhr: Lesung. 4-5 Uhr: Korrespondenz. 5-6 Uhr: Lesung. 6-7 Uhr: Korrespondenz. 7-8 Uhr: Lesung. 8-9 Uhr: Korrespondenz. 9-10 Uhr: Lesung. 10-11 Uhr: Korrespondenz. 11-12 Uhr: Lesung. 12-1 Uhr: Korrespondenz. 1-2 Uhr: Lesung. 2-3 Uhr: Korrespondenz. 3-4 Uhr: Lesung. 4-5 Uhr: Korrespondenz. 5-6 Uhr: Lesung. 6-7 Uhr: Korrespondenz. 7-8 Uhr: Lesung. 8-9 Uhr: Korrespondenz. 9-10 Uhr: Lesung. 10-11 Uhr: Korrespondenz. 11-12 Uhr: Lesung. 12-1 Uhr: Korrespondenz. 1-2 Uhr: Lesung. 2-3 Uhr: Korrespondenz. 3-4 Uhr: Lesung. 4-5 Uhr: Korrespondenz. 5-6 Uhr: Lesung. 6-7 Uhr: Korrespondenz. 7-8 Uhr: Lesung. 8-9 Uhr: Korrespondenz. 9-10 Uhr: Lesung. 10-11 Uhr: Korrespondenz. 11-12 Uhr: Lesung. 12-1 Uhr: Korrespondenz. 1-2 Uhr: Lesung. 2-3 Uhr: Korrespondenz. 3-4 Uhr: Lesung. 4-5 Uhr: Korrespondenz. 5-6 Uhr: Lesung. 6-7 Uhr: Korrespondenz. 7-8 Uhr: Lesung. 8-9 Uhr: Korrespondenz. 9-10 Uhr: Lesung. 10-11 Uhr: Korrespondenz. 11-12 Uhr: Lesung. 12-1 Uhr: Korrespondenz. 1-2 Uhr: Lesung. 2-3 Uhr: Korrespondenz. 3-4 Uhr: Lesung. 4-5 Uhr: Korrespondenz. 5-6 Uhr: Lesung. 6-7 Uhr: Korrespondenz. 7-8 Uhr: Lesung. 8-9 Uhr: Korrespondenz. 9-10 Uhr: Lesung. 10-11 Uhr: Korrespondenz. 11-12 Uhr: Lesung. 12-1 Uhr: Korrespondenz. 1-2 Uhr: Lesung. 2-3 Uhr: Korrespondenz. 3-4 Uhr: Lesung. 4-5 Uhr: Korrespondenz. 5-6 Uhr: Lesung. 6-7 Uhr: Korrespondenz. 7-8 Uhr: Lesung. 8-9 Uhr: Korrespondenz. 9-10 Uhr: Lesung. 10-11 Uhr: Korrespondenz. 11-12 Uhr: Lesung. 12-1 Uhr: Korrespondenz. 1-2 Uhr: Lesung. 2-3 Uhr: Korrespondenz. 3-4 Uhr: Lesung. 4-5 Uhr: Korrespondenz. 5-6 Uhr: Lesung. 6-7 Uhr: Korrespondenz. 7-8 Uhr: Lesung. 8-9 Uhr: Korrespondenz. 9-10 Uhr: Lesung. 10-11 Uhr: Korrespondenz. 11-12 Uhr: Lesung. 12-1 Uhr: Korrespondenz. 1-2 Uhr: Lesung. 2-3 Uhr: Korrespondenz. 3-4 Uhr: Lesung. 4-5 Uhr: Korrespondenz. 5-6 Uhr: Lesung. 6-7 Uhr: Korrespondenz. 7-8 Uhr: Lesung. 8-9 Uhr: Korrespondenz. 9-10 Uhr: Lesung. 10-11 Uhr: Korrespondenz. 11-12 Uhr: Lesung. 12-1 Uhr: Korrespondenz. 1-2 Uhr: Lesung. 2-3 Uhr: Korrespondenz. 3-4 Uhr: Lesung. 4-5 Uhr: Korrespondenz. 5-6 Uhr: Lesung. 6-7 Uhr: Korrespondenz. 7-8 Uhr: Lesung. 8-9 Uhr: Korrespondenz. 9-10 Uhr: Lesung. 10-11 Uhr: Korrespondenz. 11-12 Uhr: Lesung. 12-1 Uhr: Korrespondenz. 1-2 Uhr: Lesung. 2-3 Uhr: Korrespondenz. 3-4 Uhr: Lesung. 4-5 Uhr: Korrespondenz. 5-6 Uhr: Lesung. 6-7 Uhr: Korrespondenz. 7-8 Uhr: Lesung. 8-9 Uhr: Korrespondenz. 9-10 Uhr: Lesung. 10-11 Uhr: Korrespondenz. 11-12 Uhr: Lesung. 12-1 Uhr: Korrespondenz. 1-2 Uhr: Lesung. 2-3 Uhr: Korrespondenz. 3-4 Uhr: Lesung. 4-5 Uhr: Korrespondenz. 5-6 Uhr: Lesung. 6-7 Uhr: Korrespondenz. 7-8 Uhr: Lesung. 8-9 Uhr: Korrespondenz. 9-10 Uhr: Lesung. 10-11 Uhr: Korrespondenz. 11-12 Uhr: Lesung. 12-1 Uhr: Korrespondenz. 1-2 Uhr: Lesung. 2-3 Uhr: Korrespondenz. 3-4 Uhr: Lesung. 4-5 Uhr: Korrespondenz. 5-6 Uhr: Lesung. 6-7 Uhr: Korrespondenz. 7-8 Uhr: Lesung. 8-9 Uhr: Korrespondenz. 9-10 Uhr: Lesung. 10-11 Uhr: Korrespondenz. 11-12 Uhr: Lesung. 12-1 Uhr: Korrespondenz. 1-2 Uhr: Lesung. 2-3 Uhr: Korrespondenz. 3-4 Uhr: Lesung. 4-5 Uhr: Korrespondenz. 5-6 Uhr: Lesung. 6-7 Uhr: Korrespondenz. 7-8 Uhr: Lesung. 8-9 Uhr: Korrespondenz. 9-10 Uhr: Lesung. 10-11 Uhr: Korrespondenz. 11-12 Uhr: Lesung. 12-1 Uhr: Korrespondenz. 1-2 Uhr: Lesung. 2-3 Uhr: Korrespondenz. 3-4 Uhr: Lesung. 4-5 Uhr: Korrespondenz. 5-6 Uhr: Lesung. 6-7 Uhr: Korrespondenz. 7-8 Uhr: Lesung. 8-9 Uhr: Korrespondenz. 9-10 Uhr: Lesung. 10-11 Uhr: Korrespondenz. 11-12 Uhr: Lesung. 12-1 Uhr: Korrespondenz. 1-2 Uhr: Lesung. 2-3 Uhr: Korrespondenz. 3-4 Uhr: Lesung. 4-5 Uhr: Korrespondenz. 5-6 Uhr: Lesung. 6-7 Uhr: Korrespondenz. 7-8 Uhr: Lesung. 8-9 Uhr: Korrespondenz. 9-10 Uhr: Lesung. 10-11 Uhr: Korrespondenz. 11-12 Uhr: Lesung. 12-1 Uhr: Korrespondenz. 1-2 Uhr: Lesung. 2-3 Uhr: Korrespondenz. 3-4 Uhr: Lesung. 4-5 Uhr: Korrespondenz. 5-6 Uhr: Lesung. 6-7 Uhr: Korrespondenz. 7-8 Uhr: Lesung. 8-9 Uhr: Korrespondenz. 9-10 Uhr: Lesung. 10-11 Uhr: Korrespondenz. 11-12 Uhr: Lesung. 12-1 Uhr: Korrespondenz. 1-2 Uhr: Lesung. 2-3 Uhr: Korrespondenz. 3-4 Uhr: Lesung. 4-5 Uhr: Korrespondenz. 5-6 Uhr: Lesung. 6-7 Uhr: Korrespondenz. 7-8 Uhr: Lesung. 8-9 Uhr: Korrespondenz. 9-10 Uhr: Lesung. 10-11 Uhr: Korrespondenz. 11-12 Uhr: Lesung. 12-1 Uhr: Korrespondenz. 1-2 Uhr: Lesung. 2-3 Uhr: Korrespondenz. 3-4 Uhr: Lesung. 4-5 Uhr: Korrespondenz. 5-6 Uhr: Lesung. 6-7 Uhr: Korrespondenz. 7-8 Uhr: Lesung. 8-9 Uhr: Korrespondenz. 9-10 Uhr: Lesung. 10-11 Uhr: Korrespondenz. 11-12 Uhr: Lesung. 12-1 Uhr: Korrespondenz. 1-2 Uhr: Lesung. 2-3 Uhr: Korrespondenz. 3-4 Uhr: Lesung. 4-5 Uhr: Korrespondenz. 5-6 Uhr: Lesung. 6-7 Uhr: Korrespondenz. 7-8 Uhr: Lesung. 8-9 Uhr: Korrespondenz. 9-10 Uhr: Lesung. 10-11 Uhr: Korrespondenz. 11-12 Uhr: Lesung. 12-1 Uhr: Korrespondenz. 1-2 Uhr: Lesung. 2-3 Uhr: Korrespondenz. 3-4 Uhr: Lesung. 4-5 Uhr: Korrespondenz. 5-6 Uhr: Lesung. 6-7 Uhr: Korrespondenz. 7-8 Uhr: Lesung. 8-9 Uhr: Korrespondenz. 9-10 Uhr: Lesung. 10-11 Uhr: Korrespondenz. 11-12 Uhr: Lesung. 12-1 Uhr: Korrespondenz. 1-2 Uhr: Lesung. 2-3 Uhr: Korrespondenz. 3-4 Uhr: Lesung. 4-5 Uhr: Korrespondenz. 5-6 Uhr: Lesung. 6-7 Uhr: Korrespondenz. 7-8 Uhr: Lesung. 8-9 Uhr: Korrespondenz. 9-10 Uhr: Lesung. 10-11 Uhr: Korrespondenz. 11-12 Uhr: Lesung. 12-1 Uhr: Korrespondenz. 1-2 Uhr: Lesung. 2-3 Uhr: Korrespondenz. 3-4 Uhr: Lesung. 4-5 Uhr: Korrespondenz. 5-6 Uhr: Lesung. 6-7 Uhr: Korrespondenz. 7-8 Uhr: Lesung. 8-9 Uhr: Korrespondenz. 9-10 Uhr: Lesung. 10-11 Uhr: Korrespondenz. 11-12 Uhr: Lesung. 12-1 Uhr: Korrespondenz. 1-2 Uhr: Lesung. 2-3 Uhr: Korrespondenz. 3-4 Uhr: Lesung. 4-5 Uhr: Korrespondenz. 5-6 Uhr: Lesung. 6-7 Uhr: Korrespondenz. 7-8 Uhr: Lesung. 8-9 Uhr: Korrespondenz. 9-10 Uhr: Lesung. 10-11 Uhr: Korrespondenz. 11-12 Uhr: Lesung. 12-1 Uhr: Korrespondenz. 1-2 Uhr: Lesung. 2-3 Uhr: Korrespondenz. 3-4 Uhr: Lesung. 4-5 Uhr: Korrespondenz. 5-6 Uhr: Lesung. 6-7 Uhr: Korrespondenz. 7-8 Uhr: Lesung. 8-9 Uhr: Korrespondenz. 9-10 Uhr: Lesung. 10-11 Uhr: Korrespondenz. 11-12 Uhr: Lesung. 12-1 Uhr: Korrespondenz. 1-2 Uhr: Lesung. 2-3 Uhr: Korrespondenz. 3-4 Uhr: Lesung. 4-5 Uhr: Korrespondenz. 5-6 Uhr: Lesung. 6-7 Uhr: Korrespondenz. 7-8 Uhr: Lesung. 8-9 Uhr: Korrespondenz. 9-10 Uhr: Lesung. 10-11 Uhr: Korrespondenz. 11-12 Uhr: Lesung. 12-1 Uhr: Korrespondenz. 1-2 Uhr: Lesung. 2-3 Uhr: Korrespondenz. 3-4 Uhr: Lesung. 4-5 Uhr: Korrespondenz. 5-6 Uhr: Lesung. 6-7 Uhr: Korrespondenz. 7-8 Uhr: Lesung. 8-9 Uhr: Korrespondenz. 9-10 Uhr: Lesung. 10-11 Uhr: Korrespondenz. 11-12 Uhr: Lesung. 12-1 Uhr: Korrespondenz. 1-2 Uhr: Lesung. 2-3 Uhr: Korrespondenz. 3-4 Uhr: Lesung. 4-5 Uhr: Korrespondenz. 5-6 Uhr: Lesung. 6-7 Uhr: Korrespondenz. 7-8 Uhr: Lesung. 8-9 Uhr: Korrespondenz. 9-10 Uhr: Lesung. 10-11 Uhr: Korrespondenz. 11-12 Uhr: Lesung. 12-1 Uhr: Korrespondenz. 1-2 Uhr: Lesung. 2-3 Uhr: Korrespondenz. 3-4 Uhr: Lesung. 4-5 Uhr: Korrespondenz. 5-6 Uhr: Lesung. 6-7 Uhr: Korrespondenz. 7-8 Uhr: Lesung. 8-9 Uhr: Korrespondenz. 9-10 Uhr: Lesung. 10-11 Uhr: Korrespondenz. 11-12 Uhr: Lesung. 12-1 Uhr: Korrespondenz. 1-2 Uhr: Lesung. 2-3 Uhr: Korrespondenz. 3-4 Uhr: Lesung. 4-5 Uhr: Korrespondenz. 5-6 Uhr: Lesung. 6-7 Uhr: Korrespondenz. 7-8 Uhr: Lesung. 8-9 Uhr: Korrespondenz. 9-10 Uhr: Lesung. 10-11 Uhr: Korrespondenz. 11-12 Uhr: Lesung. 12-1 Uhr: Korrespondenz. 1-2 Uhr: Lesung. 2-3 Uhr: Korrespondenz. 3-4 Uhr: Lesung. 4-5 Uhr: Korrespondenz. 5-6 Uhr: Lesung. 6-7 Uhr: Korrespondenz. 7-8 Uhr: Lesung. 8-9 Uhr: Korrespondenz. 9-10 Uhr: Lesung. 10-11 Uhr: Korrespondenz. 11-12 Uhr: Lesung. 12-1 Uhr: Korrespondenz. 1-2 Uhr: Lesung. 2-3 Uhr: Korrespondenz. 3-4 Uhr: Lesung. 4-5 Uhr: Korrespondenz. 5-6 Uhr: Lesung. 6-7 Uhr: Korrespondenz. 7-8 Uhr: Lesung. 8-9 Uhr: Korrespondenz. 9-10 Uhr: Lesung. 10-11 Uhr: Korrespondenz. 11-12 Uhr: Lesung. 12-1 Uhr: Korrespondenz. 1-2 Uhr: Lesung. 2-3 Uhr: Korrespondenz. 3-4 Uhr: Lesung. 4-5 Uhr: Korrespondenz. 5-6 Uhr: Lesung. 6-7 Uhr: Korrespondenz. 7-8 Uhr: Lesung. 8-9 Uhr: Korrespondenz. 9-10 Uhr: Lesung. 10-11 Uhr: Korrespondenz. 11-12 Uhr: Lesung. 12-1 Uhr: Korrespondenz. 1-2 Uhr: Lesung. 2-3 Uhr: Korrespondenz. 3-4 Uhr: Lesung. 4-5 Uhr: Korrespondenz. 5-6 Uhr: Lesung. 6-7 Uhr: Korrespondenz. 7-8 Uhr: Lesung. 8-9 Uhr: Korrespondenz. 9-10 Uhr: Lesung. 10-11 Uhr: Korrespondenz. 11-12 Uhr: Lesung. 12-1 Uhr: Korrespondenz. 1-2 Uhr: Lesung. 2-3 Uhr: Korrespondenz. 3-4 Uhr: Lesung. 4-5 Uhr: Korrespondenz. 5-6 Uhr: Lesung. 6-7 Uhr: Korrespondenz. 7-8 Uhr: Lesung. 8-9 Uhr: Korrespondenz. 9-10 Uhr: Lesung. 10-11 Uhr: Korrespondenz. 11-12 Uhr: Lesung. 12-1 Uhr: Korrespondenz. 1-2 Uhr: Lesung. 2-3 Uhr: Korrespondenz. 3-4 Uhr: Lesung. 4-5 Uhr: Korrespondenz. 5-6 Uhr: Lesung. 6-7 Uhr: Korrespondenz. 7-8 Uhr: Lesung. 8-9 Uhr: Korrespondenz. 9-10 Uhr: Lesung. 10-11 Uhr: Korrespondenz. 11-12 Uhr: Lesung. 12-1 Uhr: Korrespondenz. 1-2 Uhr: Lesung. 2-3 Uhr: Korrespondenz. 3-4 Uhr: Lesung. 4-5 Uhr: Korrespondenz. 5-6 Uhr: Lesung. 6-7 Uhr: Korrespondenz. 7-8 Uhr: Lesung. 8-9 Uhr: Korrespondenz. 9-10 Uhr: Lesung. 10-11 Uhr: Korrespondenz. 11-12 Uhr: Lesung. 12-1 Uhr: Korrespondenz. 1-2 Uhr: Lesung. 2-3 Uhr: Korrespondenz. 3-4 Uhr: Lesung. 4-5 Uhr: Korrespondenz. 5-6 Uhr: Lesung. 6-7 Uhr: Korrespondenz. 7-8 Uhr: Lesung. 8-9 Uhr: Korrespondenz. 9-10 Uhr: Lesung. 10-11 Uhr: Korrespondenz. 11-12 Uhr: Lesung. 12-1 Uhr: Korrespondenz. 1-2 Uhr: Lesung. 2-3 Uhr: Korrespondenz. 3-4 Uhr: Lesung. 4-5 Uhr: Korrespondenz. 5-6 Uhr: Lesung. 6-7 Uhr: Korrespondenz. 7-8 Uhr: Lesung. 8-9 Uhr: Korrespondenz. 9-10 Uhr: Lesung. 10-11 Uhr: Korrespondenz. 11-12 Uhr: Lesung. 12-1 Uhr: Korrespondenz. 1-2 Uhr: Lesung. 2-3 Uhr: Korrespondenz. 3-4 Uhr: Lesung. 4-5 Uhr: Korrespondenz. 5-6 Uhr: Lesung. 6-7 Uhr: Korrespondenz. 7-8 Uhr: Lesung. 8-9 Uhr: Korrespondenz. 9-10 Uhr: Lesung. 10-11 Uhr: Korrespondenz. 11-12 Uhr: Lesung. 12-1 Uhr: Korrespondenz. 1-2 Uhr: Lesung. 2-3 Uhr: Korrespondenz. 3-4 Uhr: Lesung. 4-5 Uhr: Korrespondenz. 5-6 Uhr: Lesung. 6-7 Uhr: Korrespondenz. 7-8 Uhr: Lesung. 8-9 Uhr: Korrespondenz. 9-10 Uhr: Lesung. 10-11 Uhr: Korrespondenz. 11-12 Uhr: Lesung. 12-1 Uhr: Korrespondenz. 1-2 Uhr: Lesung. 2-3 Uhr: Korrespondenz. 3-4 Uhr: Lesung. 4-5 Uhr: Korrespondenz. 5-6 Uhr: Lesung. 6-7 Uhr: Korrespondenz. 7-8 Uhr: Lesung. 8-9 Uhr: Korrespondenz. 9-10 Uhr: Lesung. 10-11 Uhr: Korrespondenz. 11-12 Uhr: Lesung. 12-1 Uhr: Korrespondenz. 1-2 Uhr: Lesung. 2-3 Uhr: Korrespondenz. 3-4 Uhr: Lesung. 4-5 Uhr: Korrespondenz. 5-6 Uhr: Lesung. 6-7 Uhr: Korrespondenz. 7-8 Uhr: Lesung. 8-9 Uhr: Korrespondenz. 9-10 Uhr: Lesung. 10-11 Uhr: Korrespondenz. 11-12 Uhr: Lesung. 12-1 Uhr: Korrespondenz. 1-2 Uhr: Lesung. 2-3 Uhr: Korrespondenz. 3-4 Uhr: Lesung. 4-5 Uhr: Korrespondenz. 5-6 Uhr: Lesung. 6-7 Uhr: Korrespondenz. 7-8 Uhr: Lesung. 8-9 Uhr: Korrespondenz. 9-10 Uhr: Lesung. 10-11 Uhr: Korrespondenz. 11-12 Uhr: Lesung. 12-1 Uhr: Korrespondenz. 1-2 Uhr: Lesung. 2-3 Uhr: Korrespondenz. 3-4 Uhr: Lesung. 4-5 Uhr: Korrespondenz. 5-6 Uhr: Lesung. 6-7 Uhr: Korrespondenz. 7-8 Uhr: Lesung. 8-9 Uhr: Korrespondenz. 9-10 Uhr: Lesung. 10-11 Uhr: Korrespondenz. 11-12 Uhr: Lesung. 12-1 Uhr: Korrespondenz. 1-2 Uhr: Lesung. 2-3 Uhr: Korrespondenz. 3-4 Uhr: Lesung. 4-5 Uhr: Korrespondenz. 5-6 Uhr: Lesung. 6-7 Uhr: Korrespondenz. 7-8 Uhr: Lesung. 8-9 Uhr: Korrespondenz. 9-10 Uhr: Lesung. 10-11 Uhr: Korrespondenz. 11-12 Uhr: Lesung. 12-1 Uhr: Korrespondenz. 1-2 Uhr: Lesung. 2-3 Uhr: Korrespondenz. 3-4 Uhr: Lesung. 4-5 Uhr: Korrespondenz. 5-6 Uhr: Lesung. 6-7 Uhr: Korrespondenz. 7-8 Uhr: Lesung. 8-9 Uhr: Korrespondenz. 9-10 Uhr: Lesung. 10-11 Uhr: Korrespondenz. 11-12 Uhr: Lesung. 12-1 Uhr: Korrespondenz. 1-2 Uhr: Lesung. 2-3 Uhr: Korrespondenz. 3-4 Uhr: Lesung. 4-5 Uhr: Korrespondenz. 5-6 Uhr: Lesung. 6-7 Uhr: Korrespondenz. 7-8 Uhr: Lesung. 8-9 Uhr: Korrespondenz. 9-10 Uhr: Lesung. 10-11 Uhr: Korrespondenz. 11-12 Uhr: Lesung. 12-1 Uhr: Korrespondenz. 1-2 Uhr: Lesung. 2-3 Uhr: Korrespondenz. 3-4 Uhr: Lesung. 4-5 Uhr: Korrespondenz. 5-6 Uhr: Lesung. 6-7 Uhr: Korrespondenz. 7-8 Uhr: Lesung. 8-9 Uhr: Korrespondenz. 9-10 Uhr: Lesung. 10-11 Uhr: Korrespondenz. 11-12 Uhr: Lesung. 12-1 Uhr: Korrespondenz. 1-2 Uhr: Lesung. 2-3 Uhr: Korrespondenz. 3-4 Uhr: Lesung. 4-5 Uhr: Korrespondenz. 5-6 Uhr: Lesung. 6-7 Uhr: Korrespondenz. 7-8 Uhr: Lesung. 8-9 Uhr: Korrespondenz. 9-10 Uhr: Lesung. 10-11 Uhr: Korrespondenz. 11-12 Uhr: Lesung. 12

Parlamentsberichte.

Abgeordnetenhause.

66. Sitzung vom 14. Mai 1895, 11 Uhr.

Von Ministerpräsident v. Hammerstein.

Auf der Tagesordnung steht die Interpellation Ming (L):
Am 30. März ist ein Waggon an Klauenseuche erkrankter Schweine aus Ungarn (Steinbruch) auf dem Berliner Viehhof eingetroffen. Welche Maßnahmen gedenkt die Regierung zu ergreifen, um die einschleichenden Viehbestände vor Einschleppung dieser Seuche zu schützen?

Nach Begründung der Interpellation durch den Abg. Ming erwidert der Minister Frhr. v. Hammerstein mit dem Hinweis auf die strengen Sperrvorschriften, die für Schweine aus Steinbruch infolge der Einschleppung angeordnet sind. Es ist jetzt nur die Durchfuhr von Steinbruch nach einzelnen bestimmten Städten gestattet; eine genaue Untersuchung der Steinbrucher Anlagen haben ergeben, daß dort ein Erkränkungsheerd nicht vorhanden ist. Weitere Vorschriften in bezug auf die Grenzabspernung werden vom Reichsanwalt für alle Bundesstaaten beraten. Auf dem Berliner Schlachthof sind die vorhandenen Einrichtungen nicht alle zweckmäßig und ausreichend; doch sollen die erforderlichen Bauten baldigt in Angriff genommen werden; da diese etwa 3 Millionen kosten werden, so wird der Stadt eine angemessene Frist gelassen werden müssen. Auch in bezug auf den Dummelsburger Viehmarkt sind Erwidlungen im Gange, um dort eine Verbreitung der Seuchen zu verhindern. Auch an den Grenzen wird eine strengere Kontrolle und nötigenfalls Quarantäne eingerichtet werden.

Bei der Besprechung der Interpellation regt der Abg. v. Kardorff (L) an, die Gänsetransporte aus Rußland genauer beobachten zu lassen, da diese im Verdacht stehen, Seuchen zu verschleppen.

Abg. Graf Limburg (L) dankt namens seiner Fraktion dem Minister für dessen entgegenkommende Erklärung.

Abg. v. Mendel-Stamsfelz (L) hält die Desinfektion der Viehrampen auf den Bahnhöfen für nötig; den Viehhändlern muß die Einführung von Wächern zur Pflicht gemacht werden, damit dem Wege nachgespürt werden kann, den die Seuche genommen. Strengere Maßnahmen sind nötig gegen das Texasfieber, und Oesterreich wird immer noch als verseuchtes Land behandelt werden müssen.

Abg. Dr. Langerhans (fr. Sp.): Die Landwirtschaft, die so strenge und kostspielige Einrichtungen für Berlin verlangen, möge doch nicht vergessen, daß sie und die Schlächter diese Kosten wieder aufbringen müssen. Andere Länder werden von den Seuchen viel stärker heimgesucht, als wir. An Stelle der Buchführung liegen sich vielleicht andere Einrichtungen treffen, Stempelung des Viehes oder dergleichen, die zuverlässiger sind, als Buchungen. Die sonstigen Vorschläge Mendel's sind beachtenswert.

Abg. Ming (L) bemängelt die Einrichtungen des Viehhofes in Berlin und ist erfreut, daß diese Mangelhaftigkeit auch von Herrn Langerhans anerkannt wird.

Damit schließt die Besprechung. Das Haus erledigt hierauf Petitionen.

v. Thünen in Stangenhagen und Genossen petitionieren um Anlegung eines dritten und vierten Gleises auf der Strecke Groß-Lichterfelde-Berlin und um Erbauung eines Bahnhofs. Die Kommission beantragt Uebergang zur Tagesordnung.

Abg. Dohrecht (nat.) empfiehlt eine wohlwollendere Behandlung der Petition. Die Anlegung zweier weiterer Gleise erfordert schon die Sicherheit des Betriebes und der in Lichterfelde nicht seltene große Andrang von Passagieren; er beantragt Ueberweisung zur Erwidrung.

Der Regierungskommissar führt aus, daß ernsthafte Unfälle bisher auf der Strecke noch nicht vorgekommen seien. Das dritte und vierte Gleise würde ungefähr 7 Millionen kosten. Die Strecke ist zwar sehr belastet, aber es ständen so viele Ansprüche auf der Tagesordnung, so daß man vorerst nur die dringendsten berücksichtigen kann. Die Anlage am Schlesischen Bahnhof sei zweifellos wichtiger.

Abg. Graf Limburg-Sturum möchte dem Wunsche des Abgeordneten Dohrecht entgegenkommen und schlägt vor Ueberweisung an die Regierung als Material.

Das Haus schließt sich diesem Vorschlage an.

Schluß 2 1/2 Uhr. Nächste Sitzung: Sonnabend 11 Uhr. Antrag des Zentrums auf Wiedereinführung der aufgehobenen Verfassungsartikel 15, 16 und 18.

Gerichts-Beitrag.

Eine staatsanwaltliche Aktion für das herrliche Kriegsheer. Eine merkwürdige Anklage wegen öffentlicher Aufreizung zu gefährlicher Handlungen ist gelangt gestern vor den neunten Strafsenat des Landgerichts I zur Verhandlung. Am Abend des 22. September vorigen Jahres hielt der „Tingtauben-Verein Wedding“ ein Tanzkonzert ab, welches von etwa 150 Personen besucht war. Die Rolle des Tanzordners wurde dem Arbeiter Karl Zinne übertragen. Während der Kaffeepause hat Zinne diejenigen Gäste, welche demnächst zum Militär eintreten müßten, sich um ihn zu schaaren. Es folgten etwa zwölf Personen dieser Aufforderung. Zinne soll darauf nun folgende Ansprache gehalten haben: „Ihr kommt jetzt aus der Freiheit in die Knechtschaft. Ich fordere Euch auf, der sozialdemokratischen Fahne auch beim Militär treu zu bleiben und auch dort die sozialdemokratischen Ideen zu verbreiten!“ Diese Ansprache zog dem Arbeiter Zinne obige Anklage zu. Von den geladenen Zeugen gehörten jetzt vier dem Militärstande an. Diese bezeugten, daß sie den Wortlaut der von dem Angeklagten gehaltenen Ansprache nicht wiederzugeben vermöchten, der Sinn sei aber so gewesen, wie es die Anklage behauptete und wie es auch vor dem Kriminalkommissar Schöne zu Protokoll gegeben worden sei. Dagegen traten zwei andere Zeugen auf, welche in ihren Angaben von demjenigen der Soldaten abwichen. Der Maschinist Sonntag bezeugte, daß der Angeklagte nur gesagt habe, die Militärschichten müßten nach Ableistung ihrer Dienstzeit wieder treu zur Sozialdemokratie halten. Der Zeuge habe darauf Veranlassung genommen, die jungen Leute zu ermahnen, sich während ihrer Dienstzeit ja von jeder Agitation fern zu halten, da sie sich sonst schwerer Unannehmlichkeiten aussetzen würden. Darin, daß der Angeklagte angetrunken gewesen sei, stimmten alle Zeugen überein. — Staatsanwalt Hagen hielt den Angeklagten für überführt. Derselbe mußte als gewesener Soldat „zweifelslos“ wissen, daß er die jungen Leute zu strafbaren Handlungen (!) aufforderte. Bekanntlich habe das Kriegsministerium einen Erlaß an die Generalkommandos erlassen, wonach jede Betätigung sozialdemokratischer Gesinnung seitens der Mannschaften zu verbieten sei. Die Versammlung müsse als eine öffentliche angesehen werden, weil jeder anständig gekleidete Mensch, der 80 Pf. Eintrittsgeld zahlte, daran teilnehmen konnte; die Angetrunkenheit des Angeklagten könne nicht so stark gewesen sein, daß sie ihn straflos mache. Er beantragte gegen den Angeklagten eine Gefängnisstrafe von zehn Monaten.

Der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Schöppe stellte die Anklage als einen Versuch dar, etwas unter Strafe zu stellen, was unter den § 112 des abgeleiteten Umsturzgesetzes fallen sollte. Was der Angeklagte gesagt hat, sei keineswegs bestimmt festzustellen. Durchaus wahrscheinlich sei es, daß er nur gesagt habe: „Weißt Eurer sozialdemokratischen Gesinnung treu!“ Darin liege durchaus nichts Strafbares, denn Gedanken seien zollfrei, selbst für Leute, die den Waffenrock tragen. Die vernommenen Soldaten seien Leute von geringer Schulbildung, die Ansprache sei spät in der Nacht während der Kaffeepause nach dem Genuß spiritueller Getränke erfolgt und es sei durchaus nicht anzunehmen, daß unter solchen Umständen so wenig gebildete Leute am nächsten Tage noch genau wiedergeben können, was eigentlich gesagt ist. Dazu komme, daß der Begriff der Oeffentlichkeit und der versammelten Menschenmenge fehlen und der subjektive Mangel hinzutrete, daß dem Angeklagten das Bewußtsein nicht nachzuweisen sei, daß er mit seiner Äußerung das Militär-Strafgesetzbuch oder militärische Erlasse verletze. Bei dieser ganzen Sache handle es sich um einen in der Begehrtheit vorgekommenen „Jur“, der schlimmsten Falls eine Geldstrafe verdiene. — Der Gerichtshof sprach den Angeklagten frei. Nach § 92 werde Angehörig gegen Befehl der Vorgesetzten „in Dienstsachen“ bestraft. Der Gerichtshof sei nicht der Ansicht, daß die Korpsbefehle Befehle „in Dienstsachen“ seien und er befände sich dabei in Uebereinstimmung mit dem Kommentator des Militär-Strafgesetzbuches Solms. Der Gerichtshof habe angenommen, daß die Äußerung so gelaunt habe, wie die Anklage behauptete und daß auch der Begriff der Oeffentlichkeit in der versammelten Menschenmenge gegeben sei. Aber selbst wenn die besagten Korpsbefehle als Befehle „in Dienstsachen“ anzusehen wären, könnte der Angeklagte doch nicht wegen Vergehens gegen die §§ 92 und 93 des Militär-Strafgesetzbuches bestraft werden, da ihm nicht nachzuweisen war, daß er von dem Befehle jener Korpsbefehle Kenntnis gehabt habe.

Ein Kämpfer für Ordnung, Religion und Sittlichkeit. Eine Versammlung von Schlächtergehilfen, welche im September v. J. in einem Lokale in der Potsdamerstraße stattfand, wurde auch von vielen Meistern besucht, da der Einberufer der Schlächtergehilfen Schwärze für eine Herabsetzung der Arbeitszeit eintreten wollte. Gleich nach Beginn seines Vortrags machten die Meister einen solchen Tumult, daß der überwachende Polizeibeamte die Versammlung auflöste. Während der Saal sich langsam leerte, fielen die Meister über die Geheulen und namentlich über den Einberufer her. Er floh ins Wildardzimmer und hier hat der Schlächtermeister Ferdinand Loewig ihn mit seinem Regenschirm einen wichtigen Schlag gegen die linke Seite des Kopfes versetzt. Schwärze hat infolge dessen das Gehör auf dem linken Ohr vollständig verloren. Loewig hatte sich gestern vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I wegen schwerer Körperverletzung zu verantworten. Nachdem durch die Weisungsaufnahme unabweislich festgestellt war, daß Loewig den verhängnisvollen Schlag geführt, beantragte der Staatsanwalt gegen ihn eine Gefängnisstrafe von sechs Monaten. Der Gerichtshof erkannte auf drei Monate Gefängnisstrafe und sprach dem als Nebenkläger auftretenden Zeugen Schwärze die verlangte Geldbuße von 100 M. zu.

Bemert sei noch, daß der rohe Mensch seine Brutalität vor Gericht damit zu entschuldigen suchte, daß die Versammlung eine sozialdemokratische gewesen und Schwärze als „Feind und Aufwiegler“ bekannt sei.

Wie die Frommen mit dem Eide umgehen. Inmitten einer Verhandlung vor dem Schwurgericht in Elding, die in diesen Tagen beendet wurde, eine ganze Reihe hochangesehener Bürger hatte sich wegen Meineides begn. wegen Verleitung zum Meineide zu verantworten. Im Herbst vorigen Jahres fanden in der westpreussischen Stadt Stuhm die katholischen Kirchenwahlen statt, zu denen die fanatisierten Gläubigen deutscher und polnischer Nationalität je zwei Kandidaten aufgestellt hatten. Die letztere Richtung siegte in erbittertem Kampfe und feierte ihren Triumph bei Bier und Grog in festlichem Gelage. Da ergrimmte die unterlegene Partei und suchte die Giltigkeit der Wahl an, während man von der anderen Seite mit der Beschuldigung auftrat: Die Wählerliste sei gefälscht. In dem darauf folgenden Verleumdungsprozeß, den der Kirchenrat nun gegen seine Widersacher anstrengte, haben sich eine Anzahl Leute gefunden, die kaltblütig Meineide leisteten, bloß um die Mandate der Kirchenratsmitglieder zu retten. Ein Teil der Zeugen wurde sofort verhaftet; die übrigen wurden später gefänglich eingezogen. — Nach weitläufigen Verhandlungen, die der moralischen Qualifikation beider interessierter Parteien das denkbar ungünstigste Zeugnis ausstellten, fällt der Gerichtshof folgenden Urtheil: Der Hausbesitzer Johann Probenowki wurde wegen wissentlichen Meineides in 2 Fällen zu 4 Jahren Zuchthaus, der Hofbesitzer Karl Boldt wegen wissentlichen Meineides in 2 Fällen zu 2 1/2 Jahren Zuchthaus, der Hausbesitzer Franz Combrowski wegen fahrlässigen Meineides in zwei Fällen zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis, der Rentier Peter Szukowski wegen wissentlichen Meineides in einem Falle zu 2 Jahren Zuchthaus, Sattlermeister Adolph Ziel wegen fahrlässigen Meineides zu 6 Monaten Gefängnis, Fleischermeister Andreas Stogelski wegen wissentlichen Meineides in einem Falle zu 2 Jahren Zuchthaus, Schuhmachermeister Adolph Schidor wegen wissentlichen Meineides in einem Falle zu 1 1/2 Jahren Zuchthaus und der Kleriker August Krause wegen Verleitung zum Meineide in mehreren Fällen zu 5 Jahren Zuchthaus verurtheilt.

Vom Reichs-Versicherungsamt. Dem Landarbeiter Dörre, welcher durch einen Unfall in seiner Erwerbsfähigkeit beeinträchtigt worden war, sprach durch Bescheid vom 5. Mai 1893 die landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft für Schwarzburg-Sondershausen 20 pCt. der Rente für völlige Erwerbsunfähigkeit zu. Sie hätte sich dabei auf ein ärztliches Gutachten, in welchem u. a. auch gesagt war, daß eine Besserung im Zustande des Dörre nicht ausgeschlossen wäre, jedoch vor Ablauf von 6 Monaten nicht zu erwarten sei. Natürlich veräumelte es die Berufsgenossenschaft nicht, pünktlich, d. h. nach Ablauf der Frist ein weiteres Gutachten einzufordern, statutenlos diese Unternehmer-Organisationen aus lieblichen Überhaupt nichts zahlen möchten. Das neue Gutachten stellte fest, daß das Heilverfahren beendet sei und eine durchgreifende Besserung in Dörre's Zustand nicht erwartet werden könnte. Aus den Ausführungen, die sich auf das Besondere Dörre's bezogen, glaubte die Genossenschaft die Berechtigung zu einer Herabsetzung seiner Rente herleiten zu können. Das Schiedsgericht stellte jedoch auf Grund der Alten den Satz von 20 pCt. wieder her, indem es annahm, eine Veränderung sei im Befinden des Klägers seit dem Mai 1893 nicht eingetreten. Acht Tage nach diesem Urtheil forderte die Genossenschaft den Kläger zu seinem größten Erstaunen auf, sich binnen drei Tagen in eine Klinik in Halle zu nochmaliger Beobachtung und weiterer Behandlung zu begeben, widrigenfalls ihm die Rente entzogen würde. Die Genossenschaft machte mit der Drohung ernst, als D. ihrem Begehren nicht nachkam; sie stellte am 20. September 1894 die Rente ein. Das abermals vom Kläger angerufenen Schiedsgericht verurtheilte nun zum zweiten Male die widerspenstige Genossenschaft zu der ursprünglichen Rente von 20 pCt. Das Urtheil wurde begründet: Es könne absolut nicht für zulässig

erachtet werden, daß die Genossenschaft den Mann in einer Heilanstalt unterbringen wolle, nachdem ihm das Schiedsgericht erst acht Tage vorher die 20 pCt. zugebilligt habe; höchstens hätte die Genossenschaft Refkurs beim Reichs-Versicherungsamt einlegen können. Vor allem hätte die Weigerung des Klägers, in die Anstalt zu gehen, deshalb nicht mit recht die Rentenentziehung nach sich ziehen können, weil die Unfallfolgen festgesetzt waren und weil eine weitere Stellung für ausgeschlossen erkannt war. Die Berufsgenossenschaft legte Refkurs ein, indem sie sich auf den Paragraph 8 des landwirtschaftlichen Unfallversicherungs-Gesetzes berief. Das Reichs-Versicherungsamt schloß sich aber der schiedsgerichtlichen Entscheidung an und wies den Refkurs zurück.

Der Maurer N. fiel seinem Beruf zum Opfer, eine unglückliche Leiter trug ihn so unglücklich, daß er sofort verstarb. Als sein auf demselben Bau thätiger Vater des so früh dem Leben entrissenen Sohnes ansichtig wurde, übermannte den tief Erschütterten eine Ohnmacht, er stürzte hin und verletzte sich dabei erheblich. Die nordöstliche Bauergewerkschaft und das zuständige Schiedsgericht lehnten es ab, dem Vater eine Rente zuzubilligen, worauf er Anspruch erhoben hatte. Beide Parteien waren der Meinung, es liege hier kein Betriebsunfall vor, wenn auch der Tod des Sohnes, welcher die Verletzung des Klägers veranlaßte, unstreitig Folge eines solchen gewesen sei. Das Refkursgericht hob aber die Vorentscheidung auf und sprach dem Kläger die Rente zu; es war der Ansicht, daß der Unfall desselben doch als Betriebsunfall zu betrachten sei. Ein hübscher Beitrag zur Geschichte des sozialen Pflichtbewußtseins unserer Kapitalistenorganisationen.

Reichs-Versicherungsamt. Aus Versehen hatte der Möbeltransport-Arbeiter Mattiote, Karbolsäure statt Branntwein bekommen als er mit einigen Kollegen im Auftrage des Fuhrwerkers Stobe in Nixdorf einen Umzug bewerkstelligte. Das Material mußte Mattiote mit dem Tode büßen. Dem unglücklichen Zeunk hatte er in der Wohnung der Herrschaft gethan, für die der Umzug besorgt wurde; er hatte dem Drange nicht widerstehen können, in einem unbewachten Moment aus der ihn verführerisch ansehenden Flasche zu naschen, deren Inhalt er nicht genau kannte, aber aller Wahrscheinlichkeit nach für Schnaps hielt. Das ging wenigstens aus den näheren, später festgestellten Umständen hervor. Dem Rentenanspruch seiner Witwe wurde nicht stattgegeben und ihre Berufung gegen den bezüglichen Bescheid der Fuhrwerks-Berufsgenossenschaft vom Schiedsgericht zurückgewiesen. Das Gericht war der Ansicht, daß der notwendige ursächliche Zusammenhang zwischen dem Unfall und dem Betriebe fehle, also kein Betriebsunfall vorliege. Es konnte nicht angenommen werden, daß der Genuß von Branntwein und sonstigen leiblichen Stärkungsmitteln bei einem Umzuge den Zwecken des Betriebes diene. Besonderheiten kämen aber in diesem Falle nicht in Betracht, die etwa dennoch einen Anspruch rechtfertigen könnten. Der Refkurs beim Reichs-Versicherungsamt hatte ebenfalls keinen Erfolg. Das Refkursgericht sprach sich dahin aus, daß es in keiner Weise mit dem Gewerbebetriebe zusammenhänge, wenn jemand aus einer Flasche nascht, die mit Karbolsäure gefüllt sei.

Der Schleifer Kathage bezog mehrere Jahre lang infolge eines Unfalles eine Rente, erst 60, dann 20 pCt. derjenigen für völlige Erwerbsunfähigkeit, die ihm im Jahre 1893 von der rheinisch-westfälischen Klein- und Maschinenbau-Berufsgenossenschaft entzogen wurde. Auf die Berufung Kathage's hörte das Schiedsgericht einen Arzt über den Zustand des Klägers. Der Gutachter konstatierte, daß das Hirnleiden desselben, welches Folge des Unfalles war, anscheinend vollständig ausgeheilt, eine Verschlechterung aber doch nicht ausgeschlossen sei. Es wäre rathsam, meinte der Herr dann weiter, dem Kläger die Rente noch vier Jahre zu belassen, und für den Fall, daß dann keine Verschlechterung eingetreten sei, sie ihm zu entziehen. Das Schiedsgericht hatte darauf in diesem Sinne geurtheilt, womit sich aber die Berufsgenossenschaft nicht zufrieden gab. Diefelbe legte Refkurs ein und erreichte damit auch die Aufhebung jener schiedsgerichtlichen Entscheidung. Dem Refkurs wurde seitens des Reichs-Versicherungsamtes stattgegeben mit der Begründung, daß, so lange Folgen des Unfalles nicht vorhanden seien, auch keine Entschädigungspflicht für die Genossenschaft bestehe. Wenn später solche Folgen bei Kathage wieder hervortreten sollten, dann stände ihm ja ans § 65 des Unfallversicherungsgesetzes das Recht zu, wegen wesentlicher Verschlechterung seines Zustandes eine entsprechende Rente verlangen zu dürfen. Zur Zeit habe er nach dem Gutachten nicht unter derartigen Unfallfolgen zu leiden und darum auch nichts zu beantragen.

Versammlungen.

Der Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter hielt am 4. Mai eine Mitlieder-Versammlung in den Dranchenhallen, Oranienstr. 51, ab. Das Referat hatte Frau Rohrlach übernommen, die über das Thema: „Die Verwendung der weiblichen Arbeitskraft in der modernen Großindustrie“ referierte. Auf eine Diskussion wurde verzichtet, worauf die Abrechnung von der Kassine verlesen wurde. Diese ergab einen Ueberschuß von 114,40 M. Berigt wurde hierbei, daß noch eine große Anzahl Billets (über 200) ausstünden und zugleich ein Antrag angenommen, daß in den Berichten über die Vierteljahresabrechnungen die Billets-Restanten namhaft zu machen sind. Die Wahl zur Werkstatt-Kontrollkommission wurde bis zur nächsten Versammlung, die am 18. d. Mis. in demselben Lokale stattfindet, vertagt.

Der Verband der an Holzbearbeitungsmaschinen und auf Holzplätzen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen (Zentrale) hatte am 6. Mai seine regelmäßige Mitglieder-Versammlung abgehalten. Auf der Tagesordnung stand ein Vortrag des Herrn Dr. Weyl über die Naturheilmethoden. Nach Beantwortung einiger Fragen, die von dem Vortragenden in bereitwilliger Weise ertheilt wurde, ging man zur Regelung gewerkschaftlicher Angelegenheiten über. Der Vorstand unterbreitete folgenden Antrag: Der Arbeitsnachweis ist vom 1. Juni 1895 ab jeden Tag vormittags von 9-11 Uhr und abends von 8-9 Uhr geöffnet. Die Arbeitsuchenden werden wie bisher der Reihenfolge nach eingetragen. Der Antrag wird von der Versammlung einstimmig angenommen. Eine längere Debatte zeitigten wieder die Zustände in der Fabrik des Herrn Mayer, Köpfererplatz. Wie mitgeteilt wurde, erhielten einige Arbeiter eine Zulage von 2 1/2 Pf. pro Stunde. Wenn man aber bedenkt, daß die Arbeiter mit einem Stundenlohn von 25, 30 und 35 Pf. zufrieden sein müßten, so will diese Zulage nicht viel bedeuten. Zum Schluß wurde den Mitgliedern bekannt gegeben, daß am 23. Juni die Dampferparthie nach Müggelschloßchen stattfindet.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Posamentenbranche hielten am 8. Mai in „Louisenstädtischen Klubhaus“, Innenstr. 16, eine öffentliche Versammlung ab. Genosse Adolf Dörmann sprach zunächst in einem interessanten Vortrage über das Thema: „Der Kampf ums Dasein“. Darauf verlangte die Arbeitniederlegung sämtlicher fünf Posamentier der Firma

Wagner, Brandenburgstr. 45, zur Beurteilung der Verhandlung. Paritz erklärte, dieselbe sei erfolgt, weil die Verhandlung der Arbeiter seitens des Herrn Wagner, insbesondere aber durch den ihn im Geschäft vertretenden Bruder nicht mehr erträglich war; letzterer habe sich am letzten Dienstag sogar so weit vergehen, einen Kollegen, mit dem er in Wortwechsel geraten, thätlich anzugreifen, worauf sich alle übrigen mit diesem solidarisch erklärten und die Arbeitsstätte verlassen. Marx, einer von drei Kollegen, welche anderen Tages an stelle der Streikenden bei Wagner in Arbeit traten, führte aus: Nach Meinung des Herrn Wagner sei der Streik gewissermaßen vom Jann gebrochen; die Kollegen seien angetrunken gewesen und hätten sich zunächst erst an ihn (Wagner) wenden sollen, ehe sie wegen des Benehmens seines Bruders die Arbeit einstellen; nunmehr will er keine mehr von ihnen in Arbeit nehmen, eher möge sein Geschäft zum Teufel gehen. Der Vertrauensmann Mahle sah die Arbeitseinstellung als übereilt an; zunächst hätten sich die Kollegen an die zur Beilegung von Differenzen bestimmten Faktoren der Organisation wenden sollen; leider gebürten sie aber derselben nicht an. Falls es sich bewahrheitet, daß jemand von ihnen thätlich beleidigt worden sei, dann allerdings hätten die Kollegen recht gehabt, sich mit diesem solidarisch zu erklären. Nach längerer Debatte stimmte die Versammlung dem Antrage Wischner's zu: den Vertrauensmann zu beauftragen, mit Herrn Wagner Rücksprache zu nehmen, Komme keine Einigung zu Stande, dann soll über die Werkstätte die Sperre verhängt werden; alsdann sind die Streikenden aus öffentlichen Mitteln zu unterstützen. Die drei Kollegen, welche die Stellen Streikender besetzten, erklärten sich bereit, die Arbeit bei Wagner wieder niederzulegen. — Weiter wurde unter Punkt „Verschiedenes“ mitgeteilt, daß die Fabrikanten die Produktion von Passamenten immer mehr nach Sachsen verlegen und betont, daß schließlich die Berliner Passamentirer bald auf dem Niveau der Lebenshaltung der Arbeiter im sächsischen Vogtlande und schlesischen Gebirge anlangen werden, falls es nicht gelingt, auch die dortigen Berufsgenossen zur Organisation heranzuziehen. In nächster Zeit soll mit Hilfe des sächsischen Agitationskomitees im Vogtlande ein diesem Zwecke dienendes Flugblatt verbreitet werden.

Der Verein der Einseher (Tischler) beschäftigte sich am 5. Mai mit der Regelung einer Reihe geschäftlicher Angelegenheiten. Vom Vorstand wird bekannt gegeben, daß die Dampferpartie am 22. Juli stattfindet. Nachdem über einige Vereinsangelegenheiten Bescheid gefaßt ist, werden die Mitglieder ersucht, ihren Verpflichtungen gegenüber dem Vorstand nachzukommen.

Eine gut besuchte Volksversammlung fand am 13. d. M. im 6. Wahlkreis (Moabit) statt, in welcher Reichstags-Abgeordneter Wlos über die „Umsturzvorlage“ sprach. Da das Schicksal derselben bereits entschieden ist, so beschränkte der Referent sich darauf, die Ursachen der schnellen Entscheidung zu erläutern. Redner war der Meinung, daß nicht die äußeren Einflüsse, noch weniger aber das „liberale Bürgerthum“ die Vorlage zu Falle gebracht haben, vielmehr eine Reihe von Zufälligkeiten, welche dabei mitgespielt haben. Wesentlich zu dem überraschend schnell gekommenen Ausgange der Umsturzberatungen habe die ungeschickte Operation der beiden Minister beigetragen, welche der Redner in treffender Weise kennzeichnete. Wenn man nunmehr nach dem Falle der Umsturzvorlage die Krisis'che Proxis empfehle, um den Sozialismus völlig tot zu machen, so war der Vortragende der Ueberzeugung, daß in Deutschland kein Boden sei für Krisis'che Taktik. Das Regieren werde den Regierungen heute sehr schwer gemacht. Man greife immer wieder zu den alten Polizeimitteln zurück, was beweise, daß man am Ende seines Lateins angelangt sei. Anstatt uns fortwährend mit neuen Steuern und Zwangsgeboten zu beglücken, sollte die Regierung darauf bedacht sein, einmal einen neuen Kurs einzuschlagen und es mit durchgreifenden sozialen Reformen zu versuchen, hierzu sei allerdings keine Aussicht vorhanden. Mögen unsere Gegner auch thun, was sie wollen, den sozialistischen Gedanken können sie aus dem Volke nicht mehr herausbringen. Möge die Umsturzvorlage wieder aufleben oder nicht, möge wieder ein Ausnahmengesetz kommen, wir werden unentwegt unsere Bahn weiter wandeln, wie bisher. Der vielfach von Beifall unterbrochene Vortrag entzifferte zum Schluß eine wahre Beifallssturm. In der folgenden Diskussion nahmen mehrere Redner Gelegenheit, verschiedene Momente aus den Umsturzdebatten herauszugreifen und gebührend zu kritisieren. Den Parteigenossen wurde nahegelegt, sich durch die Ablehnung der Umsturzvorlage nicht in Sicherheit wiegen zu lassen, sondern nach wie vor auf dem Posten zu sein und ihre Schuldigkeit zu thun. Im weiteren wurde den Genossen nahe gelegt, die Lokalisten streng zu beachten, besonders bei Ausflügen etc. Auch wurden die vielen Nachträge zur Lokalisten bemängelt und der Wunsch geäußert, daß eine geregelte Lokalisten veröffentlicht werden möge. Ebenso wurde die Parteipresse in Erinnerung gebracht. Leider lasse die Verbreitung der Parteipresse in Moabit noch viel zu wünschen übrig. Zum Schluß wurde noch auf das am zweiten Pfingstfeiertage stattfindende Frühkonzert hingewiesen. Dasselbe findet in der Kronenbrauerei statt.

Die Freie Vereinigung der Graveure und Ziseure nahm in ihrer am 7. Mai stattgehabten Versammlung einen Vortrag des Genossen Schukz über: „Die deutsche Dichtkunst vor und während der 48er Revolution“ beifällig entgegen. In der Diskussion zogen mehrere Redner eine Parallele mit jener Zeit und der Gegenwart, wobei die Literatur der Gegenwart kritisch behandelt wurde. — Im Arbeitsnachweis wurden in den letzten vier Wochen 20 Gesellen verlangt, 22 hatten sich gemeldet. Seit August 1893 sind durch den Kollegen Wunderlich, Wallstraße 76 I, über 500 Stellen vermittelt worden.

Im Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer hielt Genosse Klaur ein recht beifällig aufgenommenen Vortrag über „Die kapitalistische Produktionsweise“. Die herbe Kritik, die der Redner an den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen übte, wurde in der Diskussion von mehreren Rednern ergänzt und zustimmend behandelt. Hieran stand die Lokalfrage zur Verhandlung. Der Vorschlag des Vorstandes, das Lokal Rosenfelderstr. 33 als Vereinslokal zu erwählen, fand einstimmige Annahme. Die Unterstützung in Rechtsstreitigkeiten wird zukünftig nur Mitgliedern gewährt, die mindestens 3 Monate Mitglieder der Vereinigung sind. Der Vorsitzende Legler legte sein Amt nieder, weil ihm aus der Versammlung der Vorwurf gemacht wurde, daß sein Verhalten am 1. Mai nicht korrekt gewesen sei. Wie mitgeteilt wird, erhalten die Maurer bei den Ausstellungsarbeiten in Treptow einen Stundenlohn von 45 Pf., der später auf Vorstellungen von ihrer Seite auf 48 Pf. erhöht wurde. Mit einem Appell an die Maurer Berlins, sich der Organisation anzuschließen, erfolgte der Schluß der Versammlung.

Die Filiale Berlin des Vereins der Lithographen, Steindrucker und Berufsgenossen hielt am 9. Mai eine außerordentliche Generalversammlung ab. Zunächst machte Kollege Schöpke die Mitteilung, daß bei der diesjährigen Reise 23 arbeitslose Mitglieder mit 6 Mark, in Summa 138 Mark unterstützt wurden. Sodann wurde beschlossen, am Himmelfahrtstage eine Herrenpartie nach Nischendorf zu arrangieren. Treffpunkt 6 1/2 Uhr am Brandenburger Thor. Zu der am 2. und 3. Juni stattfindenden Generalversammlung in Nürnberg wurden folgende Mitglieder gewählt: Nischke, Lithograph; Schöpke, Steindrucker; Brantigam, Prager, und Kofe, Schleifer. Ferner beschloß die Versammlung das zehnjährige Stützungsfest im Monat November zu feiern, und am 22. Juni in Weimanns Volksgarten ein Sommerfest zu arrangieren. Zum Schluß gelangte ein Antrag zur Annahme, der die Abschaffung der Altkorarbeit beschwor. Dieser Antrag soll der Generalversammlung unterbreitet werden.

Die Sattler beschäftigten sich in einer gut besuchten öffentlichen Versammlung, die sie am 11. d. M. in den Arminshallen abhielten, mit dem Verhalten der Arbeitgeber zur Sonntagsruhe und der bevorstehenden Militärarbeit. Wie Pörsch zum ersten Punkt ausführte, habe sich in jedem anderen Gewerbe die Sonntagsarbeit kaum derartig eingebürgert, wie in dem übrigen. Besonders seien es die Fuhrhalter, welche ihre Reparaturen an Wagen und Geschirren des Sonntags verrichten lassen und so die Sattlergehilfen zur Sonntagsarbeit zwingen. Die gesetzliche Einführung der Sonntagsruhe habe bis jetzt keinen oder nur sehr wenig Wandel geschaffen. Die verhassten Innungs-Kleintrauter, welche stets das große Wort „Gebung des Handwerks“ im Munde führen, preisen in erster Linie auf das Geiz und zwingen nach wie vor ihre Lehrlinge und Gehilfen zur Sonntags- und Ueberstunden-Arbeit. Die Organisation hätte es sich nunmehr zur Aufgabe gestellt, hiergegen energisch Front zu machen, bedürfe hierzu aber der thätlichsten Mithilfe aller Kollegen. Redner forderte die Kollegen auf, Mitteilungen über Umgehungen der Sonntagsruhe an seine Adresse (Nischdorf, Steinmeyerstr. 21) gelangen zu lassen. Dem Referenten wurde von allen Diskussionsrednern in jeder Beziehung beigegeben. Als Werkstätten, wo die Sonntagsruhe wiederholt umgangen worden sei, wurden genannt: Robert, Gesundbrunnen, Prager, Friedrichstraße, Hoflieferant Lippert, Charlottenburg und eine Firma in der Louisestraße. Bezüglich der Militärarbeit war Pörsch der Ansicht, daß die Sattlergehilfen selbst die Schuld tragen, wenn die augenblicklich günstige Konjunktur seitens der Organisation nicht genügend ausgenutzt werden könne. Weder die Redaktion der Fachzeitung, noch der Vorstand der Organisation sei rechtzeitig davon unterrichtet worden, daß sich in einigen Werkstätten bereits größere Aufträge von Militärlieferungen in Arbeit befinden. Wäre dies geschehen, dann hätte man der Frage einer Lohnbewegung näher treten können. Nach einer längeren Diskussion wurde beschlossen, genaue Nachfrage zu halten, wo und wie viel Militärarbeit zur Zeit ausgefertigt wird. Von diesem Resultat werden die weiteren Maßnahmen abhängen. Inzwischen sollte jeder Sattler seiner Pflicht eingedenk sich der Organisation anschließen.

Die Porzellan- und Galanteriewerker beschlossen in einer Versammlung am 11. Mai, beim Hauptvorstand in anbeacht der bisherigen Ergebnisse der Lohnbewegung die Aufhebung der Sperre zu beantragen. Durch eine eifrige Agitation soll versucht werden, die indifferenten Berufsgenossen zur Organisation heranzuziehen. Den Streikenden wird weiter eine Unterstützung von 20 M. zugesichert, und den freitragenden Porzellanarbeitern in Oesterreich 30 M. überwiesen. Sodann werden die Arbeiter ersucht, aus den einzelnen Werkstätten Vertreter zu den Vertrauensmänner-Sitzungen zu entsenden. Die nächste Sitzung findet am Montag, den 20. Mai, abends 9 Uhr, bei Streit, Rammfisch, 86, statt.

Der Verein der in der chirurgischen Branche Beschäftigten tagte am 30. April. Nachdem die Versammlung das Andenken des verstorbenen Mitgliedes Hoffmann in der üblichen Weise geehrt hatte, hielt der Genosse Krauß einen beifällig aufgenommenen Vortrag über das Thema: „Alter und Entziehung des Menschengeschlechtes“. Hieran gelangte der Kassenbericht zur Verlesung und wurden sodann einige Erfahrungswahlen des Vorstandes vollzogen.

Eine öffentliche Versammlung der Rifenmacher tagte am 11. Mai in den Arminshallen. Der Vertrauensmann Tschernig unterbreitete den Versammelten die Abrechnung vom 1. Quartal 1895. Die Einnahmen betrugen 33,90 M., die Ausgaben dagegen 77,30 M., so daß ein Defizit von 43,40 M. zu verzeichnen ist; der Bestand vom letzten Quartal 1894 belief sich auf 74,91 M. Abzüglich des Defizits vom 1. Quartal 1895 ist ein Generalbestand von 31,51 M. vorhanden. Die Sammlung unter den Kollegen, welche am 1. Mai arbeiten mußten, geschah auf Listen, und hatte bis dato ein Ergebnis von 75 Mark 85 Pfennig. Aus der Wahl eines Vertrauensmannes ging Kollege Tschernig hervor; zugleich wurde ihm die Vertretung in der Gewerkschaftskommission übertragen und als Vertreter der Kollege Fritz Forstner ernannt. Stehert, Schwanberg und Ziele bestimmte man zu Revisoren. Zur Frage der Barbierbewegung ging die Meinung der Versammlung dahin, daß die Geschäfte, die von der Arbeitererschaft zu berücksichtigen, oder aber diejenigen, welche zu meiden sind, bekannt gegeben werden müssen.

Zu den Differenzen in der Werkstatt bei Engel, der zuerst erklärte, sich auf nichts einlassen zu wollen, wurde konstatiert, daß er neuerdings seinen Bedarf an Arbeitskräften aus dem Arbeitsnachweis der Rifenmacher gedeckt, und das Versprechen abgegeben hat, auch in Zukunft so verfahren zu wollen. Die Verhältnisse in der Werkstatt bei Martin liegen derart, daß die Versammlung den Kollegen Müller beauftragte, am Montag früh Rücksprache mit seinem Chef zu nehmen, ihn zu veranlassen, die eingestellten Streikbrecher, vier an der Zahl, zu entlassen, und an deren Stelle von den arbeitslosen Rifenmachern die Plätze besetzen zu lassen, widrigenfalls Kollege Müller die Arbeit niederlegen wird. Müller ist der letztgenannten Firma momentan unentbehrliche Arbeitskraft, und hat als Zuschneider in der Martin'schen Werkstatt die notwendige Obliegenheit, den ungelerten Streikbrechern die nötige Anleitung zu geben, ihn hatte der Firmeninhaber kürzlich zu den geforderten Bedingungen eingestellt. Die Beratung über die zum Himmelfahrtstage nach Schulgenborn geplante Herrenpartie, Treffpunkt: Bahnhof Gesundbrunnen früh 7 Uhr, für Nachzügler 9 Uhr in Zegel, nahm noch geraume Zeit in Anspruch, so daß man einem Antrage zustimmte, wegen vorgerückter Zeit den letzten Punkt der Tagesordnung zu vertagen, und in der nächsten öffentlichen Versammlung als ersten Gegenstand zu behandeln. Da eine Lohnbewegung voraussichtlich unvermeidlich sein wird, erging an alle die Anforderung, sämtliches Material über Löhne, schlechte Ventilation in den Werkstätten, mangelhafte Beschaffenheit der Treppen etc. sowie sonstige Mißstände, Unregelmäßigkeiten unverzüglich dem Vertrauensmann mitzutheilen.

Eine Konferenz der zentralorganisierten Töpfer der Provinz Brandenburg trat am 12. d. M. in Berlin zusammen behufs Ausbau und Förderung der Organisation. Zur Verhandlung waren folgende Gegenstände gestellt: 1. Berichtserstattung über die Lage der Kollegen und der Organisationen in den einzelnen Orten. 2. Die Agitation. 3. Das Unterstützungs-wesen. 4. Kassen- und Beitragsverhältnisse. 5. Die Presse. Anwesend waren 18 Delegierte, vertreten folgende Ortschaften: Berlin, Nischdorf, Hünneberg, Hennigsdorf, Mühlenden, Belten, Frankfurt a. O., Köpenick, Brandenburg, Charlottenburg, Rathenow, Eberswalde, Freienwalde und Neuenhagen. Zum ersten Punkte der Tagesordnung nahm zunächst Jahnel-Berlin das Wort. Derselbe bezeichnete die örtlichen Verhältnisse als tieftraurige. Die Arbeitslosigkeit habe im höchsten Maße um sich gegriffen. Diese Nothlage habe sich das Unternehmertum zu nütze gemacht und den bestehenden Tarif „ungehört“. Der Zugang sei ein großer, die Zukünftigen zum größten Theile nicht organisiert. Die Organisation lasse leider auch zu wünschen übrig. Derselbe müsse auf jede Weise gestärkt werden. Die Berichtserstattung der Delegierten der übrigen Orte spiegelte im großen und ganzen dasselbe Bild wieder, wie es der Berliner Delegierte entworfen. Die wirtschaftliche Lage wurde von allen Orten als eine überaus schlechte bezeichnet und wurde infolge dessen auch überall über Mangel an Organisation geklagt. Beeinflusst werde dieselbe zum Theil durch das Unternehmertum, zum Theil durch die Lokalorganisation. Ueber Vorkommnisse wurde besonders von Brandenburg geklagt.

Ueber den zweiten Punkt „Agitation“ verbreitete sich sodann Kaulich-Berlin. Derselbe konstatierte, daß viele Filialen in bezug auf Agitation wenig oder gar nichts gethan, sich vielmehr ganz auf den Hauptvorstand verlassen haben, welcher gar nicht in der Lage sei, alles bewerkstelligen zu können. Die Filialen

müßten selber thätig eintreten. Das beste Agitationsmittel, das Flugblatt „Der Töpfer“, dürfe nicht unbenutzt liegen bleiben, sondern müsse die weiteste Verbreitung finden. Die Agitation von Haus zu Haus, von Mund zu Mund, müsse mit Eifer gepflegt, auch regelmäßig Versammlungen abgehalten werden. Zur Förderung der Organisation empfahl er weiter regelmäßige Berichtserstattung von den einzelnen Orten und möglichen persönlichen oder schriftlichen Verkehr der nahe bei einander liegenden Filialen (Zitälern), welcher letztere bisher gar nicht stattgefunden habe. Nach stattgehabter Diskussion stimmten die Delegierten einer Resolution zu, welche Kaulich beantragte und welche die von ihm angeregten Punkte zusammenfaßt. Beschlössen wurde ferner die Einberufung einer Agitationskommission für die Provinz Brandenburg. Die Konferenz bestimmte Schmidt-Neuenhagen, Hekner-Eberswalde und Wagner-Brandenburg, in Verbindung mit dem Zentralvorstande die Bildung der Agitationskommission zu bewerkstelligen. Der Punkt: „Unterstützungswesen“ wurde von Jahnel-Berlin behandelt. Derselbe freite in seinen Ausführungen auch die Nothwendigkeit der Arbeitslosen-Unterstützung und empfahl, diese Frage in den einzelnen Filialen gründlich zu diskutieren, damit der nächste Kongress Stellung hierzu zu nehmen in der Lage sei. Auch Kaulich ver sprach sich von dem Ausbau des Unterstützungs-wesens ohne Aufgabe des Charakters der Kampforganisation das Beste für die Organisation und wurde diese Meinung von allen Delegierten geteilt; insbesondere wurde der Arbeitslosenunterstützung das Wort geredet, wieweil die Schwierigkeit der Durchführung derselben in keiner Weise verkannt wurde. Folgende von Jahnel-Berlin beantragte Resolution fand Annahme: „Die heutige Konferenz erkennt die Nothwendigkeit der Arbeitslosen-Unterstützung an und verpflichtet jede Filiale, sich mit dieser Frage zu beschäftigen, damit der Zentralvorstand auf dem nächsten Kongress Material zur Stelle hat, um die Arbeitslosenunterstützung zu Stande zu bringen.“ Ueber Kassen- und Beitragsverhältnisse verbreitete sich Greier (Zentralvorstand). Derselbe regte eine einheitliche Beitragsmarke an und ersuchte Bericht über die Kassen- und allgemeinen Verhältnisse der einzelnen (25) Filialen. Kaulich verpflichtete die Delegierten, in ihren Filialen dahin zu wirken, daß die Beiträge streng statutenmäßig entrichtet werden, dann würden die Kassenverhältnisse eine wesentliche Verbesserung erfahren. Wegen einer Herabsetzung der Beiträge sprachen sich die meisten Delegierten aus, im Gegentheil wurde eher eine Erhöhung der Beiträge für wünschenswert erachtet, um die Organisation leistungsfähiger zu machen. Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Zum Punkt „Presse“ sprach Babel-Berlin (Redakteur des Fachorgans). Derselbe erläuterte die Bedeutung der Fachpresse und forderte zur regsten Unterstützung des Fachorgans auf. Das alseitige Streben müsse darauf gerichtet sein, das Fachorgan wie früher wieder wöchentlich erscheinen zu lassen. Zur Annahme gelangte eine von ihm beantragte, im Sinne seiner Ausführungen gehaltene Resolution, in welcher die einzelnen Filialen auch verpflichtet wurden, regelmäßig Berichte einzusenden. Als letzter Punkt wurde seitens der Konferenz der eingangs angeführten Tagesordnung „Verschiedenes“ angefaßt. Die Verhandlungen über diesen Punkt waren ohne wesentliches Interesse. Alseitigster Beachtung wurde das Flugblatt der Dresdener Kollegen empfohlen.

In einer öffentlichen Versammlung der Stilmacher, die am 12. Mai tagte, sprach Genosse Mehner in einem interessanten Vortrag über die Entziehung der wirtschaftlichen Kräfte. In der Diskussion wendete sich ein Arbeitgeber gegen eine Verkürzung der Arbeitszeit. Die Einwendungen dieses Redners werden von dem Referenten unter alseitiger Zustimmung der Versammlung eingehend widerlegt. Hieran unterbreitete die Agitationskommission die Abrechnung. Diese ergab eine Einnahme von 51,20 M. und eine Ausgabe von 39,10 M. — Die nächste Vereinsversammlung findet am 19. Mai, Rathenowstr. 41, statt.

Nischdorf. Der Deutsche Metallarbeiter-Verband beschäftigte sich am 12. Mai in einer gut besuchten Versammlung mit dem Bericht über die letzte Generalversammlung. Da von den Delegierten niemand erschienen war, übernahm das Mitglied Wiehag das Referat. Die weiteren Verhandlungen betrafen lediglich interne Angelegenheiten. Am Himmelfahrtstage ist ein Ausflug geplant. Treffpunkt 7 Uhr Nischdorfer Bahnhof.

Erfüllt die Eisenbahnverwaltung die berechtigten Wünsche der Arbeiter? Der Abg. Zubeil, der diese Frage in der Volksversammlung vom 13. Mai behandelte, wies unter dem Beifall der Zuhörer darauf hin, daß in keiner Beziehung die Beförderung auf den deutschen Bahnen in den letzten Jahren dem entspricht, was die arbeitende Bevölkerung billigerweise erwarten kann. Redner ging darauf näher ein, daß die Entwicklung unseres Eisenbahnwesens mit der Entwicklung und dem Wachsen der Bevölkerung durchaus nicht gleichen Schritt gehalten hat. Der Fahrgast eines gewöhnlichen Zuges hat in der Regel doppelt so lange Fahrzeit wie der In-fasse des Harmonika-Zuges; das gleiche Mißverhältnis prägt sich auch in der Behandlung der Passagiere durch das Zugpersonal, das damit allerdings nur seiner Instruktion gemäß handelt. So oft die Polizei in den Fernbahnen, Omnibus- und Straßenverkehr regulierend eingreift, so sehr läßt sie ihre gewohnte Schnelligkeit vermissen, wenn einer Ueberfüllung der Waggons (z. B. auf der Stadtbahn während der Sonn- und Feiertage) vorbeugehen wäre. (Beifall.) Der Redner bespricht die mannigfachen Mißstände, bei denen eine billige, schnelle, menschenwürdige Beförderung zur absoluten Nothwendigkeit wird, und folgert, daß mit Rücksicht auf die vortrefflichen Erfolge, die Ungarn, Rußland etc. mit seinen Tarifen erzielt, von einem Mißstand bei Ausdehnung des Jönentaris auf alle Strecken gar nicht geredet werden könne. Zweck der Versammlung sei, die Agitation für eine höchst notwendige Eisenbahnreform in die Massen zu tragen; es müsse den maßgebenden Faktoren gezeigt werden, daß die arbeitende Klasse auch das Recht beansprucht, auf anständige und bequeme Art zu billigen Preisen befördert zu werden, so wie das den In-fassen der ersten Klassen schon gewährleistet ist. (Beifalliger Beifall.)

Töpfer Hoffmann zeigte an einigen Beispielen die Benachteiligung der Inhaber von Wochenkarten der Stadt- und Ringbahn gegenüber den Passagieren, die Monatskarten besitzen; ebenso ergänzte die nachfolgenden Redner, die Herren Moritz und Heymann, das Referat. Als das Karneval, das angefangen... stellte sich der bekannte Dr. Engel, der Verfasser des „Jönentaris“, der Versammlung vor. Das werthvolle Material, das der Redner zur Beurteilung der Rückständigkeit unserer Eisenbahn-Verwaltung beibrachte, wurde von der Versammlung alseitig zustimmend entgegengenommen. Er rechnete vor, daß in Preußen Deutschland die Mehrheit der Bevölkerung bis in die Mittelklasse hinauf systematisch von der ausgiebigen Benutzung der Eisenbahn ferngehalten wird und kritisierte die Zurückhaltung der Eisenbahnverwaltungen von jeder Reform, die volkswirtschaftlich und finanziell günstig wirken könnte. Seiner Ansicht nach sollte der Berliner Jönentaris bis auf 25 Kilometer im Umkreise ausgedehnt werden. Gegen die weiteren Ausführungen des Dr. Engel, die Wohnungsfrage betreffend, polemisierte der nächste Redner, Uhrmacher Wagner, der auf die Gründe einging, die den Jönentaris veranlassen, die Augen gegen die offensibaren Vorteile der Verbilligung der Tarife zu verschließen. Am Schluß der Verhandlungen nahm die Versammlung mit Einstimmigkeit die nachfolgende Resolution an:

Die für die Personenbeförderung auf den Eisenbahnen bestehenden Einrichtungen sind eine schwere Benachteiligung der ärmeren Bevölkerungsschichten gegenüber der wohlhabenderen Bevölkerung. Die für weitere Reisen ganz unerschwinglichen Fahrpreise schließen die Minderwohlhabenden von der Benutzung dieses wichtigen Kulturmittels fast gänzlich aus. Sie machen

den Eisenbahnen die Erfüllung der ihnen obliegenden sozialen Aufgaben unmöglich; sie verhindern eine gründliche Besserung der großstädtischen Wohnungsverhältnisse; sie entziehen die Eisenbahnen einer ausgiebigen Benutzung der Arbeiter zur Auffindung von Arbeitsgelegenheit; sie erschweren den Arbeitern die Wiederherstellung ihrer Gesundheit und die Befriedigung ihres Erholungsbedürfnisses an den Sonntagen; sie stehen einer freien Entwicklung und einem kräftigen Aufschwung des gewerblichen Lebens hindernd im Wege. Die Arbeiter empfinden die jetzigen Eisenbahnzustände als eine schwere Ungerechtigkeit. Es ist deshalb eine dringende Forderung aller Klassen der ärmeren Bevölkerung ohne Unterschied der Parteien, daß die Eisenbahnen ihnen zu einem erschwinglichen Preise zur Verfügung gestellt werden. Sie halten sich zu dieser Forderung um so mehr für berechtigt, als vernünftige Tarifermäßigungen nach allen bisherigen Erfahrungen nicht etwa Mindererinnahmen, sondern vielmehr sehr günstige finanzielle Erfolge herbeigeführt haben. Die heutige zahlreiche Versammlung in Louis Keller's Präzedenz richtet deshalb an alle Parteien die Aufforderung, mit mehr Nachdruck als bisher die Eisenbahn-Verwaltungen zur Erfüllung ihrer sozialen Pflichten anzuhalten. Sie erwartet von allen Volksvertretern, daß sie in den Parlamenten für die Befreiung der jetzigen schreienden Uebelstände im Eisenbahnwesen energig eintreten werden.

Vermischtes.

„Morgenstunde hat Gold im Munde.“ Das „British Medical Journal“ glaubt nicht an das altenglische Sprichwort: „Early to bed and early to rise, makes a man healthy, wealthy and wise“, eine Variante unseres „Morgenstunde hat Gold im Munde!“ Die Fachzeitschrift hält vielmehr das frühe Aufstehen, besonders für den Städter, für höchst ungesund. „Da werden wir mit allerhand transszendentalen Theorien abgepeist: über den belebenden Einfluss der Sonne, man hält sie die Vögel des Himmels und die Thiere des Feldes vor, soweit sie nicht Nachthiere sind. In der That aber ist die Physiologie gegen die Theorie des Frühaufstehens. Das physiologische Experiment zeigt, daß der Mensch nicht am besten und schnellsten in den Frühstunden, sondern im Gegenteil um die Mittagszeit arbeitet. Der Wunsch, früh aufzustehen, ist, angenommen bei denjenigen, welche von früher Jugend an im Freien arbeiten, gewöhnlich nicht ein Zeichen der Charakterstärke und Kräftigung des Körpers, sondern des zunehmenden Alters. Die Alten schlafen viel, aber nicht lange. Ein langer, tiefer Schlaf, der Schlaf der Jugend, erfordert ein elastisches Gefäßsystem. Die feineren Gefäße des Alters werden nicht so von den vasomotorischen Nerven beherrscht. Daher kürzerer Schlaf. Der Familienvater, welcher um 11 Uhr abends zu Bett geht und um 5 oder 6 Uhr morgens aufsteht, hält seinen kräftigen und gesunden Sohn, welcher bis 8 Uhr im Bette bleibt, für einen Faulenzer. Wenn zu der Anwendung des „healthy and wealthy“ nun noch das andere Sprichwort hinzukommt, welches besagt,

daß ein Mann sechs, eine Frau sieben und ein Narr acht Stunden schlafen soll, so entsteht ein Schlem, welches unter jungen Leuten nur Schaden anrichten kann. Wenn unsere Vorfäter früh aufstanden, so gingen sie eben auch früh zu Bett. Unsere jetzige Generation sollte allerdings das Frühzuletztgehen nicht unterlassen.“

Ueber eine schwere Schiffskollision wird aus Brest vom Montag berichtet: Heute Nacht fand bei der Insel Sein ein Zusammenstoß zwischen zwei englischen Dampfern statt. Das eine, „Esmerald“ überbrachte die „Maritana“, welche mit Erz beladen, nach Hamburg gehen wollte. Die „Maritana“ sank nach einigen Minuten. Von 19 Mann der Besatzung fehlten 11 Mann. Der Dampfer „Maritana“ gehörte der Firma Gulleford und Clark zu Sunderland. Bei der Kollision wurden vier Mann der Besatzung verletzt. Dem Dampfer „Esmerald“, welcher von Ardrossan (Schottland) nach Bilbao unterwegs war, ist bei dem Zusammenstoß der Bug eingedrückt worden.

Zu Langengettenbach (Ober-Bayern) wurden am Montag durch Einstürzen einer Rieswand 16 Personen verschüttet. Ein Arbeiter und eine Dienstmagd blieben sofort todt, einem Arbeiter wurde der Brustkorb zerquetscht. Mehrere Personen erlitten Arm- und Beinbrüche.

Eisenbahnunglück in Frankreich. Ein mit Reisenden besetzter Zug stieß Montag Abend in der Nähe von Nantes, Departement Seine-et-Oise, auf mehrere leere Waggon; bei dem Zusammenstoß wurden 2 Personen getödtet, 6 leicht verwundet.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, den 15. Mai, Opernhaus. Der Barbier von Sevilla. Schauspielhaus. Der Neufur. Deutsches Theater. Weh' dem, der lügt. Berliner Theater. Die Käferschule. Fassung-Theater. Madame Bonivard. Neues Theater. Die Wildente. Schiller Theater. Don Carlos. Alexanderplatz-Theater. Durchgegangene Weiber. Adolph Ernst-Theater. Madame Suzette. Central-Theater. Figaro bei Hof. Friedrich-Wilhelmstadt. Theater. Der Obersteiger. Residenz-Theater. Fernand's Ehekontrakt. National-Theater. Die lebende Brücke. Im Garten Or. Konzert und Spezialitäten-Vorstellung. Theater Unter den Linden. Dorothea. Mund um Wien. Deutsches Volkstheater. Familie Schnabel. Apollo-Theater. La Pace (Der Flob). Reichshallen-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. American-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater.

(Wallner-Theater.) Mittwoch, 15. Mai, abends 8 Uhr: Don Carlos. Donnerstag, 16. Mai, abends 8 Uhr: Der jündende Funke und Der Sevensessel.

National-Theater.

Große Frankfurterstraße 132. Direktion: Max Samst. Nur noch 3 Aufführungen! Casspiel der amerikanischen Gesellschaft William Calder.

Die lebende Brücke.

Großes Sensationschauspiel mit Musik in 4 Akten (11 Bildern), nach dem Englischen von Sutton Vane, übersetzt von H. Schwab. Dirigent: Adolph Wiedescko. Elektr. Beleuchtungseffekte v. Lafovsky. Regie: Max Samst. Aufführung 5 Uhr. — Anfang des Konzerts 6 Uhr, der Vorstellung 7 1/2 Uhr. Morgen: Dieselbe Vorstellung.

National-Theater-Garten:

Großes Concert und Spezialitäten-Vorstellung. Die Theaterbesucher haben freien Zutritt zum Volksgarten.

Central-Theater

Alte Jakobstraße Nr. 30. Novität! Zum 12. Male: Novität! Unter artistischer Leitung des Herrn Adolf Brahl vom königl. Gärtnerplatz-Theater in München: Figaro bei Hof. (Boccaccio.) Operette in 3 Akten (nach Beaumarchais' Remairen) von Bohrmann-Riegen. Musik von Alfred Müller-Norden. Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Adolph Ernst-Theater

Letzte Aufführung! Madame Suzette. Vaudeville-Posse in 3 Akten von Debonnant. Musik von Edmund Audran. In Szene gesetzt von Adolph Ernst. Anfang 7 1/2 Uhr. Wiedereröffnung: 16. August.

Köpenick, Rosenstr. 114.

Exposition des „Vorwärts“, „Volkblatt“ und „Sozialdemokrat“. 11109 F. Richter.

Volksgarten

(ehem. Weimann's Volksgarten) Gesundbrunnen. Badstr. 56. Direktion: Max Samst. Am Donnerstag, den 16. Mai 1895: Eröffnung der Sommeraison. Gr. Konzert u. Spezialitäten-Vorstellung. Aufführung von Schwänken, Possen und Schauspielen. Am Sonnabend, den 18. Mai cr.: Großer dreifacher Ringkampf zum Abschiedsbeneiz für den Meisterschaftsringler Ernst Rooha mit dem Herrn Abs II aus Hamburg (Pohl), Paul Paetke und Conrad Lux.

Reichshallen.

Im prachtvollen Garten Täglich: Humoristische Soiree der Norddeutschen Quartett- u. Couplet-Sänger Hoffmann, Wolff, Führmann, Walde, Horst, Weh u. Freische. Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf. Reservierter Platz 50 Pf. Sonntags: Anfang 7 Uhr. Entree 50 Pf., ab 9 Uhr 80 Pf.

Kaufmann's Variété.

Königsstrasse, Kolonnaden. Täglich: Neumann-Bliemchen's Leipziger Vaudeville-Gesellschaft: Neumann, Wilh. Wolff, Horvath, Gipner, Lemke, Feldow und Ledermann. Novität! Novität! Zur Umfurnvorlage. Zeitgemäße Posse v. W. B. Wolff. In der Posse! Die Wachtparade! Theater-Claqueur! Bliemchen in Berlin. Bomben-Erfolg! Anfang Wochen. 8 Uhr. Eintritt 30 Pf., Sonntags 1/28 Uhr.

Passage - Panopticum.

Neu! Eine Fahrt auf dem Golf von Neapel. Castan's Panoptikum. Ein Flug durch die Luft! Chamly's mysteriöse Katakombe. Reichskanzler Fürst Hohenlohe.

Urania

Anstalt für volksthümliche Naturkunde. Am Landos-Ausstellungspark (Lehrter Bahnhof). Geöffnet von 5-10 Uhr. Täglich Vorstellung im wissenschaftlichen Theater. Näheres die Anschlagzettel.

Pa. Angler Hof-Käse

ca. 9 1/2 Pfd. pr. Nachnahme 3,50 M. fr. J. Graumann, Schleswig, Stadtfeld.

Arbeiter Berlins! Die Fabrikate der ausgesperrten Schuhmacher in Erfurt werden jetzt, außer in den bekannten Verkaufsstellen, in den eigenen Niederlagen Bellealliancestr. 93/99 und Rosenthalerstr. 63/64 in vorzüglichster Beschaffenheit zu den billigsten Preisen verkauft. Wir bitten um durch reichliche Einkäufe zu unterstützen. 2290L* Deutsche Schuhfabrik G. Markus & Co.

Halb und Halb. Mamppe mit Pomeranzen. Feinste Likörmischung. Champagnerflasche Mark 1,25. Carl Mamppe Berlin, Veteranenstr. 24. Ueberall zu haben!

Armin-Hallen

Kommandantenstraße Nr. 20 Säle und Vereinszimmer von 20-600 Personen. NB. Noch einige Sonnabende und Sonntage zu vergeben.

Herm. Ramlow's

Weiss- u. Bairisch-Bierlokal. Zwei neu renovierte Kegelbahnen. Vereinszimmer. 135 Schönhauser Allee 135.

Badesalze

Staßfurter, fein gemahlen, in Säcken von 25 Kilo, 50 Kilo, 100 Kilo, frei Haus zu 1,50 M., 2,50 M., 4 M.

Niederlage der Vereinigten

Staßfurter Salzwerke, SW., Lindenstraße 12.

Achtung, Gewerkschaften!

Große Räume stehen den geehrten Gewerkschaften (passend zur Zentralherberge) zur Verfügung. E. Siegemund, Berlin, C. Alexanderstr. 11. Auch werden Zahlstellen gerne angenommen. 29412

Eispinden, Tafelwagen,

Jordan, Kleine Markusstr. 28.

Lawn-tennis-Schuhe

Nachfabrer, Turn- u. Reiter-Schuhe mit Gummi-Sohle, Gummi-Züchdecken, Gummischläuche etc. zu billigen Fabrikpreisen empfiehlt O. Lietzmann, Gummiwarenfabrik, 42839 Rosenthalerstr. 44.

Männer-Gejungsverein

für besseren Gesang sucht nur gute erste Tenöre. Jeden Freitag Übungskunde bei Koch, Lessingstr. 28. 11046

Die Keuserung gegen Springborn

nehme ich hiermit zurück und erkläre ihn für einen Ehrenmann. D. Hentschel.

Linoleum

von Nirdorfer Linoleum-Fabrik habe ich wiederum von der Magdeb. Feuer-Verf.-Ges. erstanden und wird dasselbe: Läufer, Treppenplatten, Stuckwaare bedruckt u. glatt zu enorm billigen Preisen abgegeben. Verkaufsstelle: Ostbahnhof, Personenhalle, Raum 6, Eingang Rüdorsdortstrasse. J. Weiss, Partiwaaeren-Handlung, Berlin, Kaiser Wilhelmstr. 17.

Gold- und Silberwaaren.

A. Barnick, Grünauer Weg 112, part. 1. Eig. Repar.-Verfakt f. Uhren, Gold- und Silberwaaren.

Bettfedern,

reine Gänsefedern à Pfd. Frau Glaser, Prenslauer Allee 10.

Köpnicker Baj- u. Plättanfall

von N. Lanrich, Charlottenstr. 21, empfiehlt sich den geehrten Herrschaften Berlins und Umgegend zur Beforgung von Haus- und Leibwäsche zu folgenden 24502 Preisen: Bett- und Leibwäsche à Stück 10 Pf. Handtücher, Servietten, Taschentücher 4 Stück 10 Pf.

Teilzahlung.

Monat. v. 10 M. an liefert elegante Anzüge nach Maass Comporowski, Schneidermeister, Berlin O, Jüdenstr. 37 I.

Volkerföhle.

2 neue, zu Schlaf- u. Pannelsopha pass., sind billig zu verk. Gitchinerstr. 32, 1 Tr. rechts. 11026

Die ergebene Anzeige,

daß ich am Donnerstag, den 16. d. M. Stettinerstraße 20 ein Weiss- u. Bairisch-Bierlokal mit Vorgarten u. Vereinszimmer neu eröffne. Hierzu erlaube ich mir, meine alten Bekannten u. Freunde nebst Familien ergebenst einzuladen. 11015

Gute Brotstelle.

Grüntramsgeß, neue Rolle, Brottrocken und Bier, best. Mische, auch Draußenhand polizeilich bewilligt, unshaltbar sofort billig zu verkaufen. Wänerstraße 33 B. 11076

Schlafstelle verm. Dehler,

Andreasstr. 24. Freundl. Schlafstelle für 2 Herren. Mantelstr. 97 v. 8 Tr. Greulich.

Unerreicht billig!!!

Steppdecken, reine Wolle in allen Farben 160 + 200 cm das Stück 5 M. 50 Pf. Otto Büchler, Berlin C., Königstr. 26, Ecke Klosterstr.

Auktion Donnerstag, den 16. Mai,

11 Uhr vormittags: 100 Kisten Konserven und Dörrgemüse, circa 100 Stück gezwirnte Buckskins für Anzüge und Hosen, vorher die täglichen regelmäßigen Zufuhren an Wild, Butter, Spargol etc. Sandmann's Auktions-Halle, Berlin, N. d. Stadtbahn 36.

Wo kaufen Sie?

eine gute Zigarre? Laufigerplatz 1 bei Binneböse.

Sargmagazin

u. Veredigungskontoir, Schuhmacher (fr. 140 im Keller) jetzt Söwinmunderstr. 142, im Laden.

Damen- u. Mädchen-Mäntel-Fabrik

22018* von J. Salomonsky, Badstr. 18, Ecke Stettinerstraße, empfiehlt sein großes Lager in Damen- u. Mädchen-Mäntel zu billigen, aber festen Preisen. J. Salomonsky, Badstrasse 18, Ecke Stettinerstraße.

Billigste Schuhwaaren aller Art

im Einzelverkauf zu streng realen Engros-Preisen namentlich für Leder des „Vorwärts“. Rosenthal, Landsbergerstr. 76 I.

14 Resterhandlung 14

für Herren- und Damenstoffe, Reste für Kinder-Anzüge von 1 Mark an. C. Joch, Pallasadenstrasse 14 part.

Arbeitsmarkt.

Gummi-Arbeiter geübt in technischen Weichgummi-Artikeln, Formmaschinen, finden dauernde und lohnende Arbeit. Gläser & Gross Gartenstr. 107/68.

Musik-Instrumenten-Arbeiter.

Die Piano-Fabrik von Giese, Reineke & Co. (Genossenschaft) Dieffenbacherstr. 38, ist für alle Branchen gesperrt. Zugang ist strengstens fern zu halten. 2054*

Die Werkstat-

Kontroll-Kommission. Ich suche für meine Wäschefabrik einen Oberhemden-Zuschneider welcher selbständig arbeitet u. Muster nach Maßnehmen entwerfen kann. Gehalt bis 150 Mark pro Monat. Reisekosten werden vergütet. Bielefeld.

Hermann Breden.

Flotte Maschinen-Mäherin, ein Behr-mädchen, sofort verlangt. Füllner, Schönhauser Allee 60. 10996

Ein Verklärer auf Reisen verlangt.

Schulz, Nirdorf, Berlinerstr. 71, G. pt.

Steinme u. Schriftwahrer verl.

Herrnberg u. Seemann, Friedrichstr. 217. Meld. Bur. Lindenstr. 116, II. Herrnberg.

Deutscher Holzarbeiter-Verein.

Zahlstelle Berlin.

Vertrauensmänner-Versammlung.

Osten und Nordosten: **Donnerstag, den 16. Mai, abends 8 1/2 Uhr,** bei Gold, Gr. Frankfurterstraße 133.

Tages-Ordnung:

Besprechung von Werkstattangelegenheiten.

Die Kollegen werden ersucht, durch Vertrauensmänner recht zahlreich sich vertreten zu lassen.

Für den Osten ist bei Lange, Elisabethstraße 65, eine neue Zahlstelle errichtet. 240/17

Wichtig! Brauerei-Arbeiter! Wichtig!

Am **Mittwoch, den 15. Mai, abends 8 1/2 Uhr,** in Keller's Festsaal (oberer Saal), Koppenstraße 29: **Gr. öffentl. Brauereiarbeiter-Versammlung.**

Tages-Ordnung:

1. Bericht und Neuwahl der Agitationskommission. 2. Diskussion. 3. Anträge betreffs der Arbeitsnachweise. 1092b
Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert es, daß sämtliche organisierte Brauerei-Arbeiter anwesend sein müssen.

Verband aller in der

Metallindustrie beschäftigten Arbeiter

Berlins und Umgegend.

Am **Mittwoch, den 22. Mai, abends 8 1/2 Uhr,** im Kösliner Hof, Köslinerstraße 8, und **Donnerstag, den 23. Mai (Himmelfahrt), abends 7 Uhr,** in Keller's Festsaal, Koppenstr. 29:

Geselliges Beisammensein mit Damen

An beiden Abenden:

Vortrag des Herrn **Reinhold Gerling**: „Der Hypnotismus und seine Anwendung in der Medizin und Erziehung“. Billets à 10 Pfg., nur für Mitglieder und deren Frauen, sind bei den Kassieren, den Vertrauensleuten, und im Arbeitsnachweis Annenstr. 39 zu haben. 194/14

Der Vorstand.

Bildhauer!

Donnerstag, den 16. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant **Schneider, Annenstr. 16:**

Oeffentliche Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen **Schleikjer** über: „Gerhard Hauptmann's Weber und ihr Verhältnis zur Sozialdemokratie“. 2. Wahl eines Beisitzers und Revisors zur Kommission. 3. Bericht über die Vorarbeiten zur internationalen Konferenz und Wahl eines Delegierten. 4. Bericht des Delegierten der Gewerkschaftskommission und Verschiedenes. 73/2
Um pünktlichen und zahlreichen Besuch bittet Die Kommission.

Allgemeiner Verein der Löpfer und Bernissen. Deutschlands (Zentrale Berlin).

Ordentliche General-Versammlung

am **Donnerstag, den 16. April, abends 6 Uhr,** im Saale des Herrn **Wernau, Rosenthalerstr. 57.**

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Vorstandes und Neuwahl. 2. Ergänzungswahl des Zentralvorstandes. 3. Berichterstattung von der Konferenz der Brandenburger Löpfer. 4. Vereinsangelegenheiten.

Der Vorstand.

Meinen werthen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß ich am 1. Mai d. J. mein neues Lokal

Brenzlauer Allee 207, Ecke Franzosstraße,

eröffnet habe und wird es mein Bestreben sein, immer mit guten Speisen und Getränken aufzuwarten.

Auch stehen bei mir zwei Vereinszimmer zur Verfügung. **A. Goldbach, Gastwirth.** 1098b

Soeben erschien:

Arbeiter-Verkehrs-Almanach

für Berlin und Umgebung.

Mit einem Plan der Umgegend von Berlin. — Preis 20 Pfg.

Sommer-Ausgabe 1895.

Zu beziehen durch alle Partei-Buchhandlungen, Kolporteurs und Zeitungspediteure, sowie vom Verleger **Hans Baake, Berlin S., City-Passage.**

Butter, Kaffee,

denkbar in stets frischer, natürlicher Mischung von täglich frisch, köstlichem Geschmack und Aroma, à Pfd. 1,00 u. 1,10 M. sowie alle Kolonialwaren und Mühlenfabrikate in bekannter Güte empfiehlt **H. Fiebach, 12 Schwedterstr. 12, Fernspr. III 3117, vis-à-vis Templinerstrasse. II. Geschäft: Chorinerstr. 66.** NB. Bitte genau auf meine Firma zu achten, da mein früherer Hauswirth in den von mir innegehabten Räumen ein Geschäft eingerichtet hat.

Dr. Thompson's Seifenpulver

ist das beste und im Gebrauch billigste und bequemste

Waschmittel der Welt.

878M

Streifjammung.

Bei dem Vertrauensmann der Holzarbeiter **Berlins, E. Wiedemann, Annenstr. 39,** gingen folgende Beiträge für die streifenden Knopfarbeiter in Schmälen ein:

Modellsticherei Lulas, 2. Rate, 4.15. Werkst. Dräger 2.20. Werkst. Treue, Wienerstr. 44, 8.50. Bezirksverei. bei Nordfeld, Schönhauser Allee, 8.40. Werkstelle Edert, Zahlstelle 32, 8.50. Wirtenmach, Wintelmänn 1.20. Werkstelle Kraak, Ruppinerstr. 5, 7.—. Werkst. Voigt, Weberstr. 3, 5.30. Werkstelle Carl Müller, Blücherstr. 35, 12.—. Werkst. Gareis, Reichenbergerstr. 2.—. Werkst. Krüger, Reichenbergerstr. 30, 3.25. Bezirksverei. Rosenhauer und Schönhauser Vorstadt 9.50. Werkstelle Brufe u. Schmidt, 2. Rate, 1.90. Werkst. Voigt u. Gremer, Alte Jakobstraße 20, 9.55. Werkst. Vennig u. Jährl, Zwinger reitigen, 1.50. Allg. Elektricitäts-Gesellschaft 9.70. Stadtfabrik Ernst Heuer 13.—. Werkst. Stöckel, Blücherstr. 12, 3.25. Verein f. Wahr. der Interessen der Knopfarbeiter und Arbeiterinnen Berlins 50.—. Berlin, den 14. Mai 1895. 240/18 **E. Wiedemann.**

Knaben-Garderobe.

Größte Auswahl, für jedes Alter passend. Preise durch Selbstfabrikation äußerst billig. Werkstatte im Hause.

Eduard Freitag, Andreasstr. 35,

2428E* schräg über der Markthalle.

Kindergarten-Bazar
Max Brinner, Jernalemerstr. 42 am Donhoffplatz und **Grannenstraße 6.** Großartig. Auswahl von Kinderwagen, Puppenwag., Sportwagen billigst. Viele Anerkennungen, bestes Fabrikat. — Musterbuch gratis. 2 beizahlungen gestattet.



Herrn-Hüte 1,25

Einsegnungs-Hüte 85 Pf. neue Façons verkauft das Fabrik-Comptoir, jetzt Barnimstr. 4 u. 5 I.

66. Resterhandlung. 66

Billig Reste zu Knaben-Anzügen von 1 M. Große Anzüge von 7 M. an bis zum feinsten Kammgarn, auch pass. zu Einsegnungs-Anzügen. Große Auswahl in Paletotstoffen, sowie zu Herbst-, Herbst- und Sommermänteln, Jaquets, Plüsch, Atlas, Seide, Sammt u. Spitzen. Auf Wunsch alles zugeschnitten, auch angefertigt. Fertige Knaben-Anzüge. **66. Karle, Waldemarstrasse 66.**

Sophaplüsch = Reste =

in glatt, gepreßt und gewebten Qualitäten, auch echt Feise und Moquet, enthaltend 6 bis 22 Meter.

Spottbillig! Muster franco! Adgerahnte Satteltaschen sehr hochlegante und billig. **Emil Lefèvre, Berlin S., Oranienstr. 158.**

Knaben-Anzüge sehr billig. **854b* Hoffmann, Veteranenstr. 14.**



„Crispin“

Oranienstrasse 50 (zwischen Moritz- und Oranien-Platz).

In unserer Werkstatt, **Oranienstrasse 50,** kann in besonders zu diesem Zwecke eingerichteten komfortablen Warteraum auf das Besohlen von Schuhen und Stiefeln, das

ca. 20 Minuten dauert, gewartet werden.

Bei Bestellung durch Packetfahrt- oder Postkarten wird das zu reparierende Schuhwerk möglichst sofort nach Erhalt der Bestellung durch unsere Ausläufer oder Velozipedisten abgeholt und allerschnellstens möglichst nach wenigen Stunden die fertige Reparatur abgeliefert. Für die Beförderung wird nichts berechnet. Annahme von Trinkgeldern ist streng untersagt. Unsere Angestellten sind mit Legitimation versehen, und erhalten Sie für jede Zahlung und Annahme von Reparaturen Quittung mit Firmestempel. **Annahmestellen:** Bellealliancestrasse 58/59. Rosenthalerstrasse 63/64. Weitere Annahmestellen werden noch bekannt gegeben.

Die Frau und der Sozialismus.

Soeben erschien die fünfundzwanzigste Auflage von **August Bebel:** **Die Frau und der Sozialismus.** Fest-Ausgabe. Komplet in 10 Heften à 20 Pfennig. Zu beziehen durch alle Kolporteurs.

Ausstellung Italien in Berlin. Täglich: **Maestro Gialdini** mit seinem weltberühmten Symphonie-Orchester aus Mailand. 12 Italien. Sänger- u. Musikchöre. Das American-Theater mit Bendix. Ausstellung hochinteressanter italienischer Industrien. Italienisches Volksleben. Auf dem Canale grande großer Gondel-Corso und Produktion der berühmten neapolitanischen Perlensucher. Die Ausstellung ist von 10 Uhr früh bis 12 Uhr Nachts geöffnet. Entree 50 Pf. Bei Regenwetter gewähren die Ausstellungsgebäude boquom Schutz und Aufenthalt für 12000 Personen. Vom 1. Mai an sind Saisonkarten pro Person à 10 M. an der Kasse der Ausstellung und im Invalidentank Unter den Linden Nr. 24 zu haben.

Schweizer-Garten Am Königsthor — Am Friedrichshain. Jeden Sonntag **Gr. Theater u. Spezialitäten-Vorstellung.** Volksbelustigungen aller Art. Im neuen Saale **BALL.** Anfang 4 Uhr. Entree 30 Pfennig. An den Wochentagen ist das Etablissement an Vereine, Gesellschaften zur Abhaltung von Sommerfesten zu vergeben.

Spree-Havel

Dampfschiffahrts-Gesellschaft „Stern“

empfehlen ihre vollständig neu renovierten mit komfortablen Kajüten ausgestatteten **32 Salon-Dampfer** jeder Grösse bis zu 400 Personen fassend nach sämtlichen Plätzen der Oberspree, Dahme, Unterspree und Havel.

Wir erlauben uns besonders darauf hinzuweisen, daß wir die Ver- mietungspreise so ermäßigt haben, daß eine Dampferpartie den verehr- lichen Vereinen und Gesellschaften das annehmbarste und billigste Transportmittel geworden ist, billiger als Eisenbahn und Bremer. Aufträge nehmen an und ertheilen bereitwilligste Auskunft unsere Bureau's:

Berlin SO. Brückenstrasse 13. I Tr. Fernspr. Amt VII. 1025.
Potsdam Lange Brücke, Dampferstation Fernspr. Nr. 124.

Maitrank

frisch, angezeichnet à Flasche 60 Pf. incl. 10 Bl. M. 5.50. Johannisbeerwein, herb. Bl. 60 Pf. Desertwein, süß. Bl. 75 Pf. Stachelbeerwein, ganz vorzüglich, Flasche M. 1.—.

Echt Stonsdorfer Likör

à Str. 1.20, 5 Str. 5.50, 10 Str. 10.—, 50 Str. 47 1/2, 100 Str. 90.—. Echten alten Nordhäuser Etrf. M. 1.10, 5 Liter à M. 0.90. Berliner Getreide-Rümel Etrf. M. 1.10, 5 Liter à M. 0.90. Himbeer-, Kirsch-, Johannisbeersaft, vorzüglich, Etrf. 1.30. Medizin. Ungarwein, beste Qualität, à Literflasche M. 2.10. Empfehlen und senden einzelne Flaschen frei Haus Berlin.

Eugen Neumann & Co.,

Oranienstr. 8, Genthinerstr. 20. **Potsdam, Waisenstr. 27.**

Möbel, Spiegel- u. Polsterwaaren.

Gr. Auswahl in Aufbaum- und Mahagoni, billigste Preise nur per Kasse, im Speidiger **O. Schmidt, Berlin N., Gartenstrasse 52 u. 56**

Künstl. Zähne

2 M. Vollst. schmerzlos. Zahnziehen 1 M. Plomben 1.50 M. Rep. 20f. Theilz. Zahnarzt **Wolf, Leipzigerstr. 22.** Spr. 8-7 Uhr.

Hut-Engros-Geschäft

Alwin Sufmann, Holzmarktstr. 38, part. rechts, an der Breslauerstrasse. Ganz neu eingetroffene Form „Elegant“ mit extra Ausstattung per Stück M. 2.80. Stiefe und weiche Herrenhüte von M. 1.75, 2, 2.40, 2.80. Kinderhüte von 1 M. an. Cylinderhüte von 4.50 bis 10 M. An jedem 1. Feiertag bleiben meine Geschäftsräume fest geschlossen.

Schuh- und Stiefel-Reparatur-Anstalt

mit Kraftbetrieb (Gesellschaft mit beschr. Hft.) **Oranienstrasse 50** (vis-à-vis der Prinzessinnenstrasse). **Telephon Amt IV, No. 366.**

Alles in bester Qualität, Leder und sauberster Reparatur berechnen wir: **Herren-Sohlen** pro Paar M. 1.85 **Damen-Sohlen** - 1.25 **Knaben-Sohlen,** Grösse 35/38 - - - 1.50 **do.** - 31/35 - - - 1.20 **do.** - 27/30 - - - 1.— **Mädchen-Sohlen** - 31/35 - - - 1.10 **do.** - 28/30 - - - 0.95 **do.** - 24/26 - - - 0.80 **Kinder-Sohlen** - 17/28 - - - 0.50 **Herren-Absätze,** nach Grösse - - - 50—80 Pf. **Damen-Absätze** - - - 30—50 - **Knaben-Absätze** - - - 40 50 - **Mädchen-Absätze** - - - 25 - 50 -

Vorblättern und jede andere Reparatur billigst.